

# türkei information

Nr. 44  
April/Mai 1992  
3,- DM



Foto taz

## Großmacht Türkei?

Newroz begann spektakulär, aber unblutig... Seite 3

"Blutbad in Nusaybin" Seite 7

Wird die Wirtschaft der Türkei die Talfahrt beenden? Seite 10

Die Türkei umwirbt die zentralasiatischen GUS-Republiken Seite 13

Die türkische Hizbullah wird vom 'Sonderkommando' ausgebildet Seite 18

Der Staat kann sich nicht von der Religion lösen Seite 21

Islamische Vereine arbeiten wie Abteilungen des Konsulats Seite 24

Die Einheitsfront der "Ausländerfreunde" steht Seite 31

Nachrichten aus Cumhuriyet Seite 36

# Editorial

Mit dieser doch etwas umfangreicher ausfallenden Ausgabe hoffen wir Euch ein wenig für die nur 20-seitige, und dann auch noch verspätet erschiene, letzte Nummer zu entschädigen.

Aufgrund der vielfältigen Ereignisse in der Türkei und in Türkei-Kurdistan umfasst der Nachrichtenteil diesmal auch wesentlich mehr Seiten als sonst üblich. Es ist unmöglich, auf all diese Ereignisse mit gesonderten Artikeln zu reagieren. Auch wenn die Nachrichtenseiten auf den ersten Blick etwas erschlagend wirken: sie bieten eine gute Gelegenheit sich einen Überblick bezüglich der "öffentlichen Meinung" in der Türkei zu schaffen.

Einen großen Schwerpunkt haben wir in dieser Ausgabe auf das Erstarken der religiösen Bewegung - in all ihrer Vielschichtigkeit - gelegt. Dazu braucht an dieser Stelle nichts mehr gesagt werden; die Artikel sprechen für sich.

Eine andere Sache ist das wieder offene Auftreten von türkischen Faschisten und militanten religiösen Kräften aus der Türkei in der BRD. Nachdem die Massaker, die türkische "Sicherheitskräfte" um das kurdische Neujahrsfest "Newroz" herum in Türkei-Kurdistan angerichtet hatten, weltweit (und vor allem in der BRD) für Empörung gesorgt hatten, mobilisieren nun Religiöse, Faschisten und die türkischen Konsulate zu großen nationalistischen Demonstrationen. Als Reaktion auf den vorläufigen Stopp der deutschen Waffenlieferungen an die Türkei demonstrierten am 4. April in Hamburg, Stuttgart, Nürnberg und Mainz tausende Türkinnen gegen diese BRD-Politik. Am 11. April wurden zu einer zentralen Demonstration in Bonn 50.000 Menschen erwartet. Die türkische Zeitung 'Tercüman' spricht am 13.4. von 70.000 TeilnehmerInnen, die 'taz' von 10.000 - die Wahrheit dürfte bei 20.000 bis 30.000 TeilnehmerInnen liegen. Das ist erschreckend genug.

Schlimmer noch ist, das sich viele vermeintlich fortschrittliche und sozialdemokratische Vereine an diesen nationalistischen und chauvinistischen Demonstrationen beteiligen. Formal geht es um das Weiterbestehen der "deutsch-türkischen Freundschaft" und man ist "gegen die Zersplitterung der türkischen Nation". Geprägt sind die Demonstrationen von nationalistischen Parolen und von Haßtiraden gegen Kurden, gegen die PKK, gegen "Terroristen und Kommunisten"...

In Hamburg wurden beim 'Türkischen Volkshaus', bei dem linken türkischen Buchladen 'Yol' sowie bei einem Imbiss, der einem Kurden gehört, die Scheiben eingeworfen. In Stuttgart kam es während der Demonstration zu Schlägereien mit PKK-Sympathisanten. In Mainz wurde eine Frau halbtot geschlagen, die angesichts der türkisch-nationalistischen Demonstration "Es lebe die PKK" rief.

Seite an Seite demonstrieren Religiöse, Faschisten und Anhänger aller staatstragenden türkischen Parteien. Es wird wieder von der Großmacht Türkei geträumt. Wer sich ihr in den Weg stellt, wird zur Zielscheibe alltäglichen Terrors.

Deutsche, die von einer "Multikulturellen Gesellschaft" träumen, verstehen plötzlich die Welt nicht mehr. Kein Wunder, dieses Konzept kennt nur Menschen vieler Haut- und Haarfarben. Ob jemand ein fortschrittlicher Mensch oder ein Faschist ist, spielt keine Rolle.

Ohne politischen Ansatz, der ganz klar Stellung zu Rassismus und Nationalismus, zu ihrem Entstehen und ihren Funktionen zur Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse bezieht, wird aus der ganzen "Ausländerfreundlichkeit" plötzlich ein Scherben-

haufen.

Hintergrund für den Krieg gegen das kurdische Volk und für den durch Massenmedien geschürten Nationalismus, sind die Interessen der türkischen Regierung an ihrer Machterhaltung und ihr Plan, die Türkei langsam aber sicher zu einer ökonomisch gefestigten und politisch stabilen Großmacht im Nahen Osten zu machen. Zu den Absichten der Türkei in den ehemaligen Sowjetischen Republiken am Schwarzen Meer, verweisen wir hier ausdrücklich auf den Artikel von Lissy Schmidt, den wir aus den 'Blättern des iz3w' übernommen haben.

Die neue Regierung von Demirel (DYP) und İnönü (SHP) betreibt ein gefährliches Spiel. Einerseits versucht sie durch geschicktes Taktieren, ihre Interessen gegen die Interessen der 'Europäischen Gemeinschaft' (EG) und deren Führungsmacht BRD durchzusetzen. Andererseits braucht sie die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der EG. Läßt die EG die Türkei fallen, bleiben immer noch die USA. Zu ihnen wurden während der Regierungszeit von Turgut Özal, der nach wie vor Staatspräsident und Mitglied des 'Nationalen Sicherheitsrates' ist, beste Beziehungen aufgebaut. Nachdem die deutsche Regierung die Nichtlieferung von 15 Leopard-Panzern (aus einem Kontingent von 150 Panzern, die bis auf besagte 15 schon geliefert worden sind) verkündete, erklärten die USA sofort, daß sie ihre Militärhilfe für die Türkei erhöhen werden.

Um ihre Großmachtpläne zu erfüllen, betreibt die Türkei ein Wechselspiel mit allen potentiellen Bündnispartnern. Sie spielt mit dem Feuer.

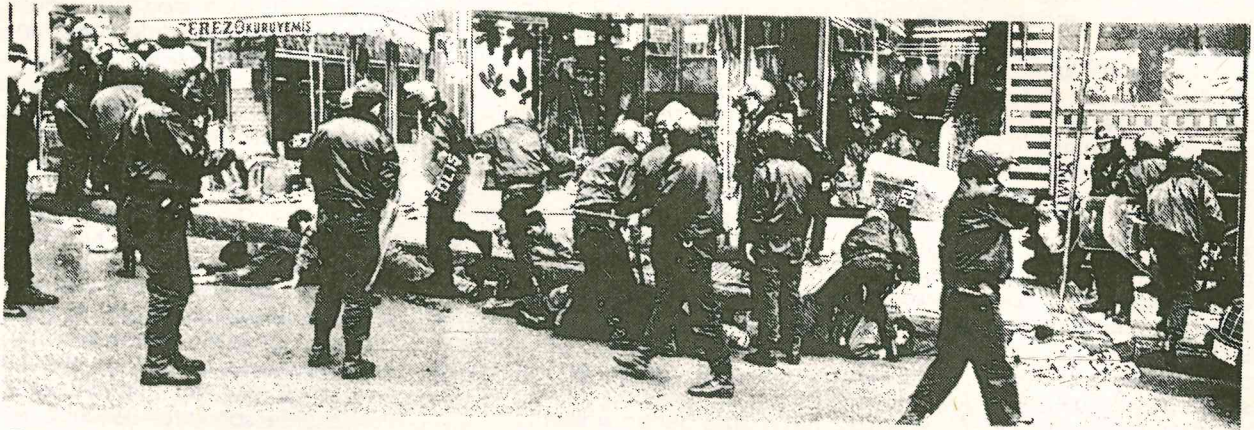
Gleichzeitig sägen Özal und seine ANAP, genau wie religiöse und offen faschistische Kräfte, an den Stühlen der Regierung. Aufgrund des Austritts von 14 der 18 HEP-Mitglieder aus der Regierungspartei SHP ist die parlamentarische Mehrheit der DYP-SHP Koalition erheblich geschrumpft. Wichtige Teile des Militärs sehen sich durch die "Demokratisierungsbestrebungen" der neuen Regierung in ihrer Machtposition eingeschränkt. Sie bauen nach wie vor auf Özal.

Ein weiteres Thema, zu dem wir, trotz guter Vorsätze, keinen Artikel liefern konnten, ist die Diskussion über ein "Einwanderungsgesetz".

Inzwischen sind es nicht nur mehr "Teile der SPD und Teile der GRÜNEN" die auf die rassistische Stimmung in der BRD, die von der Bundesregierung und den Massenmedien angeheizt wurde, einschwenken. Die Wahlerfolge von faschistischen Parteien bei den letzten Landtagswahlen setzen inzwischen auch die sich fortschrittlich gebenden GRÜNEN und die SPD unter Zugzwang. Das Recht auf politisches Asyl in der BRD wird mit der Ratifizierung des Schengener Abkommens außer Kraft gesetzt werden. Das "Ausländergesetz" der BRD manifestiert schon lange die Ungleichwertigkeit von Menschen ohne deutschem Paß in Deutschland. Das "Einwanderungsgesetz" soll Schluß mit dem "Asylmißbrauch" machen, und, ganz fortschrittlich, den internationalen Migrationsbewegungen Rechnung tragen.

Was dabei herauskommen wird ist ganz klar: Eindeutig definierte Kontingente von Fachkräften aus anderen Ländern, die die deutsche Wirtschaft zu weiterer Expansion benötigt.

Vielleicht läßt sich der rassistische Mob und der "spontane Protestwähler" durch die militärische Sicherung der Grenzen und durch die "kontrollierte Zuwanderung" beruhigen. Das Problem des Rassismus ist dadurch aber höchstens verschleiert worden.



*Bericht eines Teilnehmers der bundesdeutschen Delegation in Türkisch-Kurdistan vom 19.3. bis 27.3.92*

## **„Newroz begann spektakulär, aber unblutig...“**

Anfänglich weckte die neue türkische Regierung große Hoffnungen in progressiven Kreisen. Die Ende November gebildete Koalition aus der konservativen "Partei des rechten Wegs" (DYP) und der "sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP) trat mit wohlklingenden Versprechungen für eine umfassende Demokratisierung der türkischen Gesellschaft an:

Presse- und Meinungsfreiheit sollten gewährleistet, die Folter abgeschafft und die Menschenrechte geachtet werden. Daneben wurde die Zusicherung gegeben, die Verfassung und das im April 91 verabschiedete berüchtigte Anti-Terror-Gesetz nach demokratischen Gesichtspunkten zu überarbeiten – und die SHP versprach, den in den kurdischen Provinzen herrschenden Ausnahmezustand sowie das dortige "Dorfschützer-System" abzuschaffen.

Nach mehr als 4 Monaten Amtszeit der Regierung Demirel/Inönü muß nüchterne Bilanz gezogen werden: Keine dieser Zusagen wurde umgesetzt und die Menschenrechtsverletzungen speziell im kurdischen Südosten des Landes haben eher zugenommen.

Der Menschenrechtsverein Diyarbakir hat allein während der ersten 100 Amtstage der neuen Regierung mehr als 60 Morde dokumentiert, die von Polizei, Militär oder der verdeckt operierenden Contra-Guerilla an ZivilistInnen verübt wurden. Opfer dieser Liquidierungen sind etwa Angehörige der prokurdischen Volkspartei der Arbeit (HEP), MitarbeiterInnen in Men-

schenrechtsvereinen, kritische JournalistInnen oder ÄrztInnen, denen nachgesagt wird, auch Angehörige der Guerilla zu behandeln. Beerdigungszüge für diese Mordopfer werden darüberhinaus regelmäßig von Sicherheitskräften angegriffen und Trauernde festgenommen und gefoltert.

"Wir sind nicht mehr in der Lage, die Verhaftungen in unserer Region zu erfassen und zu untersuchen. Denn das gesamte kurdische Volk ist Ziel dieser Verhaftungen; Zehntausende sind betroffen. Wir sind auch nicht mehr in der Lage, alle Morde zu verfolgen. Allein im letzten Monat liegt die Zahl der Ermordeten in unserer Region bei über 15 Menschen. zur Zeit gibt es hier keine Sicherheit für jegliches Leben", so beschreibt Yavuz Binbay vom Menschenrechtsverein in Van die aktuelle Situation.

Für dieses Frühjahr hatte Staatspräsident Özal mit noch härteren Repressionen gedroht: "Die türkische Armee wird in der vor uns liegenden Phase mit einem größeren Potential in das Gebiet eindringen. Diese Macht wird größer sein als alles zuvor, d.h. sie werden keinen dieser Banditen mehr am Leben lassen.

Ob es in dieser Region noch Menschen geben wird, wenn wir so vorgehen wie Saddam? Sollte es Unruhe geben in der Türkei, werden die Menschen dieser Region die Verlierer sein" (Milliyet, 1.2.92).

Und tatsächlich wurden Anfang März 60 – 80.000 Soldaten zusätzlich nach türkisch-Kurdistan verlegt, wo ohnehin der Großteil der 800.000 Mann starken türkischen Armee sta-

tioniert ist.

"Wir befürchten das Schlimmste – laßt uns in dieser Zeit nicht allein", so war ein Appell kurdischer MenschenrechtlerInnen und Oppositioneller überschrieben, der bundesdeutsche VertreterInnen von Parteien, Medien und Organisationen aufforderte, zum Newroz-Fest in türkisch-Kurdistan als BeobachterInnen vor Ort zu sein. Funktion der sich dann bildenden 9-köpfigen Delegation sollte sein, Schutz vor Übergriffen zu gewährleisten bzw. zumindest für internationale Öffentlichkeit zu sorgen. Newroz ist im übrigen ein Neujahrs- und Widerstandsfest, das am 21. März stattfindet und eine zweieinhalbtausendjährige Tradition hat. Es wird v.a. von KurdInnen, aber auch von anderen Völkern des Mittleren Ostens gefeiert.

Unser Teil der Delegation fuhr am Vortag des Newroz nach Cizre, einer 60.000 Einwohner-Stadt an der Seidenstraße und am Dreiländereck Türkei/Syrien/Irak. Cizre lebte bis zur Golfkrise hauptsächlich vom Güterverkehr zwischen der Türkei und dem Irak sowie vom Dieselschmuggel. Nun ist die Versorgungsader der Stadt abgeschnitten. Cizre ist zugleich der Ort, wo vor zwei Jahren der "Serhildan" begann, das kurdische Gegenstück zur palästinensischen Intifada. Das Militär hatte in der benachbarten Stadt Nusaybin einen Trauerzug für PKK-Guerilleros beschossen und mehrere Menschen getötet, worauf in Cizre Männer, Frauen und Kinder das Militär mit Stöcken und Steinen attackierten und die Läden schlossen. Diese Ak-

tionen breiteten sich dann wie ein Lauffeuer auf andere Städte und Dörfer aus.

Seit zwei Jahren ist es nicht mehr nur die Guerilla der PKK, die seit 1984 bewaffnet gegen die türkische Besatzung und Unterdrückung kämpft, sondern es existiert ein allgemeiner Widerstand der Bevölkerung in türkisch-Kurdistan. Cizre liegt im Kernland dieses Aufstandsgebiets, der Botan-Region. Dort besteht so etwas wie eine Doppelherrschaft: Tagsüber beherrscht das Militär das Bild und die Lage, abends zieht es sich jedoch in seine zahllosen schwerbewachten Anlagen zurück, um den Dorfmitzilen und der Guerilla das Feld zu überlassen. Die von der kurdischen Arbeiterpartei PKK eingerichteten Volkskomitees haben kommunale Aufgaben übernommen und üben daneben auch die Gerichtsbarkeit aus.

Nicht von ungefähr also besitzt Cizre einen legendären Ruf und die Geschehnisse dort haben eine beträchtliche Außenwirkung. Und nicht zufällig war gerade in Cizre vom türkischen Staat wie von der PKK eine wichtige Auseinandersetzung vorgesehen. Das Militär kontrollierte mit Panzern die wichtigsten Straßen und hatte auf drei Hügeln über der Stadt schwere Artillerie in Stellung gebracht, und in den Stadtvierteln hielten sich nach unserer Schätzung mehrere hundert Guerilleros und Guerilleras auf.

die Newroz-Feierlichkeiten begannen dann spektakulär, aber unblutig: Schon am Nachmittag des Vora-bends begannen Kinder, Dutzende von Autoreifen anzuzünden, wodurch die ganze Stadt bald völlig in schwarzen Rauch gehüllt war (zum Glück gibts dort noch keine Öko-Bewegung), dann - pünktlich mit Einbruch der Dunkelheit - sprachen die Kalaschnikows. Unzählige Salven von Leuchtspurnmunition erzeugten ein Feuerwerk (...), viel Ballerei, Musik und Tanz um offene Feuer endete dieser Abend.

Erster wurde es am eigentlichen Newroz-Tag. Es war zuvor beschlossen worden, daß die Bevölkerung in vier Zügen zum Friedhof gehen sollte. Dort waren Kundgebungsbeiträge geplant; außerdem sollte der Ermordeten und Gefallenen gedacht werden. Doch nur die ersten beiden Züge kamen unbehelligt am Friedhof an. Auf den - ebenfalls unbewaffneten und friedlichen - dritten Demozug schossen die Spezialeinheiten des Militärs ohne Vorwarnung. Mindestens zwei Menschen starben auf der Stelle, etliche wurden verletzt. Trotz dieses Angriffs formierten sich am Friedhof zwischen 10 und 15.000 Menschen, um mit Fahnen der PKK durch die Stadt

zu ziehen. Doch auch ein zweites Mal wurde die Demo beschossen, erst mit Tränengasgranaten, dann wieder scharf.

Kurz danach löste sich die Demonstration auf, denn die Guerilla begann, die Polizeistation und das Militär anzugreifen. Dieses nahm seinerseits willkürlich Wohnhäuser und fast alles, was sich bewegte, mit Gefechtswagen und NVA-Schützenpanzern unter Beschuß. Diese Gefechte zogen sich drei Tage hin. Wie wir erst später erfuhren, hatten im Vorfeld der Demo bei Kartalan, einem nahegelegenen Dorf, Soldaten 13 ZivilistInnen ermordet, die nach Cizre gehen wollten.

Am Dienstag dann stellte der Kaimakan, der türkische Ortsbeauftragte, ein Ultimatum. Die Bevölkerung solle sich ergeben und die Waffen niederlegen - wer sich dieser Anordnung widersetze, werde erschossen. Zur Bekräftigung wurde die Artillerie auf den Hügeln verstärkt und am Donnerstag besetzen 2000 Soldaten und 500 paramilitärische Polizisten den Ort. Ein erbitterter Kampf und ein riesiges Blutbad schienen sich abzuzeichnen. Doch die Bevölkerung wie die Guerilla hatten sich anders entschieden. Vernünftigerweise war die Guerilla abgezogen, denn eine Verteidigung hätte unweigerlich das Leben von 60.000 Menschen zur Disposition gestellt. So ließen zwar die Sicherheitskräfte bei den nun stattfindenden Razzien ihren Unmut an der Zivilbevölkerung aus und nahmen 70 Menschen fest, die verlustreiche Schlacht aber wurde vermieden. In Sirnak, einer Stadt mit 20.000 EinwohnerInnen, die etwa 40 km nordöstlich von Cizre liegt, waren zu Newroz keine JournalistInnen oder

ausländische BeobachterInnen anwesend. Als sich dort auf einem zentralen Platz tausende von Menschen sammeln wollten, eröffnete Polizei und Militär von den Dächern aus das Feuer und tötete mindestens 20 Personen, darunter auch Kinder. Sofort wurde eine strikte Ausgangssperre verhängt und auf alle geschossen, die versuchten, Tote zu bergen oder Verletzte in Krankenhäuser zu bringen. Auch in Sirnak waren die DemonstrantInnen friedlich und unbewaffnet. Am folgenden Tag wurde ein Teil der Bevölkerung in ein Fußballstadion getrieben und Sirnak aus der Luft wie durch Panzer unter schweren Beschuß genommen. Teile der Stadt wurden zerstört.

In Nusaybin schließlich, einem Ort direkt an der syrischen Grenze, dessen Bevölkerung ebenfalls so gut wie geschlossen hinter der PKK steht, verliefen die Feierlichkeiten am Samstag ohne Zwischenfälle. Als aber einen Tag später wegen der Vorfälle in Sirnak eine Protestdemonstration stattfand, intervenierte das Militär mit aller Brutalität. Auf die friedlichen DemonstrantInnen wurde scharf geschossen und Panzer fuhrten mit hoher Geschwindigkeit in eine Menschenmenge, die sich gerade auf einer Brücke befand. Einige Personen wurden zermalm, andere sprangen von der Brücke. Auf Verletzte im Kanalbett wurde geschossen, allein 7 angetriebene Leichen wurden von syrischen Grenzposten gefunden. Insgesamt lautet die Bilanz des Schreckens in Nusaybin: Zwischen 20 und 30 Tote, Dutzende Verletzte, viele Verhaftete.

In türkisch-Kurdistan, so listet der Menschenrechtsverein in Diyarbakir auf, sind zwischen dem 21. und 25.3. 1992 einhundertdreißigtausend Menschen ermordet, Hunderte verletzt und annähernd tausend festgenommen worden.

## Szenenwechsel Kurdistan/Bonn:

Bundesaußenminister Genscher gibt sich entsetzt. Mit Betroffenheit habe er zur Kenntnis nehmen müssen, daß Waffen aus NVA-Beständen, die Bonn Ankara klammheimlich geschenkt hatte, nicht wie abgemacht zur Landesverteidigung, sondern gegen die KurdInnen im Innern eingesetzt wurden. Als Konsequenz setze Bonn die Waffenlieferungen an die Türkei erstmal aus.

Er war also völlig arg- und ahnungslos, der Herr Außenminister. Das wütende Geheule, welches daraufhin in der türkischen Öffentlichkeit begann, es könne Bonn nicht um humanitäre Gründe gehen, denn Saddam Hussein habe ja schließlich

### WIEDER MORD MIT UNBEKANNTM TÄTER IN NUSAYBIN

**Der Mechaniker Seyfettin Aktan wurde auf dem Weg zur Arbeit von unbekanntem Tätern erschossen. Aktan wurde von den Sicherheitskräften beerdigt, da in der Region eine sehr gespannte Atmosphäre herrscht. In Nusaybin wurden allein im letzten Monat 6 Personen ermordet, im Südosten in den letzten 7 Monaten 46 Personen. Davon waren 16 HEP-Mitglieder, die meisten anderen aus den Kreisen des Menschenrechtsvereins. Auffällig bei den Morden ist, daß sie alle sehr professionell durchgeführt werden und die Staatsanwaltschaft nach eigenen Angaben in keinem der Fälle konkrete Anhaltspunkte für die Täter hat.**  
Cumhuriyet v.27.1.92

auch Giftgas von der BRD bekommen, dieses Geheule ist so grundlos nicht. Denn schließlich eignet sich ein Teil dieser unbrauchbar gewordenen realsozialistischen Waffen nur zur inneren Aufstandsbekämpfung. So sind etwa die 300 Schützenpanzer BTR 60 typische Straßenkampffahrzeuge und mit den 256.000 Kalaschnikows samt den 500 Mio. Schuß dazugehöriger Munition sind die Landesgrenzen wohl auch nicht zu verteidigen.

Außerdem wird mit bundesdeutschen Waffen schon seit langem in Kurdistan die Guerilla bekämpft und die Zivilbevölkerung drangsalieret. Hubschrauber von MBB beschießen und bombardieren in den Bergen die Militanten der PKK, mit Daimler-Benz-Fahrzeugen sind die berüchtigten Anti-Terror-Kommandos der Gendarmerie unterwegs, die teilweise von der GSG 9 trainiert wurden.

Im Rahmen der Ausbildungs- und Ausbildungsbeihilfe geben sich bei den Polizeien des Bundes und der Länder die "Terroristenbekämpfer" aus der Türkei die Klinke in die Hand. So weilten etwa vom 1. April bis 30. Juni 1989 Angehörige der schon erwähnten Gendarmerie beim SEK Nordbayern in Nürnberg. Abgelöst wurden sie einen Tag später von 19 türkischen Offizieren der Generaldirektion für Sicherheit, die sich in Nürnberg und bei anderen Polizeistellen weiterbildeten. "Derartige Besuche werden nicht statistisch erfaßt", heißt es lakonisch in der Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine kleine Anfrage der damaligen Abgeordneten Angelika Beer. Stattdessen wird als Funktion dieser Ausbildungshilfe geradezu dreist angegeben, "die Einsicht in die Notwen-

digkeit der Achtung und Wahrung der Menschenrechte zu fördern" (BT-DrS 11/6213).

Doch noch ein Wort zur Waffenhilfe: Im Rahmen der Nato-Arbeitsteilung (oder burden-sharing, wie es offiziell heißt) hat die BRD seit 1964 den Job übernommen, die Südost-Flanke militärisch aufzurüsten. Allein seit 1980 wurden Leopard-Panzer, MILAN-Raketen und -Abschußanlagen oder Fertigungsstätten für Maschinengewehre und COBRA-Raketen in einem Volumen von etwa 4 Mrd. DM, die Bonn bereits im August 1990 kurz vor der Bestandübergabe der NVA aus diesem Fundus nach Ankara fließen ließ.

Diese Kooperation findet auch noch auf anderen Ebenen statt: Als am 12.9.1980 das türkische Militär putschte, fand gerade das Nato-Manöver "Anvil-Express" in der Türkei statt. Und 1987 etwa beteiligten sich 1100 Bundeswehr-Soldaten am Manöver "Aurora-Express" im Südosten des Landes, just zu einer Zeit, in der das türkische Heer in Kurdistan in arger Bedrängnis war.

Aber zurück zur Frage, wieso die Bundesregierung nun plötzlich die Waffenbeihilfe an die Türkei suspen-

ben):

Der kurdischen Bevölkerung in der Türkei werden seit vielen Jahrzehnten auch minimalste politische und kulturelle Rechte vorenthalten. Aufstandsversuche, in der Vergangenheit von feudalen Stammesführern kommandiert, wurden stets blutig niedergeschlagen (der bekannteste fand in Dersim 1937 statt). Noch bis vor kurzem war es Bestandteil der türkischen Zwangsassimilierungspolitik, zu bestreiten, daß es überhaupt KurdInnen und eine kurdische Sprache gibt. 1988 wird Ibrahim Tatlıses, ein völlig staatskonformer Mensch und einer der bekanntesten Schlagersänger der Türkei, vor Gericht gezerrt und verurteilt, weil er ein kurdisches Lied gesungen hatte. Mehmet Özbek, ein ebenfalls regimetreuer Musiker, wird aus der türkischen Rundfunk- und Fernsehanstalt entlassen, weil in einem seiner Lieder das Wort "Naze", ein kurdischer weiblicher Vorname, vorkommt. Apropos Vornamen: Seit 1986 sind die Einwohnermeldeämter in der Türkei angewiesen, keine "fremdsprachlichen", d.h. kurdischen Vornamen mehr zu-



### MORD IN BINGÖL

Ein Einzelhändler in Bingöl wurde mit einer Waffe mit Schalldämpfer erschossen, ein zweiter Händler angeschossen. Die Läden in Bingöl schlossen daraufhin aus Protest gegen die Kontra-Guerilla Morde. Cumhuriyet v. 28.1.92

### SHP-BEZIRKSSEKRÄTER VON NUSAYBIN ERMORDET

Der Bezirkssekretär der SHP in Nusaybin, Türkmen, wurde auf der Straße erschossen. 2 Täter konnten fliehen, ein Täter konnte von Passanten gefaßt werden. Auch in Batman wurde eine Person von unbekanntem Tätern auf der Straße erschossen. Cumhuriyet v. 3.2.92

dierte: Neben einer breiten öffentlichen Berichterstattung über die Newroz-Massaker in türkisch-Kurdistan und zahlreichen Protestaktionen trug wohl ein drohendes zweites Halabja wesentlich zu dieser Entscheidung bei. Wie schon ausgeführt, schien sich in Cizre eine Auseinandersetzung abzuzeichnen, die mit Sicherheit tausenden von ZivilistInnen das Leben gekostet hätte. Und ein erneutes Blutbad diesen Ausmaßes bei der kurdischen Bevölkerung mit deutschen Waffen glaubte sich die BRD nicht leisten zu können. Deshalb zog Genscher erstmal die Notbremse (natürlich werden sich bei Drucklegung dieses Artikels die deutsch-türkischen Beziehungen wieder normalisiert ha-

zulassen.

Doch mit Unterdrückung, Repression und der ökonomischen Ausblutung der Region ist das "kurdische Problem" für den türkischen Staat nicht mehr in den Griff zu bekommen. Hierzu der türkische Soziologe Ismail Besikci, der aufgrund seiner wissenschaftlichen Publikationen über 10 Jahre in türkischen Knästen verbringen mußte: "Die Herausbildung der PKK ist nicht nur die Reaktion auf die jahrzehntelange Politik der zwangsweisen Assimilierung und der Leugnung der Existenz des kurdischen Volkes. Die PKK ist gleichzeitig ein Instrument zur Identitätsbildung. In den siebziger Jahren drang die Armee in kurdische Dörfer ein. Mit Bajonetten wur-

de die ganze Dorfbevölkerung zusammengeschieben. Alte Männer wurden nackt ausgezogen.... Überall in der Welt, wo solche Erniedrigung und Unterdrückung erfahren wird, sollte revoltiert werden. Doch wir sehen, daß die Kurden in den siebenziger Jahren nicht revoltierten. Sie sahen es als natürliches Schicksal an. Hier hat die PKK angesetzt. Sie hat gesagt: Wir akzeptieren das nicht. Wir werden das verändern, und zu diesem Zweck organisieren wir uns. Die PKK hat den erniedrigenden Status des kurdischen Volkes richtig analysiert. Der Gedanke der Revolte, des Aufstands, kam in den achtziger Jahren mit der PKK und veränderte das geistige Klima des kurdischen Volkes nachhaltig. Es ist das Abschütteln des akzeptierten Sklavendaseins".

Das türkische Regime versuchte den bewaffneten Kampf der PKK mit einer Politik der verbrannten Erde zu ersticken. In der Botan-Region, v.a. in den Provinzen Sirnak und Siirt, wurden über 300 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, Felder und Weinberge abgebrannt, Viehherden getöte. 1990 wurde der Ausnahmezustand für türkisch-Kurdistan nochmal verschärft, der Regionalgouverneur hat nun die Vollmachten eines Kriegsrechtskommandanten. Daneben suspendierte die Türkei vor dem Europarat ganz offiziell die Gültigkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention für den Südosten des Landes. Doch die Entvölkerung ganzer Landstriche, systematische Folter, Massenverhaftungen, Demütigungen und Massaker erreichten das genaue Gegenteil ihres Zieles: Seit zwei Jahren gibt es einen weitgehend geschlossenen Widerstand gegen die türkische Unterdrückung. Neben der Guerilla gibt es auf legaler Ebene und im Parlament die Volkspartei der Arbeit (HEP), daneben sind fast überall die Menschenrechtsvereine aktiv und unerschrockene Journalistinnen sorgen trotz ständiger Todesdrohungen und Mordanschläge (in den letzten Wochen wurden Halit Güngen von 2000 e Dogru und Yengiz Altun von Yeni Ülke von der Contra-Guerilla umgebracht) für kritische Information.

Einiges deutet darauf hin, das Ankara trotz oder wegen dieser Entwicklung alles auf die militärische Karte setzt, das sich dieser Krieg also verschärfen wird. Hierfür sind die Massaker zu Newroz nur ein Beispiel. Seit August letzten Jahres führte die türkische Luftwaffe mit logistischer Unterstützung der USA zahlreiche Bombenangriffe auf Stellungen der PKK und kurdische Dörfer im Irak und der Türkei durch. Wie der WDR dokumentierte, wurde hierbei auch Na-

### TERROR DAUERT AN

In Nusaybin wurde das HEP-Mitglied Emin Narin, in Silvan der Gesundheitsbeamte Seyhmus Akinci von unbekanntem Tätern auf offener Straße erschossen. In Gaziantep wurde ein Bombenanschlag auf das Auto eines Journalisten verübt. Narin war einige Zeit zuvor wegen Unterstützung der PKK festgenommen, dann aber wieder freigelassen worden. Cumhuriyet v. 28.2.92

palm eingesetzt. Die Ermordung des führenden HEP-Politikers Vedat Aydin und das Massaker bei seiner Beerdigung am 10.7.91 waren der Beginn einer verschärften Terror- und Mordkampagne gegen legal arbeitende kurdische Oppositionelle, die v. a. von den Todesschwadronen der extralegalen Contra-Guerilla (dem türkischen Arm von GLADIO) durchgeführt wird.

Vor dem Hintergrund großtürkischer Ambitionen in Richtung Aserbaidschan und der Ölfelder bei Kirkuk ist zu befürchten, daß die Türkei versuchen wird, sich mit noch größerer Skrupellosigkeit den Rücken militärisch freizuhalten. In dieser Hinsicht scheinen das faschistische türkische Militär und die neue Koalitionsregierung übereinzustimmen, welche das blutige Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung an Newroz als "Terroristenbekämpfung" legitimierte. Auch die jüngsten Äußerungen von Demirel, der in Bezug auf die PKK von "Ungeziefer" spricht und die "Brutstätten der Moskito's ausräuchern" will oder des türkischen Innenministers, der ankündigte, allen "Terroristen" den "Kopf zu zerquetschen", lassen keinen anderen Schluß zu. Kurzum, der vielbeachtete Konflikt zivile Regierung/

### BLUTIGER TAG IN MARDIN

In drei Dörfern bei Mardin wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Gerdarmen und Dorfbewohnern 6 Personen zwischen 10 und 20 Jahren erschossen. Die Gendarmen hatten versucht, 4 Frauen festzunehmen. In Diyarbakir wurde ein Grundschullehrer von einer unbekanntem Person erschossen. Der Lehrer war zuvor mehrmals wegen Unterstützung der PKK festgenommen und dann wieder freigelassen worden. Cumhuriyet v. 16.2.92

repressives Militär existiert derzeit nicht, zumal die allermeisten Abgeordneten der Regierungsparteien für eine Verlängerung des Ausnahmezustands stimmten (hätten sie dies nicht getan, dann wäre eine interessante Konfliktkonstellation entstanden).

Trotzdem: Militärisch ist die Volksbefreiungsarmee Kurdistans nicht zu schlagen, genauso wie die Befreiung türkisch-Kurdistans mit militärischen Mitteln nicht durchzusetzen ist.

Allerdings ist ein noch brutaleres Vorgehen gegen die kurdische Zivilbevölkerung mit dem Ziel einer Massenvertreibung (Millionen von KurdInnen sind bereits in die Großstädte Istanbul und Ankara, oder ans Mittelmeer emigriert) zu befürchten. Die von den Medien angeheizte Stimmung ist bei den TürKinnen so nationalistisch und kurdenfeindlich wie lange nicht; in Zeitungskommentaren wird offen eine "Evakuierung" des Südostens zu Diskussion gestellt und Drohungen türkischer Politiker und Generäle, das "Problem" mit Methoden eines Saddam Hussein zu "lösen" häufen sich.

Die einzige Möglichkeit, den Krieg zu beenden, ist ein Waffenstillstand mit anschließenden Verhandlungen. Für eine solche Lösung votierten kürzlich 58 türkische und kurdische Parlamentsabgeordnete und auch die PKK-Führung hat dies bereits mehrfach angeboten. Ihre Verhandlungsposition ist hierbei wesentlich moderater als in der Vergangenheit. Sie fordert ein föderatives System nach bundesdeutschem Vorbild, die Wahl zu einem kurdischen Regional- bzw. Nationalparlament und ein Referendum über die Beziehungen dieses zu schaffenden kurdischen Bundesstaates zur Resttürkei. Die Chancen für eine solche politische Lösung sind allerdings nicht gerade groß. Denn mit nennenswertem internationalen Druck hat die Türkei nicht zu rechnen, siehe die laue EG-Stellungnahme zu den jüngsten Massakern. Seit dem Golfkrieg und dem Zerfall der Sowjetunion ist der politische und geostrategische Kurswert der Türkei wesentlich gestiegen, da fallen ein paar Millionen KurdInnen kaum ins Gewicht. Dennoch muß eine Solidaritätsarbeit zwei Hauptziele verfolgen:

- Zum einen die tatkräftige Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes
- Und zum anderen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, die Militär- und Wirtschaftshilfe an das türkische Regime einzustellen.

## Augenzeugenbericht aus Diyarbakir und Nusaybin

# „Blutbad in Nusaybin“

Am Donnerstag, dem 19.3.1992 kam die Delegation, die dem Aufruf des Menschenrechtsvereins Diyarbakir gefolgt war, dort an. Am Nachmittag desselben Tages fand ein Treffen mit Mitgliedern des IHD, der HEP und anderen Berufsvereinigungen wie auch Gewerkschaften statt. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Monaten und den Äußerungen der Politiker wurde erwartet, daß es vor allem in der Botan-Region zu heftigen Übergriffen durch das türkische Militär kommen würde. Wir wurden daher gebeten, einen Teil der Delegation nach Cizre zu schicken, während der andere in Diyarbakir bleiben sollte.

In Diyarbakir stellte sich die Situation am Donnerstag folgendermaßen dar: Der Gouverneur von Diyarbakir hatte verboten, Newroz zu feiern. Die HEP hatte versucht vom Vali Sahin eine Erlaubnis zu erhalten, im Stadion der Stadt eine Feier für 20 - 30000 Menschen der umliegenden Orte zu organisieren. Sie übernahm die Garantie, daß es zu keinen 'Ausschreitungen' kommen werde und auch die kurdische Fahne nicht gehißt würde. In der Regel ist keine Erlaubnis mehr für Newroz-Feiern einzuholen und auch im türkischen Fernsehen wurde ständig verbreitet, daß das kurdische Volk Newroz feiern dürfe. Einen Tag vor Newroz, am 20.3.1992 um 15.00 Uhr erteilte der Vali schließlich die Erlaubnis für die Feier. Aus Protest gegen diese Taktik wurde keine Newroz-Feier mehr organisiert.

An diesem Tag, also dem 20.3.1992 fanden in Schulen und Universitäten vereinzelt Newroz-Feiern statt. An zwei Schulen, der Atatürk Mittelschule und dem Hasanoglu Gymnasium kam es zu Übergriffen von Seiten des türkischen Militärs. Eine Schülerin der Atatürk Mittelschule wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

In der Nacht von Freitag auf Samstag, vom 20.3. auf den 21.3. war es in Diyarbakir ruhig. Nach 20.00 Uhr war so gut wie kein Mensch mehr auf den Straßen zu sehen - alle hatten Angst und blieben in ihren Häusern.

Ein Teil unserer Delegation waren mit einem kurdischen Kollegen auf den Friedhof oberhalb des Grabes von Vedat Aydin, der im letzten Jahr brutal von den Sicherheitskräften ermordet worden war, gegangen. Von dort aus wollten wir zum Grab gehen. Dabei wurden unser

Fahrzeug von ca. 15-20 Militärs (in ziviler Kleidung) umringt und von einem Kleinbus an der Weiterfahrt gehindert. Die Militärs hatten es in erster Linie auf unseren kurdischen Kollegen abgesehen und nahmen seine Personalien auf. Als die ca. 50-100 Personen am Grab von Vedat Aydin mitbekamen, daß auf dem Friedhof überall Sicherheitskräfte waren, bekamen sie Angst und verließen den Friedhof. Auf der wenig später stattfindenden Versammlung der HEP'ler am Grab von Vedat Aydin sollen 200-300 Personen teilgenommen haben. Sie sollen Befreiungslieder gesungen und die kurdische Fahne gehißt haben. Es soll zu keinen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gekommen sein.

Auch an anderen Stellen fanden Newroz-Feiern statt. Es wurden Lieder gesungen und Feuer gemacht, um die gefanzt wurde. Die HEP veranstaltete eine Kundgebung vor ihrem Gebäude, an der ca. 2 - 3000 Menschen teilnahmen. Die Yurtsever Kadın Dernegi (Patriotischer Frauenverein) veranstaltete eine Feier, an der 100-150 Frauen teilnahmen.

In Ergani, einem Ort ca. eine Autostunde von Diyarbakir kam es zu einer Demonstration von ca. 200 Menschen. Es fuhren Panzer auf und die Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer. Ca. 55-65 Menschen wurden festgenommen.

Am Spätnachmittag des 21.3. wurde in Diyarbakir bekannt, daß zahlreiche Verletzte aus Sirnak in die Krankenhäuser gebracht worden seien. Es wurde öffentlich zum Blutspenden aufgerufen. Vor dem Devlet Hastanesi waren Sicherheitskräfte postiert. Es gelang uns zu den Verletzten zu gelangen, die nicht auf der Intensivstation lagen. Sie hatten Schußwunden an Beinen, Armen und Schultern.

Nachdem wir am Sonntag, dem 22.3. von dem Blutbad in Nusaybin erfahren hatten, fuhren wir dorthin. Die Stadt schien wie ausgestorben, alle Läden der Geschäfte waren heruntergelassen. Im Zentrum wurden wir allerdings von Militärs umzingelt, zur Polizeistation gebracht und verhört. Nachdem wir unser Anliegen vorgebracht hatten, wurden wir von einem weiteren 'Beamten', der sich uns als Verhörspezialist der Anti-Terror-Einheit vorstellte, über die politische Situation in Kurdistan belehrt, über den internationalen Terrorismus der PKK, darüber, daß

das kulturelle Niveau in Südostanatolien nicht entwickelt genug sei, als daß man die Menschenrechte beachten könne und daß es keine Kurden sondern nur Türken gäbe. Wir wurden in ein Hotel gegenüber der Militärstation gebracht, das als Übernachtungslager des Militärs diente. Alle Personen, mit denen wir Kontakt aufnehmen wollten (vom IHD und Journalisten) waren verhaftet worden. Wir konnten auf Umwegen in Erfahrung bringen, daß es am Morgen des 22.3. eine Demonstration gegen die Massaker in Sirnak und Cizre von ca. 2-3000 Menschen gegeben haben soll. Es fuhren Panzer auf. Die Menschenmenge wurde aufgefordert, die Versammlung zu verlassen. Als dies nicht geschah, fuhr der Panzer in die Menge, überfuhr dabei Menschen und zerquetschte sie unter seinen Ketten. Gleichzeitig wurde von den Sicherheitskräften das Feuer eröffnet. Grausame Bilanz: 14 Tote und zahlreiche schwerverletzte Menschen.

Nach dem Massaker wurde die Ausgangssperre verhängt, so daß den verwundeten Menschen auf den Straßen nicht zu Hilfe geeilt werden konnte. Wie uns ein Fahrer berichtete, wurden diejenigen, die versuchten, verletzte Menschen in das Krankenhaus in Mardin zu bringen, von den Sicherheitskräften übelst zusammengeschlagen. Die Toten durften nicht begraben werden. Es gab viele Hausdurchsuchungen und Festnahmen an diesem Tag.

Am 25.3. wurde aus dem syrischen Nachbarort Kamisli vom Bürgermeister bekanntgegeben, daß 7 Leichen im Fluß gefunden worden seien. Die Bevölkerung von Nusaybin wurde durch Warnschüsse der Sicherheitskräfte daran gehindert die Toten zu holen.

In Diyarbakir fand als Protest an den Morden und Verbrechen an kurdischen Volk ein von der HEP organisierter und von vielen anderen Berufsverbänden mitgetragener 48-stündiger Hungerstreik statt. Es wurde außerdem dazu aufgerufen, daß am 28.3. die Bevölkerung Diyarbakirs nicht auf die Straßen, zur Arbeit oder in ihre Geschäfte gehen sollte. Die HEP-Abgeordneten wurden aufgerufen, die SHP zu verlassen oder besser noch ihr Amt niederzulegen. Ersteres befolgten insgesamt 14 HEP-Abgeordnete.

Ulrike Dufner

## Erklärung der HEP-Abgeordneten

**Sehr geehrter Herr Erdal İnönü,  
Vorsitzender der SHP**

Wir glauben, daß es nötig ist, in der neuen Phase, nach den Wahlen vom 20. Oktober, die grausamen und anti-demokratischen Regelungen und Maßnahmen des 12. September und der Nachfolge-Regierung aufzuheben und stattdessen ein zeitgemäßes demokratisches System aufzubauen.

Wir sind der Meinung, daß heute, beginnend bei unserem Parteivorsitzenden, den Abgeordneten, der Parteiführung bis hin zu den Parteimitgliedern, alle den Wunsch haben; die Institutionalisierung der Demokratie und eine mögliche Koalition, die den dringenden Forderungen unseres Volkes nachkommt. Nur, wenn unsere Partei den Prinzipien der Sozialdemokratie nachkommt, wird sie objektiv eingreifen können. Eine andere politische Haltung wird die wirkliche Brüderlichkeit zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk, den sozialen Frieden, die Demokratisierung des Staates und eine zivile Gesellschaft nicht herstellen können.

Wir, die Abgeordneten, die unten unterzeichnet haben, glauben, daß die Erfüllung der unten aufgeführten Forderungen, die Voraussetzung für den Erfolg einer möglichen Koalition ist.

Unsere Dringendsten Forderungen  
1- Die gesetzliche Anerkennung der kurdischen Identität, entsprechend der sozialen Realität der Türkei und dessen Verankerung in der Verfassung.

2- Die Aufhebung der Suspendierungen der internationalen Abkommen, die auch die Türkei unterstützt, auf der Basis der Anerkennung der kurdischen Realität. (Die Suspendierungen der Europäischen Menschenrechtskonvention im August 1990, die Suspendierungen des UN-Abkommens zur Wahrung der Rechte des Kindes)

3. Damit die kurdische Nation dem Zeitalter entsprechend seine Identität ausdrücken kann.

Freies Benutzen und Pflegen seiner Sprache und Kultur, schriftlich und mündlich in jedem Lebensbereich. Das Recht auf muttersprachliche Ausbildung. Das Recht Fernseh- und Radiosendungen in kurdischer Sprache herzustellen und veröffentlichen zu können.

4- Schaffung eines Umfeldes, in der die kurdische Frage und deren Lösung frei diskutiert werden kann.

5- Aufhebung des Ausnahmezustandes.

6- Die Aufhebung des SS-Dekrets (Dekret zur Deportation und Zensur.

7- Versetzung der Sondereinheiten auf dem Gebiet.

8- Die Aufklärung und Auflösung der Konterguerille-Organisation.

9- Die Auflösung des Dorfschützersystems.

10- Die Aufhebung des Anti-Terror-Gesetzes.

11- Eine bedingungslose General-Amnestie, die die Folgen des 12. September Putsches aufhebt.

12- Lebensbedingungen in den Gefängnissen die den Menschenrechten und der Menschenwürde entsprechen.

13- Die Reduzierung der Zeit bei der Untersuchungshaft auf 24 Stunden und keine Befragung ohne rechtlichen Beistand.

14- Die Aufdeckung der dunklen Morde und die Bestrafung der Verantwortlichen.

15- Das Beschließen eines gerechteren Wahlgesetzes.

16- Den Wiederaufbau der entvölkerten, niedergebrannten, zerstörten Dörfer und Entschädigung der Besitzer.

17- Die Wiederbelebung der gefährdeten regionalen Produktionsverhältnisse. Die Aufhebung des Verbotes der Bewirtschaftung der Almen und Weiden.

18- Gewerkschaftliches Recht auf Streik- und Tarifverhandlungen für alle Beschäftigten.

19- Schaffung eines geeigneten Rechts auf General-, Teil- und Solidaritätsstreik. Aufhebung der Ausgangssperrung.

20- Neben der Demokratisierung der Verfassung, Aufhebung des Nationalen Sicherheitsrates und die Angliederung des Generalstabs an das Verteidigungsministerium.

## Disziplinarbehörde verhindert Freilassung

Gemäß dem Gesetz müßten Ahmet Kaya und Hüseyin Tadlidil aus dem Gefängnis Aydin entlassen werden. Dies wird durch eine Disziplinarstrafe verhindert, die sie vorher im Spezialgefängnis Eskisehir erhalten hatten. Von dieser Anordnung waren alle dort einsitzenden Gefangenen betroffen.

Das mit der Begründung geschlossene E-Typ-Gefängnis von Eskisehir, daß es für die Lebensbedingungen der Gefangenen unzulänglich sei, setzt seinen Einfluß auf die Situation der politischen Gefangenen fort. Man sieht, daß die auf Willkür gestützten Anordnungen der ehemaligen Gefängnisleitung in Eskisehir getroffenen Anordnungen fortgeführt werden, obwohl dies einer Erklärung von Justizminister

Sevfi Oktay widerspricht. Er hatte unmißverständlich erklärt, daß alle Disziplinarstrafen, egal welcher Art, aufgehoben seien.

Ahmet Kaya und Hüseyin Tadlidil äußerten sich in einer Presseerklärung wie folgt:

"Während aufgrund ärztlicher Berichte und realer Befunde Folterspuren offensichtlich sind, viele unserer Freunde schwer behindert bleiben werden und in dieser Hinsicht kein Gesetz Anwendung findet, ist es möglich (...) willkürlich eine zweite Strafe als Disziplinarstrafe zu verhängen. Die Gesetzeskraft dieser Disziplinarstrafe zu verteidigen und sie nicht aufzuheben bedeutet sich an der Folter zu beteiligen. Ansonsten hätte das Gefängnis (von Eskisehir; TI) gar nicht geschlossen wer-

den brauchen. (...)

Die mittels willkürlicher Verlegungen (gegen den Widerstand der Gefangenen; TI) nach Eskisehir verhängten anti-demokratischen und mittelalterlichen Disziplinarstrafen betreffen alle Gefangene, die nach Eskisehir verlegt und dann wieder in ihr vorheriges Gefängnis zurückgeschickt wurden. (...) Sie sind als zweite Bestrafung anzusehen.

Mit welcher Logik kann eine Disziplinarstrafe zur Anwendung kommen, die von einem Gefängnis verhängt worden ist, das aufgrund seiner Unvereinbarkeit mit den Menschenrechten, mit Demokratie und zeitgemäßen Haftbedingungen geschlossen wurde?"  
(aus: Yeni Ülke)



# Massaker in Kurdistan: Schweigen heißt zustimmen!

Seit dem 21. März – dem kurdischen Neujahrsfest NEWROZ – hat die türkische Armee in Kurdistan mobilgemacht. Obwohl die Newroz-Feierlichkeiten in diesem Jahr ausdrücklich genehmigt worden waren, wurde die feiernde Bevölkerung von der Armee überall massiv provoziert oder sofort mit einem Kugelhagel konfrontiert. In allen Städten Kurdistans waren Panzer aufgefahren und überall waren die Spezialeinheiten, sogenannte 'Rambos', postiert.

Es gibt noch immer keine genauen Angaben über die Zahl der Toten, Verletzten, Vermißten und Verhafteten; mit Sicherheit hat es jedoch bereits in den ersten zwei Tagen des Armeeeinsatzes weit über hundert Tote gegeben. Welche Opfer die Artillerie- und Luftangriffe gefordert haben, ist ebenfalls nicht genau bekannt. Große Teile der Stadt Sirnak sind durch die Luftangriffe zerstört worden. Das Fußballstadion der Stadt wurde in ein Internierungslager verwandelt; die gesamte Bevölkerung wurde dorthin getrieben. Die meisten Journalisten oder ausländischen Beobachter wurden inzwischen aus Kurdistan vertrieben; die Armee will bei ihren Kriegsverbrechen keine Zeugen dabei haben. Über die meisten Städte wurden Ausgangssperren verhängt und noch immer werden Panzer und Truppen nach Kurdistan verlegt.

Von der türkischen Regierung wurde offiziell bekanntgegeben, daß "extensive militärische Operationen" durchgeführt werden sollen, wobei die Verstärkung von ca. 80.000 Soldaten in der kurdischen Region nur der erste Schritt sei. Seitdem geht die Konzentration des Militärs kontinuierlich weiter, vor allem in der Botan-Region. Die Regierung spricht von Plänen, quer durch Kurdistan einen Zaun zu ziehen, "den nicht einmal ein Vogel überwinden kann". Die terroristische türkische Regierung hat die gesamte Bevölke-

rung Kurdistans zu "Terroristen" erklärt.

Solidarisches Verhalten versuchen der türkische Staat und auch die Massenmedien zu untergraben, indem sie Zwietracht zwischem dem türkischen und dem kurdischen Volk säen und Vorurteile schüren. Trotz solcher Propaganda haben sich viele revolutionäre und demokratische Organisationen in der Türkei mit der kurdischen Bevölkerung solidarisiert. In zahlreichen türkischen Städten gab es Protest- und Widerstandsaktionen: das Vorgehen der Militärs nach dem Militärputsch ist dort noch nicht vergessen.

Auch in vielen anderen Ländern gab es Solidaritätsaktionen. Wir rufen in diesem Zusammenhang dazu auf, nicht mehr als Touristen in die Türkei zu reisen, weil die dadurch hereinkommenden Deviseneinnahmen von der Türkei genutzt werden, um noch mehr Waffen zu kaufen und weiter zu morden.

Aufgrund der Berichterstattung über den massiven Einsatz deutscher Waffen sah sich die Bundesregierung gezwungen die waffenlieferungen an die Türkei vorerst einzufrieren. Nachdem Verteidigungsminister Stoltenberg geopfert wurde, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, gibt es inzwischen Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung die Unterstützung der Türkei auf der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ebene in gewohnter Weise fortführen möchte. Auch die übrigen NATO-Staaten haben kein Interesse an einer Verurteilung der Türkischen Republik. Vor allem die USA unterstützen die türkische Regierung in ihren Ambitionen, die Vorherrschaft in der Region zu erlangen. Dabei geht es u. a. um die Kontrolle der Republiken im Süden der ehemaligen Sowjetunion

Die BRD und die übrigen NATO-Staaten unterstützen seit langem den sogenannten "

Spezialkrieg" der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung. Die terroristischen 'Rambos' wurden zum Teil von der BRD ausgebildet. Ohne die Unterstützung der NATO wäre die türkische Regierung wahrscheinlich nicht mehr in der Lage, ihre Gewaltherrschaft über Kurdistan aufrechtzuerhalten und auch die NATO-Truppen, die dort "zum Schutz der Kurden im Irak" stationiert sind, sehen ruhig zu, wenn die kurdische Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze von der türkischen Armee massakriert wird.

Um weitere Massaker zu verhindern muß dringendst auf allen politischen Ebenen versucht werden die türkische Armee an der Fortsetzung des Krieges gegen die Kurden zu hindern.

Es muß darauf gedrängt werden, ausländischen Beobachtern und Journalisten die ungehinderte Einreise und Berichterstattung zu ermöglichen.

**Schluß mit den Massakern  
in Kurdistan!  
Sofortiger Abzug  
der türkischen  
Armee aus Kurdistan!  
Freiheit und  
Selbstbestimmung  
für das kurdische Volk!  
Solidarität mit Kurdistan jetzt!  
Sofortige Einstellung  
jeglicher Türkeihilfe!  
Kein Tourismus in die Türkei!**

**Erstunterzeichner: Kom-Mak (Verein der LehrerInnen aus Kurdistan in Niedersachsen e.V.); MLSPB; Devrimci Isci; Devrimci Sol Güçler; ATIF; KAWA in Niedersachsen; Kurdischer Kulturverein Hannover; Sympathisanten der ERNK in Hannover und Celle; Kurdistan Solidarität Hannover; BWK Hannover; PDS Hannover; Freie ArbeiterInnen-Union Hannover; AStA der Uni Hannover; Antifa Gruppe UJZ Kornstraße; Bund Deutscher PfadfinderInnen, Hannover-Nord; Türkei Informationsbüro Hannover; u.a.**

# WIRD DIE WIRTSCHAFT DER TÜRKEI DIE TALFAHRT BEENDEN?

Die Zusammensetzung des Parlaments, die sich aus den Parlamentswahlen im Oktober letzten Jahres ergab, ermöglichte die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der konservativen DYP (Partei des rechten Weges) und der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei). Die neue Regierung, die seit Dezember 1991 die Amtsgeschäfte übernommen hat, verspricht Reformen in gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und ökonomischen Bereichen.

Das Koalitionsprogramm von DYP und SHP verkündete die Einleitung einer neuen Phase auch in der Wirtschaft. Diese Botschaft richtete sich nicht nur an die werktätigen Massen, deren wirtschaftliche Situation miserabel ist, sondern auch an die Mittelklassen und die Bourgeoisie. Diese Botschaft kam in breiten Teilen der Bevölkerung auch deswegen gut an, weil sie von einer Propaganda begleitet wurde, wonach die neue Regierung die Phase des "12. Septembers" in der Türkei beendet "und eine demokratische politische Ordnung" schaffen werde.

In den letzten beiden Nummern der "Türkei Information" wurde die Politik der neuen Regierung mit ihren verschiedenen Aspekten (sowohl hinsichtlich des Programms als auch der Praxis der neuen Regierung) untersucht. In dieser Nummer und in der nächsten soll die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung diskutiert werden.

Die Ziele der DYP-SHP-Regierung bezüglich der Wirtschaft zeigen, daß die Koalitionsregierung auch in diesem Bereich eine Restauration anstrebt. Welche Erfolgchancen hat dieses Programm, das auch mit Worten wie "die ökonomischen Probleme lösen", "die Wirtschaft aus der Talfahrt führen" umschrieben wird?

Um diese Frage beantworten zu können, wird es von Nutzen sein, zunächst das Wirtschaftserbe und die Probleme, die die neue Regierung von ihrer Vorgängerin übernommen hat, im wesentlichen zu benennen, um dann die Frage zu behandeln, ob die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung die geeigneten Mittel zur

Lösung sind oder nicht. Die Lage der Wirtschaft sieht hinsichtlich der Hauptindikatoren wie folgt aus:

\* Die Auslandsschulden der Türkei haben die Summe von 50 Milliarden Dollar erreicht. Aus der Ausgangsbasis von 19 Milliarden Dollar Schulden im Jahre 1980 wurden zum Ende des Jahres 1991 49 Milliarden 649 Millionen Dollar.

Nach einem Untersuchungsbericht der Weltbank befindet sich die Türkei an 9. Stelle (von 99 als "Entwicklungsländer" bezeichneter Staaten) mit den Auslandsschulden.

Mit den Zahlen von Ende 1991 kommen die Auslandsschulden der Türkei der Hälfte des nationalen Einkommens in einem Jahr gleich. Allein die Zinsen, die die Türkei von nun an jedes Jahr für die Auslandsschulden abführen muß, betragen jährlich 4 Milliarden Dollar. Die bisherigen Auslandsschulden dienten entweder zur Begleichung derselben oder zur Finanzierung des Imports von Luxuswaren. Für Investitionen oder in der Produktion wurden nur geringe Beträge ausgegeben.

\* Parallel zu den Auslandsschulden erreichte auch die Binnenverschuldung des Staates eine sehr hohe Summe. Die Binnenverschuldung des Staates betrug Ende 1991 100 Billionen Türkische Lira (als dieser Artikel geschrieben wurde, entsprach 1 Dollar 6000 Türkischer Lira und 1 DM 3700 Lira).

Grund für das schnelle Wachstum der Binnenverschuldung ist, daß die öffentlichen Ausgaben anstatt über Steuern über Schulden gedeckt werden. Nach dem Militärputsch von 1980 wurden einerseits die Steuerabgaben für Arbeitseinkommen erhöht und andererseits die Aneigner von Profiten, Zinsen und Renten steuerlich entlastet. Dies führte dazu, daß Mittel für öffentliche Ausgaben fehlten, die man dann über Binnenverschuldung zu decken versuchte.

\* Ein Viertel der Haushaltsausgaben werden für die Begleichung der Zinsen verwendet. Das schnelle Wachstum der Binnen- und Auslandsverschuldung des Staates hat

auch die Ausgaben für Zinsen in die Höhe getrieben.

\* 1991 wurde festgestellt, daß die nutzbaren Finanzmittel der Türkei im Vergleich zum Vorjahr abgenommen haben. Grund für die Abnahme der materiellen Geldquellen des Landes ist deren Transferierung ins Ausland (an die imperialistischen Monopole und Staaten), die über die Begleichung der Auslandsschulden läuft. Die Türkei hat 1991 mehr Gelder ins Ausland transferiert als im Vorjahr.

\* Im selben Jahr nahmen die Investitionen ab, ihr Anteil an materiellen Gesamtquellen sank. Die Investitionsausgaben der Türkei gingen 1991 im Vergleich zum Vorjahr um 15,6% zurück. Demgegenüber stiegen die Konsumausgaben. Das Sinken der Gesamtinvestitionen wurde vom Rückgang von Investitionen in einigen Hauptsektoren begleitet. Z.B. gingen 1991 die Anteile der Produktionsindustrie an Investitionen von 17,5% auf 16,5%, in der Energieversorgung von 10,2% auf 9,8% und für die Bildung von 3,4% auf 2,9% zurück. 1980 betrug der Anteil der Industrie an Investitionen 28%. Die Anteile der Landwirtschaft und des Transportwesens an den Gesamtinvestitionen hingegen stiegen (bei der Landwirtschaft von 6,9% auf 7,3%, beim Transportwesen von 22 auf 24%).

\* Die neue Regierung hat von der ANAP-Regierung eine Wirtschaft übernommen, deren Wachstumsrate 1991 2,2% betrug. In der ersten Regierungsperiode (1983-84) der ANAP (der Partei des gegenwärtigen Staatspräsidenten, sowie des Wirtschaftsberaters von Demirel vor 1980, sowie des Vizeministerpräsidenten der Militärregierung, Turgut Özal) hatte die Wirtschaft eine Wachstumsrate von 3,3%. Da ein unstabiler Wachstumskurs verfolgt wird, ergab sich z.B. im Jahre 1990 eine Wachstumsrate von 9,2%. Während die Wachstumsrate der Wirtschaft zwischen 1983 und 90 unter der ANAP-Regierung durchschnittlich 5% betrug, ging sie im letzten Jahr dieser Regierung (1991) auf 2,2% zurück.

Die Prokopfverteilung des Einkommens sieht in der Türkei wie folgt aus: Während das Prokopfeinkommen 1983 1 Million 565 tausend Türkische Lira betrug, betrug sie 1990 1 Million 960 tausend Lira und ging 1991 auf 1 Million 940 tausend Lira zurück. Interessanterweise blieb die Wachstumsrate der Wirtschaft unter der Wachstumsrate der Bevölkerungszahlen (1991). Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerungszahlen in der Türkei beträgt 2,5%.

\* Eine der grundlegenden Säulen der Wirtschaft der Türkei seit 1923, die KIT's (staatliche Wirtschaftsunternehmen), sind vom Konkurs bedroht. Diese Unternehmen hatten im Wirtschaftsleben des neuen, nach Zerfall des Osmanischen Reiches gegründeten Staates einen wichtigen Platz. Die sog. KIT's hatten in einem Land, dessen Kapitalakkumulation ziemlich schwach, dessen Bourgeoisie kraftlos ist, über Basis und Industrieinvestitionen, sowohl der Intensivierung der Kapitalakkumulation als auch der Stärkung der bürgerlichen Klasse gedient. Diese Unternehmen hatten bis 1980 wesentlich zur Stabilisierung der Wirtschaft beigetragen. Wegen der "neuen Wirtschaftsmaßnahmen nach 1980" haben sie große Schwierigkeiten ihr Weiterbestehen zu sichern; von Neuinvestitionen kann überhaupt keine Rede sein. Die KIT's stellen 100 der 500 größten Firmen der Türkei dar. Sie realisieren 40 % der Gesamtproduktion. Die neue Regierung hat diese Unternehmen, die in Sektoren wie Bergbau, Energie, Transport, Stahl, Öl, Telekommunikation, Zement etc. fast Monopolstellungen einnehmen und daneben im Finanzsektor und der Produktion von Tabak, Textilien, Lebensmittel und Alkohol erhebliche Investitionen getätigt haben, an der Grenze des Konkurses übernommen.

\* Eines der Hauptprobleme, die die neue Koalitionsregierung übernommen hat, ist die Inflation. In den letzten 10 Jahren hat die Türkei die höchsten Inflationsraten ihrer Geschichte erlebt. Während 1983 die jährliche Inflationsrate durchschnittlich 32 % betrug, galoppierte sie in den nächsten Jahren auf ca. 70 %. Die neue Regierung hat die Inflation zur größten Gefahr erklärt.

\* Ein schweres Problem, das die neue Regierung von der alten übernahm, ist die große Ungleichheit in der Einkommensverteilung. 1979 (also vor dem Militärputsch) wurde der Anteil der Landwirtschaft am Brutto sozialprodukt mit 24%, der Anteil der Löhne mit 32%, der Anteil der Kapitalbesitzer (Profite, Zinsen, Ren-

ten) mit 42% beziffert. Dieses Bild der Einkommensverteilung hat die werktätigen Kreise auch vor dem Militärputsch benachteiligt (man darf nicht vergessen, daß im landwirtschaftlichen Sektor neben Kleinbauern eine Vielzahl von Großgrundbesitzern existiert.) Jedoch hat die Wirtschaftspolitik der 80'er Jahre die ungleiche Verteilung des nationalen Einkommens drastischer werden lassen. 1989 hatte die Landwirtschaft nur noch einen Anteil von 15%, die Löhne nur noch von 14% des Brutto sozialproduktes des Landes, obwohl der Anteil der Profite, Zinsen und Renten auf 70% angestiegen war. Ausdruck der Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung ist folgendes: 15% der Bevölkerung in der Türkei eignet sich 60-70% des nationalen Einkommens an, während 60% nur noch 20-30% Anteil davon haben.

Eine natürliche Folge dieses großen Gefälles in der Einkommensverteilung ist, das die Türkei mit an erster Stelle unter den Ländern aufgeführt wird, in denen Arbeitskräfte am billigsten sind.

Während sich in der Türkei der Block der herrschenden Klassen vor 1980 auf eine Zusammensetzung vom mit dem Imperialismus kollaborierenden Monopolkapital, Großgrundbesitzern und präkapitalistischen Elementen stützte, führten die Wirtschaftspolitik und die politischen Maßnahmen nach dem Putsch von 1980 dazu, daß die Großgrundbesitzer und die präkapitalistischen Elemente aus diesem Block ausgeschlossen wurden. In der Konsequenz ergab sich eine Struktur, in der das Monopolkapital, das in allen Sektoren (Industrie, Finanzsektor, Handel etc.) vertreten ist, dominierend ist. Ein Kreis, den man als 'Rentenaneigner' bezeichnen könnte, ersetzte in dieser Struktur die Großgrundbesitzer und präkapitalistischen Elemente. Die ganze Gesellschaft, von der Ökonomie über Kultur bis zur Politik, ist in der Periode nach dem Militärputsch dementsprechenden Interessen dieser Kreise von neuem gestaltet und institutionalisiert worden.

Diese Situation, die zur Zerstörung traditioneller Strukturen und Verhältnisse führte, brachte in den letzten 10 Jahren wichtige Probleme mit sich. Diese Probleme hat die neue Koalitionsregierung übernehmen müssen.

## Historischer Kontext

Zu den oben genannten Problemen können auch neue (z.B. die Haushaltsdefizite, die Stagnation im Export etc.) hinzugezählt werden. Jedoch reichen die aufgezählten Problem auf, um die Lage der Wirt-

schaft der Türkei zu begreifen. Daher ist es an dieser Stelle besser, das Thema in anderen Hinsichten zu diskutieren.

Um beurteilen zu können, ob Maßnahmen der neuen Regierung diese Probleme überwinden können, müssen die allgemeinen Eigenschaften der diese Probleme verursachenden Struktur und die Bedeutung des Eingriffs in diese Struktur nach 1980 erklärt werden. In den 20er Jahren, als sich auf den Trümmern des Osmanischen Reiches ein neuer Staat (Republik) bildete, haben die damaligen Regierenden (Kemalisten) die Entwicklung der Türkei auf kapitalistischem Wege versucht. Aber ihnen fehlten die notwendigen Möglichkeiten und Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Zuerst fehlte es am Kapital und Ressourcen; es gab keine Bourgeoisie, die den Motor einer Entwicklung bilden könnte; es fehlte an einer günstigen Basis; die Produktivkräfte und Technologie waren unterentwickelt; der 1. Weltkrieg und der Befreiungskrieg (1919-1922) hatten einen wichtigen Teil der jungen Bevölkerung vom Produktionsprozeß für immer losgelöst. (1925 betrug die Bevölkerungszahl der Türkei zwischen 13 und 17 Millionen, ein Großteil davon waren alte Menschen. Die Türkei war reich an Bodenschätzen, ihr fehlte aber das notwendige Know-How und die Technik, um sie abzubauen. Die Regionen Ägäis, Mittelmeer, Marmara (und zum Teil Mittelanatolien) verfügten über günstige Böden für die landwirtschaftliche Produktion. Weil aber die landwirtschaftliche Produktion mit primitiven Methoden realisiert wurde, reichte der Mehrwert, der in diesem Bereich erzielt und vom Staat konfisziert wurde, zur nötigen Kapitalakkumulation nicht aus. Trotzdem haben die Regierenden damals eine ganze Menge an Ressourcen in andere Bereiche transferiert.

Das Fehlen von Kapital und Bourgeoisie mit Initiative führte zur Errichtung eines kapitalistischen Systems unter staatlicher Führung. Die große Weltwirtschaftskrise von 1929 brachte die Regierenden in der Türkei dazu, sich am Staatskapitalismus festzuklammern und Methoden der Kommandowirtschaft anzunehmen - eine Wirtschaft zu errichten, die ohne fremde Hilfe sich selbst genügen sollte. Durch Ressourcen, die aus der intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft der Bauern und der Landwirtschaft gewonnen wurden, schuf man Staatsmonopole in einigen Hauptsektoren (z.B. die schon erwähnten KIT's). Aufgrund verschiedener Hindernisse für die Einfuhr ausländischer/n Waren und Kapitals, auf die hier nicht näher einge-

gangen werden soll, war der Import stark eingeschränkt. All dies reichte zur Installation des Kapitalismus in der Türkei nicht aus. Erst in den 40'er Jahren hat die günstige Weltkonjunktur der Türkei erlaubt, intensive Beziehungen zum kapitalistisch-imperialistischen System zu entwickeln.

Die Türkei, die während des II. Weltkrieges zunächst neutral war, dann mit Nazideutschland paktierte, sich aber schnell auf die Seite der Alliierten schlug – als klar wurde, daß Hitler den Krieg verlieren würde – versuchte Ende der 40'er und Anfang der 50'er Jahre über die Mitgliedschaft in der NATO und durch Inanspruchnahme der Hilfen des Marshall-Plans ihre Integration in das imperialistisch-kapitalistische System zu forcieren. Sie intensivierte ihre finanziellen und Handelsbeziehungen zu den USA, England, Frankreich und der Schweiz. Die günstigen Bedingungen, die durch die Kommandowirtschaft und den Staatskapitalismus geschaffen wurden, bildeten die materielle Grundlage für die Annahme eines Entwicklungsmodells durch die Türkei, das als "importorientiert" bekannt ist. Die ersten Parlamentswahlen, an denen mehr als eine Partei teilnehmen konnte, 1950, führten zum Regierungswechsel: Die DP (Demokratische Partei), die das US-amerikanische Entwicklungsmodell vertrat, übernahm die Regierung. Diese Partei ist die Ursprungsorganisation der jetzigen Regierungspartei DYP. Die andere Regierungspartei SHP, ist die Nachfolgepartei der CHP (Republikanische Volkspartei), die 1950 die Wahlen verlor und zwischen 1923 und 1950 die Türkei allein regierte.

Die 50'er Jahre waren Zeuge der Entwicklung der türkischen Wirtschaft durch ausländische Hilfen. Dabei spielte es auch eine Rolle, daß das Handelskapital in die Industrie investierte, die landwirtschaftlichen Produkte sowohl im Inland als auch auf den Märkten des Auslands an Wert zunahm und die KIT's ihre Basisinvestitionen vervielfachten. In dieser Periode stärkte die Regierung das Privatkapital über verschiedene Mechanismen. Die über ihre Beziehungen zu imperialistischen Monopolen gewachsene Bourgeoisie begann mit der intensiven Ausbeutung des Binnenmarktes, indem sie benötigte Investitionsmittel (Stahl, Kohle, Energie, Zement etc.) von den KIT's weit unter Weltmarktpreisen aufkaufen konnte. Diese Politik wurde bis Ende der 70'er Jahre fortgesetzt. Sie ist Beispiel für die neokolonialistischen Methoden des Imperialismus. In diesem Sinne bedeutet dieses "importorientierte Modell" nur, daß Länder wie die Türkei als ein

weiteres auszubeutendes Glied an die imperialistische Ausbeutungskette hinzugefügt werden.

Dieses Modell führte neben beschränkter Industrialisierung auch zur Entstehung eines neuen Blocks herrschender Klassen. In diesem Block befanden sich neben dem Monopolkapital, welches mit dem Imperialismus kollaborierte, Großgrundbesitzer, Großhändler und prä-kapitalistische Elemente. Wenn auch der Militärputsch von 1960 eine Begrenzung des Einflusses dieses Blocks auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anstrebte – eine von oben betriebene Ausgrenzung besonders der Großgrundbesitzer und prä-kapitalistischer Elemente, und anstelle dessen ein Bündnis zwischen dem Monopolkapital, der Staatsbürokratie und den Mittelklassen errichten wollte – hatte er damit keinen Erfolg. Auch hinter dem Militärputsch von 1971 waren, neben anderen, diese Ziele zu sehen. Aber auch dieser zweite Eingriff reichte nicht aus, um das Monopolkapital zur einzigen herrschenden Macht werden zu lassen.

Auch wenn diese kurz skizzierten Entwicklungen das Privatkapital gestärkt haben, reichten sie nicht aus, die Bourgeoisie von Kapitalknappheit, Mangel an Ressourcen und technologischer Rückständigkeit zu befreien. Auf diesen Gebieten blieb sie immer vom Imperialismus abhängig.

Die Krise des imperialistisch-kapitalistischen Systems in den 70er Jahren traf auch die Türkei so hart, daß 1977 die türkische Wirtschaft völlig in die Sackgasse geraten war. Die ganze Gesellschaft erfassende politische Kämpfe führten zur politischen Instabilität. Diese Situation war ein Hindernis für die Einfuhr ausländischen Kapitals in die Türkei. Das Stocken der Wirtschaft brachte das herrschenden Klassenbündnis (Oligarchie) an die Grenze der Spaltung.

Die Türkei konnte nicht nur ihre Schulden an die imperialistischen Staaten und Monopole nicht bezahlen, sie fand auch keine neuen Kreditgeber.

In solchen Situationen kommen IWF (Internationaler Währungsfond) und Weltbank als "Retter in der Not". Auch 1979 in der Türkei.

Der IWF bereitete für die Türkei ein Konzept vor. Dieses Konzept wurde von der damaligen Demirel-Regierung hilflos angenommen und am 24.2. 1980 in die Praxis umgesetzt. Einer der Architekten der als "Stabilisierungsmaßnahmen" des 24. Januar" bekannten Politik war der gegenwärtige Staatspräsident Özal. Özal war 1980 Wirtschaftsminister Demirels.

Diese Politik war ein nach wie vor

geltender Maßnahmenkatalog, der die Türkei über die Einfrierung der Löhne, die Drosselung der Nachfrage, die Begrenzung des Binnenmarktes, die Öffnung der Wirtschaft nach außen, die Liberalisierung des Außenhandels, die Aufhebung der Hindernisse für die Einfuhr ausländischen Kapitals, die Förderung des Exports usw. in den Augen des Imperialismus wieder kreditwürdig machen sollte. Diese Maßnahmen zielten auf die Integration sowohl der türkischen Wirtschaft als auch der Bourgeoisie ins imperialistisch-kapitalistische System auf einer neuen Basis.

Als 1980 klar wurde, daß das Parlament diese Maßnahmen nicht umsetzen konnte (hauptsächlich wegen der starken gesellschaftlichen Opposition), wurde am 12. September 1980 ein Militärputsch inszeniert. Nach dem Militärputsch wurde der Architekt dieser Maßnahmen, Turgut Özal, zum Wirtschaftsminister ernannt.

Jedoch führte die Wirtschaftspolitik nach dem Putsch bis heute nicht dazu, die völlige Integration der Wirtschaft und Bourgeoisie ins imperialistisch-kapitalistische System zu vollziehen. Z.B. stagnierte in den letzten Jahren der Export, der mit überdurchschnittlichen Subventionen gefördert wurde. Hauptursache dafür ist, daß der Export sich nicht auf eine neue Industriestruktur, sondern auf die alte stützen mußte. Dazu kam, daß keine neuen Industriezweige erschlossen wurden und auch die alten nicht auf den Stand moderner Technologie gebracht werden konnten. Die Kapitaleinfuhr in die Türkei nahm zu, aber es wurde hauptsächlich im Bankwesen und im Dienstleistungssektor investiert. Das ausländische Kapital investiert zwar in den letzten Jahren immer mehr in die Produktionsindustrie, aber die Kurdistanproblematik und die Stärkung des islamischen Fundamentalismus führen nicht gerade dazu, daß der politischen Stabilität der Türkei vertraut wird.

Eines muß betont werden: Trotz all ihrer Mängel und ihrer zeitweiligen Erschütterung ist die türkische Wirtschaft keine, die vor einem Zusammenbruch steht und völlig geschwächt ist. Die Türkei hat, verglichen mit vielen der sogenannten "Entwicklungs-" oder "3. Welt-Länder", eine relativ starke Wirtschaftsstruktur. Man braucht sie nicht zu den "3. Welt-Ländern" zu zählen.

**Fortsetzung folgt  
in der nächsten Nummer**

**Fußnoten:**

1) verschiedene Ausgaben von Millyet, Tercüman, Cumhuriyet und 2000'e Dögrü.

# „Der Westen muß seine Furcht vor dem Pantürkismus vergessen ...“

## Die Türkei umwirbt die zentralasiatischen GUS-Republiken

Anfang der 80er Jahre tauchten die islamischen Sowjetrepubliken vor allem in der - vom CIA finanzierten - Zeitschrift "Yeni Forum" (Neues Forum) auf, später dann auch in islamischen und faschistischen Veröffentlichungen, seit der Perestroika sind sie Teil der täglichen Berichterstattung der türkischen Medien: die - so der offizielle Sprachgebrauch - "türkischen Republiken" der ehemaligen UdSSR, die heute alle ihre Unabhängigkeit erklärt und sich der GUS angeschlossen haben. Diese Republiken, konkret geht es um Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan, Kirgisien, Turkmenistan und Aserbaidschan, haben alle eine vorwiegend muslimische Bevölkerung. Mit Ausnahme des persischsprachigen Tadschikistan gehören ihre Sprachen, die alle seit Sommer des vergangenen Jahres zu offiziellen Landessprachen geworden sind (in Kasachstan leben allerdings mehr Russen als Kasachen), verschiedenen Zweigen der Familie der Turksprachen an. Grund genug für die türkischen Machthaber, sich als die "natürliche Führungsnation dieser jungen Staaten" zu begreifen.

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Kirgisien verfügen über erhebliche Erz-, Erdöl- und Erdgasreserven, Usbekistan und Kasachstan über Kohle- und Goldvorkommen, in Tadschikistan wurde ein großer Teil des sowjetischen Urans abgebaut. In Kasachstan befinden sich wichtige Rüstungsbetriebe und ein Raumfahrtzentrum; was die Landwirtschaft angeht, so wird fast die gesamte Baumwolle der ehemaligen UdSSR in diesen Republiken angebaut. Weiterhin gibt es zahlreiche Bodenschätze, die vor allem in Kasachstan und Aserbaidschan direkt verarbeitet werden. Trotz ihres Reichtums an Bodenschätzen handelt es sich bei Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan um die vier ärmsten der Republiken, die im Verlauf des vergangenen Jahres ihre Unabhängigkeit erklärt haben.

Große Teile dieser vier Republiken sind Hochgebirge (bis zu 7000m) oder Wüste, alle vier mußten Lebensmittel importieren. Durch Baumwollmonokulturen und durch unsachgemäßes Bewässern hat die Umwelt gelitten, so daß heute der

Eindruck einer Region entsteht, aus der wesentlich mehr herausgeholt als hinein investiert worden ist.

### Wie 'türkisch' sind die Turkrepubliken?

Der "historische Anspruch", der dieser Tage immer wieder formuliert wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eher fadenscheinig. Obwohl in ethnisch/sprachwissenschaftlichem Sinn von Turkrepubliken gesprochen werden kann, gibt es seit dem 7./8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung eigentlich keine politischen Berührungspunkte dieser Republiken mit der Türkei bzw. dem Osmanischen Reich.

Aserbaidschan - übrigens gegenwärtig "Pilotprojekt" der zuerst vom CIA und rechtsradikalen türkischen Kreisen betriebenen, heute auch regierungspolitisch verankerten türkisch/asiatischen Annäherung - verfügte allerdings wegen seiner geographischen Nähe über mehr Verbindungen zu den Osmanen als die anderen Republiken.

Das "türkische" Bewußtsein in Aserbaidschan wurde mit Hinweisen auf die "gemeinsamen turkmenischen Vorfahren in der asiatischen Steppe" und die Sprachverwandtschaft geweckt (Aserbaidschanisch ist diejenige der Turksprachen, die dem heutigen Türkei-Türkisch am meisten gleicht). Weiterhin stand die aserbaidschanische Intelligenz unter dem Einfluß Ismail Gasprinnskijs, eines Krimtataren, der ab 1880 mit einer Modernisierung des Islam in Rußland und der Entwicklung der pantürkschen Ideologie den Turkvölkern in Rußland neues politisches Gewicht verschaffen wollte.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hatte es unter den Aserbaidschanern kein sehr starkes nationales Bewußtsein gegeben. Den Anstoß für eine verstärkte nationale Debatte bildeten Versuche des Iran, auch den russischen Teil Aserbaidschans zu missionieren. Eine Gruppe Intellektueller erkannte in den laizistischen Bestrebungen der Jungtürken eine für sie attraktive Alternative und begann mit der Publikation mehrerer türkischer Zeitschriften.

"In der Presse von Baku nahm

die Ideologie des Pantürkismus einen immer größeren Raum ein, über dem Bewußtsein, Türke zu sein, wurden Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten vergessen. Das förderte die Einheit der Aserbaidschaner gegenüber den politisch mächtigeren Armeniern und Russen."(1)

Diese Phase turkophilen Einflusses um die Jahrhundertwende dauerte nur knapp zehn Jahre. 1914, als das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands in den Krieg eintrat, bekannte sich die aserbaidschanische Presse zu Rußland. Später - aber noch vor der Revolution von 1917 - hatten dann sozialdemokratische Gruppierungen aus Rußland mehr Einfluß bei der Organisation der Arbeiter als pantürkische. Ein reichlich spärliches Erbe also, auf das die Türkei ihre heutigen Ansprüche stützen kann.

### Türkische Aktivitäten in Bezug auf die Turkrepubliken

Die türkische Hinwendung zu den sowjetischen Bruderrepubliken begann nicht erst mit der Perestroika. Schon Anfang der 80er Jahre - sobald sich das mit dem Militärputsch an die Macht gekommene Regime einigermaßen konsolidiert hatte - lancierte die oben erwähnte Zeitschrift "Yeni Forum" das Thema "Sovjet Türkeri" (Die Sowjettürken) immer wieder. Alle zwei Wochen - die Zeitschrift erscheint 14tägig - erschienen Berichte über eine der Republiken, vornehmlich Aserbaidschan, Übersetzungen oder Übernahmen aus Veröffentlichungen, die meistens die "türkische Identität" zum Thema hatten. In "Yeni Forum" fanden sich dann auch in regelmäßigen Abständen Annoncen, mit denen "Radio Liberty" und "Radio Free Europe" Mitarbeiter suchten, die die usbekische, tatarische usw. Sprache beherrschten. Die Türkei stellte für die USA, speziell für den CIA, ein ideales Rekrutierungsfeld für propagandistische Aktivitäten in der damaligen Sowjetunion dar, denn dort leben Vertreter aller Volksgruppen der "Turkrepubliken". Religion und ethnische Zugehörigkeit waren ja auch zwei Momente, mit denen amerikanische Propaganda massiv versuchte, die

Situation in den Republiken zu destabilisieren.

Seit der Perestrojka erschienen in "Yeni Forum" immer politische Forderungen nach eigenständiger Außenpolitik der Turkrepubliken, insbesondere Aserbaidschans, die von der türkischen Presse aufgegriffen und breit diskutiert wurden. Außer propagandistischen hatte es auch konkrete politische Aktivitäten türkischer Gruppierungen in Aserbaidschan gegeben. Die 1980 in der Türkei verbotene faschistische Partei MHP und ihre Schlägerorganisation "Graue Wölfe" waren, bevor sie 1989 unter anderem Namen (Milli Calisma Partisi, MCP - Partei der Nationalen Arbeit) in der Türkei wieder legal wurden (und mittlerweile im Parlament vertreten sind), in Aserbaidschan tätig geworden.

Die aserbaidshanische Volksfront, einer der Motoren der Auseinandersetzungen mit den Armeniern und Anfang 1990 mit den sowjetischen Truppen um Berg-Karabach, bezieht sich in vielen Veröffentlichungen auf das Gedankengut Alparslan Türkes', des alten und neuen Vorsitzenden der MHP/MCP. "Eigentlich müssen wir beschämt sein" heißt es im März 1990 in der MCP-nahen Zeitschrift "Ocak" (Der Zirkel), "während wir hier beschämt mit unseren Gedanken hinter dem Berg halten, finden wir dort (in Aserbaidschan d.Ü.) die Wolfsflagge (Symbol der Grauen Wölfe d.Ü.) ganz offen an der Spitze von Demonstrationen, das Bild unseres Führers Türkes hängt in jeder Niederlassung der Nationalen Front. Diese Brüder brauchen unsere Hilfe, wir bleiben derweil um Längen hinter ihnen zurück." (2)

1990 waren jedoch nicht mehr nur die Faschisten an engeren Kontakten mit Aserbaidschan interessiert. So gut wie alle türkischen Par-

teien hatten während der Auseinandersetzungen um die Jahreswende ihre Solidarität mit Aserbaidschan geäußert und eine Öffnung des türkisch aserbaidshanischen Grenzübergangs in der Enklave Nahcivan gefordert.

Nun ging es nicht mehr um Destabilisierung der inneren Situation der Republiken, sondern um die offene Herstellung politischer und ökonomischer Beziehungen. Es gab erste direkte Kontakte mit Vertretern aus Aserbaidschan, die die Türkei besuchten, vor allem auf kultureller Ebene. Ein Kulturabkommen zwischen den Schriftstellerverbänden beider Länder war der erste Schritt zu konkreter Zusammenarbeit.

## Türkisch-aserbaidshanische Wirtschaftskontakte

Diese Kontakte wurden durch den Ausbruch der Kuwaitkrise mit einem Schlag intensiviert. Schon im August 1990, keine zwei Wochen nach Schließung der Erdölpipeline von Mossul an die türkische Mittelmeerküste und der Verhängung des Embargos gegen den Irak besuchte eine aserbaidshanische Delegation die Türkei. Delegationsmitglieder waren der Präsident und der Energieminister, hauptsächlicher türkischer Gesprächspartner Staatsminister Mehmet Keceriler. Der Minister war innerhalb der damals regierenden Mutterlandspartei (ANAP) Sprecher des "Bewegungsflügels", also derjenigen Gruppierung, die nach dem Verbot der faschistischen Partei Türkes in die Mutterlandspartei aufgenommen worden war. Der Bewegungsflügel war so über Jahre hinweg, trotz aller offiziellen Distanzierungen der ANAP von den türki-

schen Faschisten, der "Fuß" den Türkes und seine Anhänger in der türkischen Regierungspolitik hatten.

Bei den Gesprächen wurden erstmals handfeste wirtschaftliche Absprachen getroffen. Aserbaidschan sagte der Türkei die Lieferung von 5 Mio. t Erdöl im Jahr zu (eigene Förderung der Türkei 4 Mio. t). Die Türkei verpflichtete sich, das technische und technologische Know How für den Bau mehrerer Kraftwerke zur Verfügung zu stellen. Verhandlungsgegenstand war weiterhin der Bau einer Pipeline, von Baku nach Iskenderun, an die türkische Mittelmeerküste. Er wurde in der Presse als "so gut wie vereinbart" bezeichnet. (Mittlerweile ist er wirklich vereinbart). Am 15.10.1990 wurde der Grenzübergang Nahcivan (Türkei-Armenien/Aserbaidschan) geöffnet.

Diese Vereinbarungen konnten zwar die durch das Embargo entstandenen ökonomischen Verluste nicht auffangen, stellten aber zumindest ein Polster für die türkische Regierung und ihren völlig proamerikanischen Kurs dar. (Mehrere Versuche des irakischen Außenministers Tarik Aziz, die Beziehungen zur Türkei nicht ganz kaputtgehen zu lassen, wurden im August/September 1990 abgewehrt.)

Mittlerweile sind die Kontakte mit Aserbaidschan auf allen Ebenen intensiviert worden. Im Januar 1992 hat die inzwischen fünfte türkische Delegation von Unternehmern und Arbeitgeberverbänden die Republik besucht. Konkrete Investitionen hat die Türkei bis heute vor allem auf dem Bausektor getätigt. Ein Gebiet, auf dem die Türkei auch in der Ex-UdSSR sehr stark vertreten war. Insgesamt lassen sich die wirtschaftlichen Verhandlungen mit der Formel Öl und Gas gegen Technologie zusammenfassen.

Beim Staatsbesuch des aserbaidshanischen Präsidenten Mutalibow vom 19. - 21.1.92 in Ankara standen dann weitere Punkte türkischer Unterstützung auf dem Programm. Vor allen Dingen ging es um den türkischen Beitrag oder besser die türkische Unterstützung beim Aufbau eines aserbaidshanischen Heeres. Die Presse berichtete von einer definitiven Zusage, die Mutalibow jedoch am nächsten Tag dementierte. Er sagte aber selber, daß "es intensive Gespräche darüber gäbe."

Entscheidender war allerdings noch, daß Mutalibow seinen Gesprächspartnern mitteilte, daß in diesen Tagen in Aserbaidschan definitiv zum lateinischen Alphabet übergegangen werde. Die Abschaffung des kyrillischen Alphabets, die in diesen Monaten - mit



Kundgebung in Istanbul für die Solidarität mit Aserbaidschan

breitem Konsens in der Bevölkerung – in allen Turkrepubliken durchgeführt wird, eröffnet zwei Alternativen: das arabische Alphabet – eigentlich naheliegender, weil dann Aserbaidtschaner im Iran und in der Republik die gleiche Schrift benutzen würden – und das lateinische. Die Entscheidung für lateinische Buchstaben ist eine Entscheidung für den Westen und eine erste Annäherung an die Türkei.

## Außenpolitischer Konsens in der Türkei

Interessant sind die Pressekommentare zum Staatsbesuch, die Rückschlüsse auf weitere Strategien der Türkei zulassen. Die ausführlichsten Kommentare fanden sich in der rechtsgerichteten Presse. "Türkiye", eine MCP-nahe, sehr auflagenstarke Tageszeitung schreibt: "... der Westen sucht nach Verbindungswegen zu Turkistan. Auch uns erscheint das wünschenswert, um unseren Brüdern einen Anschluß an dieses Jahrhundert zu ermöglichen ... wir sehen uns da nicht nur in der Funktion einer Brücke oder eines neutralen Vermittlers, nein wir müssen aktiv an diesem Prozeß teilhaben, um unsere Brüder dem Imperialismus nicht einfach zu überlassen..."(3)

Erstaunlich ist, daß der Kommentator betont, die Türkei dürfe ihre Chance, sich dem Westen in einer solchen Funktion anzubieten, nicht verpassen. Die MCP hatte sonst immer eher gegen eine, wie auch immer geartete, Westorientierung polemisiert.

Im ebenfalls rechtsgerichteten Blatt "Tercüman" schreibt ein Dr. Andican, seines Zeichens Vorsitzender der "Turkistan-Erforschungs-Stiftung": "... wird Turkistan sich für ein Modell wie Saudi-Arabien oder wie der Iran entscheiden? ... die Türkei ist laizistisch und hat es geschafft, gute Kontakte zum Westen aufzubauen. Ja, man kann sagen, sie ist politisch und ökonomisch integriert. Sie kann ein Modell für das junge Turkistan darstellen. Der Westen muß dann seine Furcht vor dem Pantürkismus abwerfen und erkennen, daß das türkische Modell auch das für ihn günstigste ist..."(4)

Diese Kommentare decken sich fast mit denen M.A. Birands, des langjährigen EG-Korrespondenten und berühmtesten türkischen Auslandsjournalisten in der Zeitung "Milliyet". Er gilt als der liberale, westorientierte Experte, der dafür bekannt ist, dem türkischen Leser den Standpunkt der EG nahezubringen. Also nicht gerade ein politischer Freund rechtsextremer Kreise. Die Rechtsextremen verpacken ihre



pragmatische Politik, den Westen als unbestrittenen Machtfaktor nicht mehr zu ignorieren oder gar zu bekämpfen, nicht selten in die propagandistische Wendung, "es dem Westen zu zeigen, wie groß die Türkei werden kann."

In der Türkei ist sehr wohl bekannt, daß auch der Iran um die Gunst der "neuen Republiken" wirbt. Saudi-Arabien hatte schon direkt nach der Perestroika angefangen, in Usbekistan zu missionieren. Momentan scheint die Türkei jedoch als Garant westlicher Technologie – nicht nur für Aserbaidtschan – der geeignetere Partner.

## Türkistan als internationaler Trumpf der Türkei

Die neuen GUS-Republiken stellen für die Türkei eine – vielleicht letzte – Chance dar, an internationalem Gewicht zu gewinnen. Immer wieder hatte die Regierung in Ankara versucht, sich als loyale westliche Ordnungsmacht in der Mittelostregion anzubieten. Aus verschiedenen Gründen blieb der politische und ökonomische "Andrang" nach dem Militärputsch 1980 aus. Ihre bislang größte Schlappe erlitt die Türkei aber nach dem Golfkrieg 1991, als sie trotz extrem proamerikanischer Politik keinerlei Funktion bei einer Neuordnung der Region zugesprochen bekam. Solange der Krieg, den das türkische Heer gegen die kurdische Guerilla führt, eher eskaliert als seinem Ende zugeht, wird der Türkei auch eine solche Position nicht zugestanden werden.

Auf der anderen Seite sind der Türkei die Märkte in Syrien, dem Irak, Jordanien usw., die sie mit westlichen Lizenzprodukten in den vergangenen fünf Jahren ganz neu zu erobern begonne hatte, nun wieder verschlossen.

Die Planungen türkischer Politiker und Unternehmer bleiben nicht

bei Aserbaidtschan stehen. Im Dezember 1990 fand in Ankara ein erstes Treffen zur Diskussion über die Schaffung der KEIB (Karadeniz Ekonomik Isbirliğı Bölgesi – Wirtschaftskooperation Schwarzmeerregion) statt. Initiator des Treffens war der türkische Staatspräsident Özal, Teilnehmer waren Vertreter aus Bulgarien und Rumänien, die damals schon erklärten, das Vorhaben "sehr politiv" zu bewerten, und ein Vertreter der UdSSR. Neben ihm waren aber damals schon Repräsentanten aus der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidtschan und Rußland anwesend. Später wurden dann Folgetreffen ohne die UdSSR durchgeführt. Neben Aserbaidtschan, das ja nicht an das Schwarze Meer grenzt, sollen auch noch andere Turkrepubliken aufgenommen werden, um "ihnen den Weg zur Küste zu öffnen".

Modell, so heißt es in den Ausführungen der türkischen Wirtschaftsexperten, ist die EG, zu der "in keinem Fall eine Konkurrenz entstehen soll" (was wohl auch eine Nummer zu hoch gegriffen wäre). Erster konkreter Schritt in Richtung Wirtschaftsverbund ist der Beschluß der Gründung einer "Schwarzmeerbank", der im Dezember 1990 gefällt wurde. Am 5.2.92 wurde ein erstes Dokument auf Außenministerebene in Istanbul unterzeichnet. Mitgliedsstaaten sind demnach die Türkei, Rumänien, Bulgarien, Ukraine, Rußland, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidtschan. Die Türkei machte sich aber speziell für die Aufnahme weiterer Turkrepubliken stark.

Diplomatische Beziehungen mit Kirgisien, Tadschikistan und Kaschstan hat sie im Januar diesen Jahres aufgenommen, die ersten Unternehmerdelegationen sind bereits in diese Länder unterwegs. Mit dem Schwarzen Meer hat etwa Tadschikistan zwar herzlich wenig zu tun, die Öl-, Gas- und Uranreserven dieser Republiken würden den Verbund aber zweifelsohne bereichern.

"...was wird die EG zu einer Türkei sagen, die selbst einen Markt von 65 - 70 Mio. Menschen darstellt, die als Hinterland Transkaukasien, Zentralasien, den muslimischen Teil des Balkan und einen Teil des Mittleren Ostens haben wird ... in ein paar Jahren wird Brüssel die Türkei anflehen, doch Mitgefühl zu werden. Doch dann tut die Türkei gut daran, noch einmal nachzudenken..." (5), schreibt ein eigentlich nicht extrem nationalistischer Kommentator in der sozialdemokratischen Tageszeitung "Cumhuriyet". So läßt sich eigentlich das erste Mal in diesem Jahrzehnt ein außenpolitischer Konsens im gesamten legalen Spektrum türkischer Politik feststellen.

## Bananenrepubliken in Zentralasien

Bis Brüssel es jedoch für angebracht hält, in Ankara klinkenputzen zu gehen, müssen noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Noch kann Aserbaidschan z.B. nur über 7% seines geförderten Erdöls verfügen, noch gibt es heftige Diskussionen über Uran-, Öl- und Gasförderung in allen Republiken. In einer Artikelserie über die aktuelle Situation der "Provinzen unseres Mutterlandes" (gemeint sind natürlich die Turkrepubliken) greift der türkische Journalist Ali Sirmen in der Tageszeitung "Milliyet" dieses Problem auf:

"Die Arbeitsteilung innerhalb der ehemaligen Sowjetunion hat sehr kuriose Resultate hervorgebracht. So finden wir eine regelrechte Bananenrepublik mitten in Zentralasien. Zwei Drittel aller sowjetischen Baumwolle wurde in Usbekistan produziert. Um die Produktion zu maximieren wurde zuviel Dünger verwendet, das dilettantische Bewässerungssystem hat den Aralsee ausgetrocknet. Gold aus Usbekistan kaufte Moskau bislang weit unter Preis ein. Wie wird es nun weitergehen? Werden Kasachstan Erze, Kirgisien Erdgas, Gold und Uran, Usbekistan Baumwolle und Aserbaidschan Öl in absehbarer Zeit nicht mehr an Moskau, sondern wirklich ans Ausland verkaufen können? ..." (6)

Was Ali Sirmen hier formuliert ist nur eine der Fragen, die noch ernste Hindernisse auf dem Weg zu einer funktionierenden KEIB darstellen. Eine weitere bezieht sich auf Konkurrenten der Türkei um die Vorherrschaft in Mittelasien. Von intensiver Propagandatätigkeit Saudi-Arabiens vor allem in Usbekistan kann schon seit 1988 geredet werden. Für die Saudis spricht, daß sie wesentlich besser in der Lage sind, das nötige Geld für Investitionen und Entwicklungsprogramme aufzubrin-



Aserbaidschaner reißen den Grenzzaun zum iranischen Teil Aserbaidschans nieder

gen; gegen sie spricht ihre geographische Lage, die sich nicht gerade als Brücke zum Westen anbieten würde.

In erster Linie ist jedoch der Iran als möglicher Konkurrent der Türkei zu nennen. Mindestens ebenso stark wie die Türkei kann er sich auf "historische Rechte" berufen. Seit Ausbruch der Kuwaitkrise hat der Iran mit seinem - für viele überraschenden - gemäßigten Verhalten signalisiert, daß er trotz allem Fundamentalismus Wirtschaftsbeziehungen, vor allem mit Westeuropa, höher schätzt als unbedingte religiöse Solidarität. Nur so kann seine extreme Zurückhaltung in Bezug auf die schiitischen Aufstände im Südirak gedeutet werden. Im vergangenen Jahr war es vor allem die Bundesrepublik, die auf die Signale des Iran antwortete. Wiederaufbauhilfe und Wirtschaftsabkommen stehen nun auf der Tagesordnung. Auch der Iran scheint darauf zu setzen neben Religionsbruderschaft - für die die zumeist sunnitischen Bewohner der Republiken nicht allzuviel übrig haben dürften - auch Zugang zu westlicher Technologie zu bieten.

Ohne in den euphorischen Chor der türkischen Leitartikel miteinstimmen, muß eingeräumt werden, daß die Türkei in diesem Wettlauf zumindest zum gegebenen Zeitpunkt einen erheblichen Vorsprung hat. Vor allem, was die von Aserbaidschan immer wieder geforderten Experten angeht, ist der Iran sicherlich überfordert. Noch im September 1991 hatte die iranische Regierung während der Ausweisung von etwa 200.000 irakisch-kur-

dischen Flüchtlingen aus dem Iran diejenigen mit Gewalt zurückgehalten, die Ingenieure waren oder über Fremdsprachenkenntnisse verfügten, um den eigenen Mangel an Experten auszugleichen. In der Türkei konnte in den vergangenen zehn Jahren schon eine Expertengeneration, die mit Systemen von Siemens, Daimler, Sandoz, General Electric u.ä. vertraut ist, heranwachsen.

Informationen über die Haltung verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen und der Bevölkerung der Republiken zu einer Hinwendung an die Türkei gibt es wenig. Sicherlich übertrieben sind Schilderungen der türkischen Presse, die von einer "Sehnsucht nach der türkischen Mutternation" sprechen. Fest steht aber, daß die türkische Politik sich auf weitverbreitete Trends, Neuerungen umso mehr zu akzeptieren, je westlicher sie erscheinen, stützen kann.

## Zusammenschluß im Interesse der Industrienationen

Ein weiterer Faktor, von dem das Zustandekommen der KEIB wesentlich abhängen wird, ist das Verhalten eben dieser Technologielieferanten, der Industrienationen also. Momentan scheint die Türkei tatsächlich in beide Richtungen die Funktion eines Vermittlers wahrzunehmen. Was aber, wenn sich die mächtigen Industrienationen entschließen, ihre Kontakte direkt aufzubauen? Erste Reisen kirgisischer und tadschikischer Delegationen



nach Washington haben im vergangenen Jahr stattgefunden. In Usbekistan hat die nordamerikanische Firma Newmont ein Abkommen mit der Regierung über gemeinsame Goldförderung abgeschlossen.

Die Antwort auf diese Frage kann zunächst nur spekulativer Art sein. Es gibt jedoch durchaus Anhaltspunkte dafür, daß ein regionaler Zusammenschluß auch zumindest vorläufig im Interesse der Industrienationen sein kann. So haben sich die USA z.B. Ende vorigen Jahres entschlossen, zusammen mit der türkischen Petrosan, in und um das kaspische Meer Öl zu suchen. Die Organisation der Initiative wurde der türkischen Petrosan überlassen.

Wie schon aus den Ausführungen dieses Artikels hervorgeht, würden die einzelnen KEIB-Mitglieder sich in vielerlei Hinsicht ergänzen: eine Reihe mehr oder weniger entwickelter Rohstofflieferanten in Zentralasien, deren infrastrukturelle Mankos nicht notwendigerweise sofort alle verbessert werden müßten und eine Art Industriegürtel - Aserbaidschan eingeschlossen - um das Schwarze Meer, das Zugang zu wichtigen Transportwegen bietet. Fast alle der Turkrepubliken sind Energie-Exporteure, die KEIB könnte also auch in dieser Hinsicht autark sein. Mit anderen Worten, innerhalb dieses Verbundes könnten von den Mitgliedern selber ideale Investitionsbedingungen auch für das (westliche) Auslandskapital geschaffen werden. Zu einem echten Konkurrenten, der sich, um mit der Cumhuriyet zu sprechen, "überlegen kann, ob er sich mit der EG einlassen will", könnte sich die KEIB allerdings über lange Zeit nicht entwickeln.

Die Türkei, die sich als Motor und Technologielieferant des Verbundes definiert, ist ausschließlich auf Lizenzproduktionen angewiesen; die Technologie, die sie zu bieten hat, ist (mit Ausnahme der F16 Marke Eigenbau, von denen schon das zehnte Versuchsflugzeug abgestürzt ist) in keiner Beziehung ihre eigene. Über größere Erfahrung verfügen türkische Baugesellschaften. Nicht selten hatten diese Baufirmen mit Arbeitern aus den Balkanstaaten gearbeitet - die Firma ENKA hatte im Irak, wo sie im Staudammbau tätig war, ca. 50.000 rumänische Arbeiter angestellt - es gibt also "KEIB Kontakte" auf die zurückgegriffen werden könnte.

Es kann also zusammengefaßt werden, daß es sich die Industrienationen angesichts der momentanen weltpolitischen Konjunktur durchaus leisten können, der Errichtung eines Wirtschaftsbundes zuzusehen, um sich dann der so

entstandenen Märkte oder auch Investitionsmöglichkeiten zu bedienen.

Unklar ist aber noch, ob sich die Industrienationen in Bezug auf eine eventuelle KEIB konform oder konkurrenz verhalten würden. Der langjährige Washington-Korrespondent der "Cumhuriyet", Ufuk Gülde-mir, berichtete am 31.1.92 über die GUS-Hilfe-Konferenz in Washington auf der die Türkei zum "Abwickler" eines Teiles der Hilfeleistungen bestimmt wurde: "Die Tatsache, das die USA die Notwendigkeit einer Folgekonferenz sehen und diese in der Türkei abhalten wollen, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie Europa nicht völlig vertrauen. Die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, hätten es bevorzugt, alles über die osteuropäischen Staaten abzuwickeln und diese damit zu unterstützen. Sie wollten der Türkei eine solche Rolle nicht zukommen lassen ..." (7).

Noch ist es zu früh, aus diesen Ausführungen eine europäisch/amerikanische Konkurrenz zu prognostizieren. Vorerst hat sich die nordamerikanische Option durchgesetzt: ein nicht unwesentlicher Teil der multinationalen Hilfsaktion "Provide Hope" für verschiedene GUS-Republiken geht seit dem 9.2.92 über türkische Häfen und Flughäfen.

Allgemein läßt sich sagen, daß die Meinungen, vor allem der USA und Deutschlands, seit Ausbruch der Kuwait-Krise immer wieder auseinandergingen. Die USA verlegten sich z.B. zunehmend darauf, in der Türkei die "harte Linie" des Generalstabes in Bezug auf die Befriedung Kurdistans zumindest stillschweigend zu billigen, während die Bun-



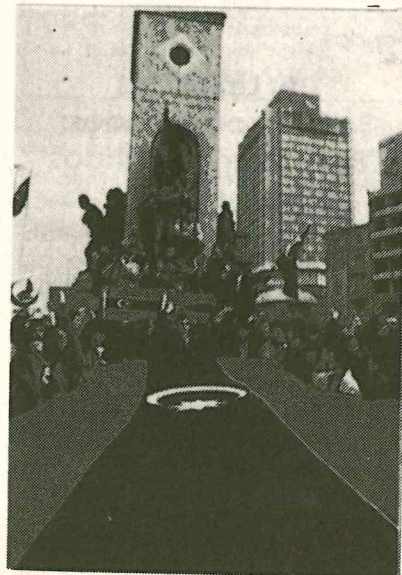
desrepublik zum Teil sehr scharfe Kritik an dieser Linie äußerte und sich darauf verlegt hatte, den Reformern den Rücken zu stärken. Dieses Beispiel ist nicht ohne Belang für die in diesem Artikel diskutierte Frage. Neben all den aufgeführten Unsicherheiten hat nämlich die Türkei selbst ihre Bewährungsprobe als Motor und Zentralmacht der eventuellen KEIB noch nicht bestanden. Auch hier stolpert sie bislang noch über den gleichen Stein, der schon auf ihrem Weg zur "Ordnungsmacht des Mittleren Ostens" lag: zwischen der Türkei und Aserbaidschan liegt Kurdistan. Der Landweg (Pipeline) von Aserbaidschan ans Mittelmeer führt fast ausschließlich durch kurdisches Gebiet. Die Auseinandersetzung mit der kurdischen Befreiungsbewegung ist in den vergangenen Jahren zunehmend eskaliert. An diesem Punkt stimmt es nicht gerade optimistisch, daß diejenigen, die seit langem eine "schnelle, blutige" Lösung der Kurdenfrage fordern, die gleichen sind, die "ihren Brüdern mit der Wolfsflagge" in Aserbaidschan tatkräftige Unterstützung haben zukommen lassen.

Alles in allem läßt sich die konkrete Entwicklung um das Schwarze Meer und in Zentralasien noch nicht klar voraussagen. Die oben angeführten Perspektiven scheinen mir aber wichtig genug, die Türkei-GUS-Kontakte aufmerksamer zu verfolgen, als das bislang der Fall gewesen ist.

**Lissy Schmidt,**  
Erstveröffentlichung in  
**iz3w Nr. 180, März/April 1992**

**Anmerkungen:**

1. Roland Grigor Suny, Baku Komünü, Istanbul 1990, S.30
2. Ocak 3/90
3. Türkiye, 17.1.92
4. Tercüman, 17.1.92
5. Cumhuriyet, 31.1.92
6. Milliyet, 30.1.92
7. Cumhuriyet, 31.1.92



*Kundgebung in Istanbul für die Solidarität mit Aserbaidschan*

Die Zeitschriften 2000'e Dogru und Yeni Ülke berichten seit Februar über die Zusammenarbeit der Spezialeinheiten (Özel-Tims, die sogenannten 'Rambos') des "Amtes für besondere Kriegsführung" und der Sonderkommandos (Schnelle Eingreiftruppen) der türkischen Armee mit der türkischen "Hizbullah".

Am 17.2.92 wurde der Journalist Halit Güngen von 2000'e Dogru in Diyarbakir in seinem Redaktionsbüro erschossen. Am 24.2. wurde in Batman der Journalist von Yeni Ülke, Cegiz Altun, auf offener Straße erschossen.

Beide recherchierten zu diesem Thema. Hier die Übersetzung eines Artikels aus 2000'e Dogru von Anfang Februar 1992:

## "Die türkische Hizbullah wird vom 'Sonderkommando' ausgebildet"

Ein junger Mann, der sich vor kurzem von der Hizbullah getrennt hat, erzählte in einem Cafe in Diyarbakir: "Ihr wußtet es nicht, aber die Hizbullahs werden beim Sonderkommando ausgebildet. Wenn ich es Euch erzähle, werden sie sofort merken, daß ich es bin, und dann bringen sie mich um. Ich erzähle nichts, aber wenn ihr weiter untersucht, könnt ihr vieles herausbekommen."

Der junge Mann, der seinen Namen nicht nannte, erzählt weiter:

"An bestimmten Tagen gehen die Hizbullahs nach 22 Uhr in die Zentrale des Sonderkommandos in Diyarbakir zu einer Ausbildung. Natürlich wird nicht jeder Hizbullah eingelassen, sondern nur die, die Führungseigenschaften haben, dürfen herein."

Der junge Mann, der unserer Zeitschrift 2000'e Dogru berichtete, soll auch zwei Male an dieser Ausbildung teilgenommen haben. In diesen Sitzungen sei die PKK nicht erwähnt worden. Aber, "man erzählte, daß der Staat fast verloren sei, daß die Moslems verwildern würden, daß jeden Tag moslemische Soldaten erschossen werden, daß die ausländischen Staaten Interesse an türkischen Gebieten haben, daß die Türkei von ausländischen Staaten gehindert wird Erdöl zu fördern - obwohl die Türkei erdölreiche Gebiete hat, usw... Viele, die an der Ausbildung teilnahmen, kannten die keanen nicht, aber sie sollen Schnurrbärte wie die Männer vom Sonderkommando tragen."

Bei einer dieser Sitzungen soll auch der Leiter des Sonderkommandos teilgenommen, aber nicht gesprochen haben. Der Leiter des Sonderkommandos ist über die Ausbildungen unterrichtet. Der Ausbildungsort der Hizbullahs ist die Ausbildungsstätte des Sonderkom-



Titelseite von 2000'e Dogru, 16.2.92

mandos.

### Der Leiter des Sonderkommandos: "Sie wollen ein Chaos erzeugen."

Der Leiter des Sonderkommandos, Mehmet Koc, sagte über die Ausbildung der Hizbullahs in der Zentrale des Sonderkommando: "Ich bin seit anderthalb Jahren hier. Es stimmt nicht, daß die Hizbullahs hier ausgebildet werden. Wir haben keine Ausbildungsstätte, in der die Hizbullahs oder jemand anders sich ausbilden lassen kann. Wir haben hier eine Polizeischule, ein Krankenhaus und einen Freizeitraum für die Polizisten. Jeder, der in die Zentrale rein oder raus will, wird kontrolliert. Wir haben nichts zu verheimlichen. Menschen, die solche Beschuldigungen vorbringen, sind nicht zu-

rechnungsfähig. Sie wollen damit ein Chaos erzeugen. Unsere Türen sind offen, jeder kann sich bei uns umgucken."

Die Zentrale des Sonderkommandos (Cevik Kuvvet) in Diyarbakir ist in der Gegend als Basis der Kontra-Guerilla bekannt. In der Zeit des "12. Septembers" und auch jetzt werden Verhöre von oberen Funktionären der Organisation hier durchgeführt. Gleichzeitig ist hier das Stabsquartier der Spezialeinheit (Özel Tim).

Mehmet Koc: "Es wird immer wieder gesagt, daß Verhaftete beim Sonderkommando beschimpft und gefoltert werden. Das stimmt nicht."

### Vollbärtige, die nachts in das Polizeipräsidium gehen

Jetzt richtete 2000'e Dogru das Mikrofon auf einen Wachhabenden des Polizeipräsidiums:

"Nachts zwischen 23.00 und 1.00 Uhr kamen mehrere Vollbärtige mit ihren besonderen Pumfosen (salvar) und gingen paarweise rein und raus. Sie kommen in kurzen Abständen und versammeln sich im Präsidium." Er erzählt weiter:

"An bestimmten Tagen der Woche kommen insbesondere Vollbärtige, die Pumfosen islamischer Gruppen tragen, und versammeln sich in den unteren Stockwerken des Polizeipräsidiums. Der Grund für diese nächtlichen Besuche ist, das sie denken, es würde sie niemand sehen. Sie bleiben stundenlang dort. Manchmal sind sie sehr viele. Was sie dort so spät machen weiß ich nicht."

Die Hizbullahs organisieren sich

in Batman, Kiziltepe und Diyarbakir mit der Unterstützung religiöser Polizisten, die vom ehemaligen Innenminister Abdulkadir Aksu in der Gegend eingesetzt worden sind. Die meisten Polizisten sind streng religiös.

Wir richteten unser Mikrofon auf den Polizeipräsidenten von Diyarbakir, Ramazan Er, und fragten ihn nach den Personen, die nachts in das Polizeipräsidium kommen. Er antwortete:

"Es stimmt nicht, daß die Hizbullahs beim Sonderkommando ausgebildet werden. Es lohnt sich noch nicht einmal darüber zu reden. Bitte, gehen wir zusammen hoch und schauen wir uns um! Wer sind diese Hizbullahs? Um die Menschen zu verwirren, werden solche Vorwürfe gemacht."

Am 20.2.92 sagte Ramazan Er dem Journalisten: "Bei den Untersuchungen der unaufgeklärten Morde konzentrieren wir uns auf die Hizbullahs. Es gibt eine solche Organisation, auch wenn sie sehr klein ist."

### Ausbildung der Hizbullah unter dem Schutz der Spezialeinheit

Letzten Herbst verfolgte eine Gruppe von fortschrittlichen Menschen in Kiziltepe Hizbullah Anhänger, um herauszubekommen, wo sie ausgebildet werden. Sie fanden heraus, daß sie in den Räumen einer Stiftung - die ihnen gespendet wurde - neben dem Friedhof im Stadtteil Yeni Mahalle ausgebildet werden. Dieses Haus wird bewacht. Als sich die Gruppe dem Haus näherte, sahen sie die Scharfschützen auf dem Dach. Die Spezialeinheit schützt die im Haus ausgebildeten Hizbollahs gegen mögliche Angriffe.

Später brauchte die Spezialeinheit nicht zu kommen, da sich die Hizbullahs nun selbst verteidigen können.

Eine andere Stelle in Kiziltepe, an

### SPANNUNG IM SÜDOSTEN

Bei der Beerdigung eines von Unbekannten in Diyarbakir erschossenen Studenten in Nusaybin schoß die Polizei auf die Beerdigungsteilnehmer. 4 Personen wurden durch die Schüsse verletzt. In Silvan und Nusaybin blieben die Läden geschlossen. Die Studenten der Dicle Universität kündigten eine zweitägige Trauer an. Von dem verschwundenen HEP-Vorsitzenden Demir fehlt noch immer jede Spur. Cumhuriyet, v. 14.1.92

der Hizbullahs ausgebildet werden, ist das Gebäude neben der Hauptschule Istiklal im Stadtteil Bilali (Cumhuriyet) in dem Korankurse stattfinden.

Hier unterrichtet ein Mann aus Elazig. Auch die Teilnehmer der Korankurse kommen fast alle aus Elazig. Die drei Schüler der Hauptschule in Kiziltepe, die an den Kursen teilnehmen, wohnen sogar in der Koranschule. Die meisten der Hizbullahs die in Kiziltepe ausgebildet werden, kommen von außerhalb. Fast alle fahren Mercedes oder BMW mit Kennzeichen aus Yozgat, Zonguldak, Trabzon, Saniurfa, Izmir, Aydin, usw.

Jede Woche kommen Fremde, die Luxusautos fahren. Sie versammeln sich jede Nacht in einem anderen Haus und werden ausgebildet. Es wird gesagt, daß sich an der Ausbildung Menschen jeden Alters beteiligen.

### INNENMINISTER ÜBER VERSCHWUNDENE HEP'LER

Innenminister Sezgin antwortete auf die Frage nach dem Verschwinden des HEP-Vorsitzenden von Siirt: "Die HEP ist so eine Sache, daß die Stimme der Verschwundenen mal aus der Bekaa Ebene, mal aus dem Gefängnis und mal von ihrer Matresse aus Istanbul kommt. Die Sicherheitskräfte hätten nicht mit dem Verschwinden zu tun, es könne auch nicht sein, daß er falsch informiert werde, da jeder der falsche Informationen gebe, wisse, daß er dann drei Tage später nicht mehr im Amt sei. Der HEP Vorsitzende Yazar teilte dem Justizministerium mit, daß die Fälle von Verschwundenen, die dann tot aufgefunden würden, in der Zeit der Koalitionsregierung zugenommen hätten. Cumhuriyet v. 15.1.92

Die Hizbullahs benutzen Buchläden und Schreibwarengeschäfte um sich zu finanzieren und um Kontakte zu knüpfen. Die Schüler von Kiziltepe sind ihre Zielgruppe. Die Hizbullahs in Kiziltepe organisieren sich und arbeiten ganz offen. Die Bevölkerung dort glaubt, daß die Hizbullahs nicht vom Iran, sondern vom türkischen Staat und der Spezialeinheit unterstützt werden. Als Grund dafür werden einige Geschehnisse in Kiziltepe genannt:

"Als es den Boykott der Läden gab, an dem tausende ihre Geschäfte nicht öffneten, beteiligten sich die Hizbullahs nicht. Stattdessen ließen sie ihre Propagandakassetten auf voller Lautstärke spielen.

Die Spezialeinheit und die Polizei hörten dies mit Vergnügen. Im Übrigen bewachten sie die Läden und

### MORDE MIT UNBEKANNTEM TÄTER

In den letzten 7 Monaten gab es im Südosten 44 Morde mit unbekanntem Täter, die der Kontra-Guerilla zugeschrieben werden. Der letzte Mord war der an dem HEP-Mitglied Arman, der vom Staatssicherheitsgericht zu einem Prozeß geladen und danach verschwunden war. Arman wurde am 20.1. gefesselt, mit verbundenen Augen und Foltermalen erschossen aufgefunden. Cumhuriyet v.24.1.92

Geschäfte der Hizbullahs.

Die Hizbullahs versammeln und organisieren sich ohne jegliche Schutzvorkehrungen. Man kann sie anhand ihrer Bekleidung und ihrer Vollbärte erkennen."

Die Hizbullahs in Kiziltepe eröffnen Buchläden und Schreibwarengeschäfte an bestimmten Orten in der Nähe von Moscheen und Schulen. Ein Treffpunkt ist das Schreibwarengeschäft "Yildiz" in der Servet-Passage.

Als einer der führenden Hizbullahs wird Abdülrezzak Yildiz, Leiter der Zweigstelle des Hauptschulamtes, genannt. Desweiteren werden oft der Imam der Ziya Moschee und der Imam des Dorfes Tiltihemke genannt.

Die Hizbullahs sind meist in Dreier- oder Vierergruppen unterwegs und schlagen Menschen, die allein sind, zu Tode. Dabei benutzen sie Knüppel, Eisenstangen und Ketten. Während dieser Aktionen werden sie von bewaffneten Aufpassern beschützt.

### Der Polizeipräsident von Kiziltepe:

#### "Auch wir hören davon"

2000'e Dogru fragte Cevdet Demirbilek, Polizeipräsident von Kiziltepe: "Welche Maßnahmen haben Sie wegen der verstärkten Aktivitäten der Hizbullah getroffen? Und warum halten die Spezialeinheiten Wache auf dem Dach des Ausbildungszentrums der Hizbollah?"

Auf die erste Frage antwortete er: "Auch wir hörten davon." Auf die zweite Frage: "Wir erlauben keine ungesetzlichen Aktivitäten."

Am 13.2.92 wurden bei einigen Wohnungen und Geschäften Flugblätter mit der Unterschrift "Yetkiliya Oldaren Welatparezen Kurdistan" (Die Einheit der kurdisch-patriotischen Gläubigen) unter den Türen hindurchgeschoben. Auf dem Flugblatt stand:

"Patriotische Imame! Beteiligt Euch an dem Widerstand gegen die PKK! Habt keine Angst! Widerlegt in

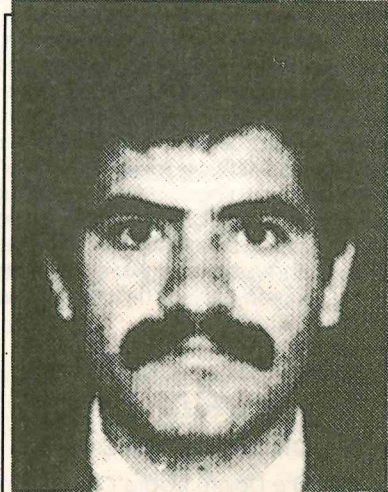
Euren Moscheen die Lügen über die Unabhängigkeit und die Freiheit durch Apo!"

Wir bateten den stellvertretenden Polizeipräsidenten um eine Stellungnahme: "Davon habe ich nichts gehört. Wenn die Bürger so etwas in die Hand bekommen, lesen sie das Flugblatt und bringen es nicht zur Polizei."

Der Ursprung der Hizbullah ist in den streng religiösen Gruppen, die vor 1980 zum "Bund nationalistischer türkischer Schüler" in Batman gehörten, zu finden. Nach dem "12. September" hatten sie ihre Position unter den religiösen Jugendlichen verstärkt. Sie haben ihre Aktivitäten in den Moscheen und Koranschulen fortgeführt. In Ausbildungslagern im Iran ließen sie ihre "Militanten" ausbilden. (...)

Auch in Diyarbakir, insbesondere im Stadtteil Baglar, hat die Hizbullah mehrere Häuser, in denen ihre Leute sich regelmäßig treffen.

Nachts, nach dem Abendgebet, treffen sie sich in einigen Moscheen und lassen sich ausbilden. Die Ausbilder sind als religiös bekannt und betreiben in der Gegend



Cengiz Altun

**Der Batmaner Journalist der (linken -TI) Wochenzeitschrift Yeni Ülke, Cengiz Altun, wurde gestern von unbekannten Tätern erschossen. Die Zeitschrift hatte nach Artikeln über Morde der Kontra-Guerilla und der Hizbullah Drohanrufe erhalten. Der Chefredakteur der Zeitschrift erklärte, daß der Mord von der Kontra-Guerilla verübt worden sei. Im Oktober sei Altun in Mardin gewesen und habe dort über Kontra-Guerilla Morde recherchiert. Er wurde dort für zwei Tage festgenommen und man habe ihm auf der Polizei gesagt, er solle froh sein, daß es Augenzeugen für seine Festnahme gebe, sonst würde man die Festnahme nicht registrieren.**  
Cumhuriyet v. 25.2.92

verschiedene Gewerbe. An diesen Ausbildungen sind auch Kinder beteiligt (...).

Treffpunkte der Hizbullah in Diyarbakir sind Buchläden mit Namen "Ilm". Davon gibt es in den Stadtteilen Melikahmet und Balikci-larbası drei Läden. In dem Gebiet, insbesondere in Siirt und Batman, gibt es dutzende gleichnamiger Läden.

### "Die Kontra-Guerilla will die PKK und die Gläubigen gegeneinander aufbringen"

Die Angriffe der Hizbullah begannen gleich nach der Wahl (vom 20. Oktober 1991; TI). Besonders im Gebiet von Botan verbreiteten sich im Dezember diese Angriffe. In dem Moment, in dem das Kapitel der "Dorfschützer" (von der Regierung ausgerüstete Kurden, die gegen die PKK vorgehen sollten; TI) fast beendet war, und die Proteste gegen die Morde der Kontra-Guerilla von vielen Menschen getragen wurden, erhebt sich die Hizbullah aus dem Boden.

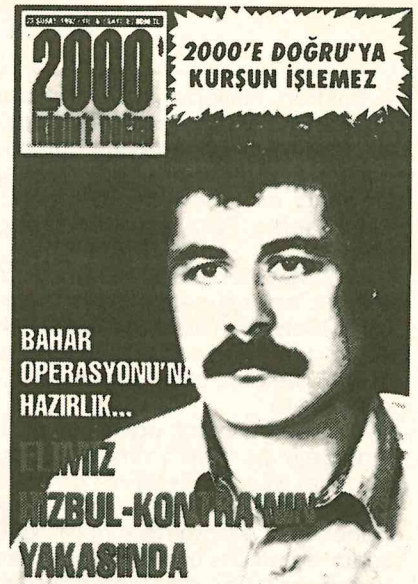
2000'e Dogru sprach mit einem Hizbullah in Diyarbakir über die in den letzten Monaten verübten Morde in dieser Gegend, darüber, ob es Probleme mit der PKK gibt und wie sie die PKK sehen:

"Die PKK ist eine Organisation, die für die Unabhängigkeit ihres Volkes kämpft. Wir haben keine Probleme mit ihnen. Die PKK ist die zur Zeit stärkste Kraft im Osten und Südosten, die vom Volk unterstützt wird. Die anderen islamischen Gruppen sind unter der Kontrolle des Staates. Ihre Stärke haben sie vom Staat und vom Regime. Die Hizbullah ist am realistischsten und am meisten islamisch. Wir nehmen unsere Kraft von Allah und seinem heiligen Buch.

Dieses Regime will nur von ihm kontrollierte islamische Gruppen und Parteien haben. Deswegen unterstützen sie solche Gruppen unbegrenzt. Einige Vorfälle werden der Hizbullah zur Last gelegt. Der Staat weiß, daß die PKK die stärkste Kraft in der Gegend ist.

Erst haben sie das mit den Dorf-milizen ausprobiert. Sie haben dann Landräte "gekauft" und Milliarden ausgegeben, aber sie konnten die Stärke der PKK nicht brechen. Das genaue Gegenteil traf ein.

Nun versuchen sie die Religion zu benutzen. Die Religion ist ein sehr empfindliches Thema. Fast alle Bewohner der Gegend sind Moslems. Die Kontra-Guerilla benutzt den Namen "Hizbullah" um die PKK und die Gläubigen gegeneinander aufzu-



Halit Güngen

bringen. Im Bekaa-Tal (im Libanon; TI) liegen die Camps der PKK und der Hizbullah nebeneinander. Warum finden diese Vorfälle nicht dort, sondern hier statt? Jeder muß sich darüber Gedanken machen und es richtig bewerten.

Um den Kampf in unserer Region zu zerstören, benutzt die Spezialeinheit jedes Mittel. Als PKK'ler verkleidet töten sie Gläubige und als Hizbullahs verkleidet töten sie PKK-Sympathisanten.

Das müßten alle wissen! Es gibt keine Auseinandersetzung zwischen PKK und Hizbullah."

Er fügt seiner Erklärung noch folgendes hinzu:

"Es kann sein, daß es einige Vorfälle gegeben hat. Die PKK verhinderte, daß sich die Hizbullah in Idil und Mediyad niederließ. Zuerst haben sie einen Vater und seinen Sohn - beides Hizbullahs - getötet. Wenn es irgendwelche Vorfälle gegeben hat, sind sie nicht nur von einer Seite ausgegangen."

Wir fragten ihn, wie er die Hizbullah im Iran sieht:

"Wir hängen am Iran. Der Imam Khomeini machte die erste islamische Revolution. Wir nehmen den Koran als Grundlage. Die unterschiedliche Ausrichtung des Glaubens spielt keine Rolle. (In der Türkei ist die schiitische Strömung des Islam wesentlich weniger vertreten als z.B. in Iran oder Libanon; TI) Wenn wir den Koran als Verfassung akzeptieren und die Überlegenheit Allahs sehen, haben solche Unterschiede keine Wichtigkeit."

Der Hizbullah auf die Frage nach ihren Publikationen: "Wir glauben, daß die Zeit, die man mit Journalismus und Publikationen verbringt, vertane Zeit ist. Es gab die Zeitschriften "Yeryüzü", "Tevhid" und "Objektif". Wir wollen die Köpfe der Gläubigen nicht mit solchen Zeitschriften überlasten. Das haben wir hinter uns. Nun ist die Zeit des Kampfes."

*In der Demokratie der neuen Weltordnung wird die Religion immer noch geschätzt*

# Der Staat kann sich nicht von der Religion lösen

Die allgemeinen Wahlen vom 20. Oktober 1991 haben gezeigt, daß das Regime in der Türkei mit drei hauptsächlichen Problemen konfrontiert ist. Das erste ist das kurdische Problem, das zweite sind die Probleme der kapitalistischen Umformung der liberalen Wirtschaft, das dritte aber ist, wie in der Lösung dieser beiden Probleme die Religion am rationellsten eingesetzt werden kann. Sicherlich ist dies nicht eine Situation, die erst mit den Wahlen vom 20. Oktober aufgetreten ist. In der Türkei wurden seit langen Jahren Diskussionen darüber geführt, wie weit die radikale religiöse Bewegung vorangeschritten ist. Bei diesen Diskussionen war die Stellung, die die Regierung – sei es die Junta des "12. September", sei es die ANAP-Regierung – eingenommen hatte, eine wesentliche Grundlage. Obwohl in diesen beiden einander ablösenden Phasen die religiöse Bewegung nach Kräften unterstützt und finanziert wurde, wurden die Fakten vor der Öffentlichkeit geheimgehalten. Obgleich behauptet wurde, der Putsch vom 12. September sei – neben den linken Organisationen – gegen die sich verstärkende Gefahr des Strebens nach einem theokratischen Staat durchgeführt worden, erhielt die religiöse Bewegung während der 80er Jahre bedeutende Unterstützung. Hier ist es notwendig, kurz auf die Frage, Warum Religion?, einzugehen.

Als in der Türkei der ökonomische, demokratische und politische Kampf der breiten Volksmassen stärker wurde, wählten die politischen Autoritäten, die immer mehr das Bedürfnis nach einer gesellschaftlichen Basis hatten, den Weg, die Massen mit reaktionären, klerikalen und faschistischen Ideologien zu füttern. Die religiöse Ideologie ist nur eine davon. Die politischen Machthaber machten den religiösen Kreisen zunehmend mehr Zugeständnisse. Sie verlangten von ihnen, daß sie die Ordnung gegen jede Art von linker Bedrohung schützten. Diese Tatsache können wir noch leichter verstehen, wenn wir das politische Bild der Türkei nach den 60er Jahren betrachten.

Die nationalistisch-faschistischen Bewegungen und das schwindelerregende Ansteigen in der religiösen Erziehung waren ein Ausdruck dessen.

## Vom Kemalismus zur Religiosität

Das Ansteigen der religiösen Aktivitäten jedesmal nach einem Militärputsch oder auch die Tatsache, daß diese unmittelbar gefördert wurden, ist kein Zufall, sondern ganz im Gegenteil eine politische Notwendigkeit des Systems. Die herrschenden Klassen, denen es jahrelang gelungen war, die breiten Massen gegen oppositionelle Strömungen um die kemalistische Ideologie herum zu sammeln, sollten erleben, wie diese ideologische Barriere ihre Eigenschaft als Waffe gegen die armen Volksmassen verlor, welche parallel zur Entwicklung des Kapitalismus verarmten und so zu einer potentiellen Opposition gegen die herrschende Ordnung wurden. So war man natürlich gezwungen, eine neue und wirksame Waffe zu finden, die gegen die Stärkung der linken Oppositionsbewegungen eingesetzt werden konnte. Daß diese Waffe uns in den 80er Jahren als Religion gegenübertrat, hatte außer innenpolitischen auch zwingende außenpolitische Gründe.

## Die Theorie des "Grünen Gürtels"

Die USA hatten (...) eine Theorie entwickelt, die auch unter dem Namen "Grüner Gürtel" bekannt ist. Nach dieser Theorie ist es einer der wirksamsten Wege, den Sozialismus eindämmen zu können, auf der ganzen Welt eine maßvolle Religiosität zu entwickeln. Wie sehr auch der schnelle Zerfall des Realsozialismus in der UdSSR und Osteuropa Ende der 80er Jahre diese Politik heute vom strategischen Gesichtspunkt aus ungültig gemacht hat, so wurden als Notwendigkeit jener Theorie jahrelang religiöse Aktivitä-

ten unterstützt und auf diesem Gebiet ausgedehnte Anstrengungen unternommen. Nach dieser Doktrin sollten – ganz besonders in den sozialistischen Ländern – mit der Stärkung des Faktors Religion in allen Bereichen, in denen die langfristigen Interessen des Kapitalismus in Gefahr geraten könnten, die inneren Dynamiken in diesen Ländern durch die Stärkung der Religiosität eine Entwicklung zugunsten des Kapitalismus verfolgen können. In den anderen unterentwickelten Ländern dagegen sollte verhindert werden, daß die breiten Volksmassen in regimegegnerische Kanäle gelenkt würden. Die Rolle, die bei dieser Strategie der Türkei zukam, drückte der (in der Türkei; TI) bekannte CIA Agent Fuller vor ein oder zwei Jahren so aus: "Wenn Sie die Parteien, die behaupten, sich auf den Islam zu stützen, dazu bringen können, sich noch stärker zu politisieren und sich am Parlamentarismus zu beteiligen, wenn Sie eine offene Plattform für die Diskussion schaffen können, ist dies sehr wertvoll. Die Türkei wird im Mittleren Osten zukünftig eine große Rolle spielen. Die Türkei war in der Vergangenheit ein Modell für den Mittleren Osten. Und sie ist es auch heute noch.

Und wenn auch noch eine Formel gefunden wird, die die Demokratie und den Islam zusammen leben läßt, wird sie für die iranische und arabische Welt eine große intellektuelle Vorreiterrolle spielen."  
(Ufuk Güldemir, Cumhuriyet 26.2.90)

## Religion, die durch saudisches Kapital ins Spiel kam

Daß die freie Exportpolitik, die vertreten wurde, um die sich in der Zeit des "12. September" vertiefende Wirtschaftskrise überwinden zu können, erfolgreich sein konnte, war besonders dadurch möglich, daß man ausreichend von der konjunkturellen Situation profitierte, die der Krieg zwischen Iran und Irak mit sich brachte. Dies äußerte sich darin, daß man mit den Ländern des

Mittleren Ostens noch mehr Beziehungen knüpfen konnte. Man ging mit vielen arabischen Ländern, an vorderster Stelle mit Saudi Arabien, umfassende wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen ein. Der Iran-Irak Krieg gefährdete 44 % des Ölbedarfs der Türkei, welche aus diesen Ländern geliefert wurden. Die vor allem mit Saudi Arabien zur Sicherstellung dieses Bedarfs eingegangenen Beziehungen spielten eine ziemlich große Rolle bei der stark beschleunigten Entwicklung und Stärkung der reaktionären Bewegungen in der Türkei.

## Die türkisch-islamische Synthese und eine geschichtliche Gelegenheit

Zweifellos hatten bei der Auspielung der Religiosität als politische Karte in der Türkei die inneren Dynamiken eine bestimmende Wirkung. Vor allem nach 1970 bestimmte die politische Identität des (sogenannten; TI) Intellektuellen-Clubs, der seinen Schwerpunkt auf das politische Leben legte, (...) zunehmend die Richtung der reaktionären Entwicklungen innerhalb des Staates.

Man weiß, daß im Verlauf der zwischen Gesellschaften gegründeten ökonomischen Beziehungen diese nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene bleiben, sondern daß jede ökonomische Beziehungsform auch die ihr eigenen kulturellen, sozialen und politischen Lebensformen mit sich bringt. Die zunehmende Stärkung der Mittelklassen und -schichten, die ihrer Natur nach stärker für die Wirkung religiöser Ideologien offen sind, auf ökonomischem, politischem und sozialem Gebiet, belebte auch im ganzen Land die religiösen Ideologien und brachte nach dem "12. September" die schnelle Verbreiterung der reaktionären Bewegungen mit sich.

Die religiösen Gruppen in der Türkei wurden in wichtigem Maße von **Saudi Arabien** finanziert und unterstützt. Die direkte finanzielle Unterstützung kam von Arbeitgeberkreisen, die im Rahmen der türkisch-saudischen Verbindung investierten. Zum Beispiel ist bekannt, daß bei der unter dem Namen "**Al Baraka**" bekannten Finanzorganisation **Korkut Özal** (Bruder des Staatspräsidenten und ehemaligen Regierungschefs Turgut Özal; TI) und die **Familie Topbas** (Großunternehmer und ANAP-Protégisten; TI) Mitglieder sind. "Al Baraka" wurde

vom saudi-arabischen **Scheich Kamil** gegründet. Nun ist bekannt, daß Organisationen wie "**Al Baraka**" oder auch "**Faisal Finanz**" nicht nur Wirtschaftsorganisationen sind:

Aus ihren Satzungen ist offen ersichtlich, daß sie außer ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten auch Aktivitäten, angefangen vom Vereinswesen bis hin zu religiösen Stiftungen, durchführen und mit Hilfe dieser am sozialen Leben teilhaben und die Entwicklung und Stärkung der Gewohnheits- und Lebensformen der islamischen Ideologie vorantreiben. Unter den Stiftungen, die diese Gruppe gegründet hat, befindet sich, wie man weiß, die Aköz Stiftung, die Özba Stiftung, die Bereket Stiftung, und die Hakyol Stiftung. Man kennt heute nicht einmal die Anzahl der Vereinigungen, Moscheen, Koranschulen, Internate, religiösen Stiftungen und Vereine, die vom saudischen Kapital und seinen verlängerten Armen im Lande ins Leben gerufen wurden.

Zwischen **1980 und 1990** wurden **insgesamt 296 "Imam Hatip Gymnasien"** (islamisch bestimmte Gymnasien; TI) vom Staat, von Stiftungen, örtlichen Stiftungen, Bezirksverwaltungen und Industriellen eröffnet. Die Auflage der dem "Nurcu Orden" (siehe unten; TI) nahe stehenden Zeitung "Türkiye" nähert sich einer Million. Die Auflage von **32 Publikationen** mit religiösen Zielen beläuft sich auf insgesamt über **600.000**. (...) (Es werden die Namen der Publikationen mit den zugehörigen religiösen Orden und Glaubensgemeinschaften aufgezählt; TI)

Dies bedeutet, daß die Gesellschaft in einen bemerkenswerten ideologischen Belagerungszustand versetzt wurde.

## Die "Imam Hatip Gymnasien" und Koranschulen

Die "Imam Hatip Gymnasien", die seit langen Jahren in der Religionspolitik des Staates immer wieder Thema der Diskussion waren, sind gleichzeitig auch ein Barometer der Politik in diesem Bereich. Denn der Staat hat die Religionserziehung bis heute schwerpunktmäßig mit Hilfe dieser Gymnasien durchgeführt. Während **1961 1.171 Schüler**, die an das Nationale Erziehungsministerium gebundenen "Imam Hatip Gymnasien" besuchten, erhöhte sich diese Zahl in der Türkei bis zu den **90er Jahren** auf **92.687**. Die Zahl aller Schüler in der Türkei, die auf diesen Gymnasien und auf den an sie angeschlossenen Mittelschulen religiös erzogen werden, **erhöht**

### ETAT FÜR RELIGIONSWESEN 2 TRILLIONEN TL

Das Amt für Religionswesen geht auf einen Wachstumsrekord zu. Die Wachstumsattacke der ANAP-Regierung wird fortgeführt. Dieses Jahr soll der Etat von 1,3 Trill. TL auf 2 Trill. TL anwachsen. Cumhuriyet v. 6.1.1991

te sich auf **282.582**. Allein diese Zahlen sind schon ein Ausdruck dafür, unter welcher reaktionären Beeinflussung der Erziehung das Volk in der Türkei in der geschichtlichen Phase von den 60er Jahren bis zu den 90ern ausgesetzt wurde. Nach einer Erklärung des nationalen Erziehungsministeriums wurden von den augenblicklich 383 an diese Gymnasien gebundenen "Imam Hatip Mittelschulen" 253 von Vereinen, Stiftungen und Einzelpersonen eingerichtet (...). Nach der gleichen Quelle beträgt die Anzahl dieser Stiftungen 143.

Auch die Koranschulen sind einer der wirksamen Bereiche, in denen der Staat durch das Amt für Religionswesen religiöse Aktivitäten direkt unterstützt und fördert. Während die Anzahl der Koranschulen, die von **1923 bis 1980**, also in den letzten 57 Jahren gegründet wurden, insgesamt **2.610** betrug, stieg diese Zahl allein in der Zeit des Militärputsches von **1980 bis 84** (bis zu den scheidendemokratischen Wahlen, die Turgut Özal an die Regierung brachten; TI) **fast um 50 % auf 3.047**. Die Anzahl der in diesen Schulen unterrichteten Schüler stieg im gleichen Zeitraum von 68.486 auf 102.523. Diese Zahlen stiegen in der Zeit der Özal Regierung mit der gleichen Geschwindigkeit weiter.

Die Zahlen hinsichtlich des Jahres 1990:

- Die Zahl der Schüler auf den "Imam Hatip Gymnasien" und "-Mittelschulen" beträgt 282.582
- Die Zahl der Studenten an der theologischen Fakultät beträgt 1.277

- Zusammen mit den in den Koranschulen unterrichteten 155.453 Schülern erhielten insgesamt 439.262 Schüler Religionsunterricht

In diesen Zahlen sind andere Aktivitäten des Amtes (in einer Kampagne im Sommer 89 wurde 1,5 Mio Personen Religionsunterricht erteilt) sowie die Hochschulen nicht enthalten. Auch im Bereich der Publikationen ist die Lage nicht anders. Die Zahlen der von Organisationen herausgegebenen Büchern mit religiösem Inhalt innerhalb der letzten 10 Jahre verteilen sich nach Jahren folgendermaßen:

1980 2 Mio; 1981 3,5 Mio; 1982 5,7 Mio; 1983 5,3 Mio; 1984 4,85 Mio; 1987 4,85 Mio; 1988 4,5 Mio; - insgesamt 38.491.350 Exemplare.

Noch ein Beispiel: Die Anzahl der in den letzten 10 Jahren gedruckten Koranbände beträgt 4.057.942. Ein anderer Beweis der Religionspolitik des Staates ist der Etat des Amtes für Religionswesen. Während in einem Land, von dem behauptet wird, es befinde sich in der (Phase der; TI) Industrialisierung der Etat des **Industrieministeriums 231 Mrd TL** beträgt, werden für die **Religionserziehung 1 Trill 154 Mrd TL** zur Verfügung gestellt! (zum Verständnis: in der türkischen Sprache gibt es keine Billion, bzw. Billiarde. Diese Größenordnung ist hier gemeint. 1 DM sind zur Zeit knapp 3.800 TL; TI) Die Budgets anderer Ministerien betragen: Arbeitsministerium 76 Mrd; Kulturministerium 399 Mrd; Verkehrsministerium 399 Mrd.

Während heute die religiös ideologische Belagerung der Gesellschaft immer noch ihre ganze Wirkung fortführt, ist man mit der Öffnung des Amtes für Religionswesen auch für Aleviten und dem Versuch, dem Staat ein scheinbar noch westlicheres und laizistisches Aussehen zu geben, weit davon entfernt, die Lage zu ändern. Die DYP-SHP Koalition, die behauptet, einen Schlußstrich unter den "12. September" zu ziehen, betreibt keine ernsthafte Politik, die geeignet wäre, auf diesem Gebiet mit der Vergangenheit zu brechen. Während nach dem Zerfall der Sowjetunion die "Grüne Gürtel-Theorie" funktionslos wird, wird die Türkei dieses Mal mit der Aufgabe, zwischen die von der Union losgelösten Turkrepubliken und dem radikalen Islam einen Puffer zu schaffen, in eine relativ laizistische Position gezogen.

Dies bedeutet aber in der Außenpolitik keine wirkliche Laizisierung. Es drückt nur einen konjunkturellen und zu seiner Wendung ins Gegenteil geeigneten Prozeß aus. Das Gleiche ist auch für die Innenpolitik gültig. Die Mindestansprüche eines wirklichen Laizisierungsprogrammes, das auf diesem Gebiet durchgeführt werden müßte, müßten sich auf folgende Bereiche erstrecken:

Eine Laizisierung des Erziehungsprogramms durch Aufhebung des Pflicht-Religionsunterrichtes, die Schließung der "Imam Hatip-" und Koranschulen, die Beendigung der einseitigen religiösen Propaganda im Fernsehen und den anderen Medien, die Umverteilung der vom Nationalen Erziehungsministerium für religiöse Publikationen bereitgestellten Finanzmittel auf andere Bereiche, das Recht, irgendeine Religion oder Weltanschauung frei zu

wählen, die Aufhebung der Kritikverbote in der Verfassung und in den Gesetzen, die Rückholung der für Religionsangelegenheiten zuständigen Beamten aus dem Ausland (siehe dazu den Artikel "Das neue Spiel der Türkei in Europa" in dieser Ausgabe; TI), die Benennung der religiösen Stiftungen und ihrer Quellen aus dem islamischen Kapital und ihre Schließung, die Einfrierung der Beziehungen mit den internationalen islamischen Organisationen.

Von einer Regierung, die bezüglich dieser noch erweiterungsfähigen Forderungen keine ernsthaften Anstrengungen macht (oder machen kann), kann nicht erwartet werden, daß sie in diesem Bereich einen ernsthaften Schlußstrich unter den "12. September" zieht.

Es ist nicht möglich, die Religion, die in alle Zellen des gesellschaftlichen Lebens eingepflanzt worden ist, durch einen von oben nach

unten betriebenen Demokratisierungsprozeß wirkungslos zu machen. Es kann ohnehin nicht behauptet werden, daß die Regierung eine derartige Absicht hätte. Die Religion, die nach dem "12. September" als Instrument gebraucht wurde, geeignete Lösungen für die Probleme der Innen- und Außenkonjunktur zu schaffen, ist auch in der Hand der heutigen Regierung ein wichtiges Instrument. Man sieht vor, die Staaten der zerfallenen Sowjetunion, die in der Hauptsache muslimisch sind, in einer gezähmten Form in die westliche Welt zu integrieren und dies mit Hilfe der Türkei zu verwirklichen. In diesem Sinne hat es keine andere Bedeutung als die einer Täuschung, diese von der Regierung durchgeführte Phase dem Volk als Demokratisierung und Freiheit zu verkaufen.

**Nurettin Azman**  
in *Demokrat* 1/92

## Tod – die Folge von Folter

Der in dem Dorf Sazlikbasi in Polizeigewahrsam genommene Abdülrakip Akin verlor im Krankenhaus in Folge der unter Folter erhaltenen Schläge sein Leben.

Eine der vier Personen, die im Dorf Sazlikbasi, das zum Regierungsbezirk Mus gehört, in Polizeigewahrsam genommen wurden, starb im Staatskrankenhaus Elazig, in das man ihn aufgrund seiner unter der Folter erlittenen Verletzungen gebracht hatte.

Am 29. Februar führte die Gendarmerie eine Razzia im Dorf Sazlikbasi (Akpın) durch. Nach der Personenkontrolle wurden Cebraill Güzelöz, Yusuf Akin, Remzi Sergin(?) und Abdülrakip Akin zur Gendarmeriewache mit- und in Gewahrsam genommen. Nachdem sie ihre Aussagen gemacht hatten und freigelassen wurden, berichteten Yusuf Akin und Cebraill Güzelöz folgendes:

"Als sie ins Dorf kamen war es 5 oder 6 Uhr morgens. Nachdem sie uns alle zusammengenormelt und ausgezogen hatten, mußten wir bäuchlings auf dem Boden kriechen. Gleichzeitig ließen sie unsere Familien warten, während sie in ihre Bäume schlügen. Danach haben sie uns jeden in ein anderes Zimmer im Dorf gebracht und gefoltert. Die ganze Dorfbevölkerung ist Zeuge dieser Vorgänge. Nach diesen Folterungen wurde ich bewußtlos. Als ich meine Augen öffnete, lag ich im Staatskrankenhaus in Mus. Dort haben sie mich etwas unterschreiben

lassen. Was geschrieben stand wußte ich nicht. Den Freund Abdülrakip hat der Arzt nach Elazig überwiesen. Uns haben sie freigelassen. Remzi Sergin habe ich nicht gesehen."

Der Bericht des diensthabenden Arztes Ahmet Dudak im Staatskrankenhaus Elazig, in das Abdülrakip Akin am gleichen Tag eingewiesen wurde, lautete wie folgt:

"Die Nerven sind geschlossen, Lichtreflexe gibt es nicht, (...) neben den Augen und im Brustbereich blau und Spuren von Schlägen."

Der im Koma eingelieferte Abdülrakip Akin verlor kurz darauf sein Leben. Nachdem die Nachricht bekannt geworden war, wurde der Leichnam in Elazig abgeholt und in einem großen Trauerzug, an dem auch Abgeordnete aus Musteilnahmen, zu seinem Heimatort gebracht und beigesetzt. Sein Vater, Hüsamettin Akin sagte bei der Beerdigung:

Nach der Festnahme meines Sohnes konnte mir niemand, egal wen ich fragte, eine Auskunft geben. Der Gendarmeriebefehlshaber sagte nur, daß sie der PKK geholfen und Kurierdienste geleistet hätten. Die Mörder meines Sohnes müssen verurteilt und bestraft werden."

Von dem am selben Tag festgenommenen Remzi Sergin fehlt jede Spur.

(aus: *Yeni Ülke*)

# DAS NEUE SPIEL DER TÜRKEI IN EUROPA

Islamische Vereine arbeiten wie Abteilungen des Konsulats

**In der Nummer 42 der türkei information (Nov./Dez. 1991) veröffentlichten wir einen Artikel darüber, wie islamische Organisationen in Europa vom türkischen Staat über eine Geheimorganisation namens "Amt für gesellschaftliche Beziehungen" unterstützt werden, das an den nationalen Sicherheitsrat gebunden ist und mit dem "Amt für Spezielle Kriegführung", d.h. den Kontra-Guerilla in Zusammenhang steht. Eine interessante Ergänzung und Weiterführung dieses Themas im Hinblick auf geheimdienstliche Tätigkeiten des türkischen Staates, vor allem gegen KurdInnen in Europa, sowie die Zusammenarbeit zwischen türkischem und deutschem Geheimdienst ist folgender Artikel von Yavuz Özcan aus der in der Türkei erscheinenden Wochenzeitung 'Yeni Ülke' (Ausgabe vom 22.-28.März 92)**

(...)In der Mitteilung, die das türkische Generalkonsulat in Münster am 23.10.91 verteilte, heißt es, daß ab jetzt die Militär- und Passformalitäten "von unseren im Anhang aufgeführten Geistlichen und Vorsitzenden der Arbeitervereine ausgeführt werden". In diesem Anhang werden die Namen der an das Konsulat angeschlossenen Moscheen und Arbeitervereine in den jeweiligen Orten aufgeführt. Nachdem dieses Vorgehen von Ankara gerügt wurde, verzichtete man auf die Durchführung. Das Konsulat behauptete in einer Erklärung an "Köln Radyosu" (türkischsprachige Sendung des WDR; TI), mit dem es enge Verbindungen unterhält, daß diese Mitteilung versehentlich gemacht worden sei. Es ist interessant, daß neben den Moscheen auch die Arbeitervereine wie Abteilungen des Konsulates arbeiten. Die gemeinsame Besonderheit der Vereine auf der Liste, die die Adressen von 45 Vereinen in Münster und Umgebung enthält, ist bei allen die Bezeichnung "Türkisch" oder "Islamisch". Diese Vereine, in deren Vorständen sich Namen wie der des Idealisten (Bezeichnung für die türkischen Faschisten; TI) M.Serdar Celebi finden, bilden die Spitze der Beziehungen zwischen Mafia und MIT (Türkischer Geheimdienst; TI). Man weiß, daß über 100 MIT-Mitarbeiter, die in diesen Vereinen ausgebildet wurden, in den Mittleren Osten geschickt worden sind. Außerdem sind besonders die deutschen Büros der türkischen Luftfahrtgesellschaft "Türk Hava Yollari", Reisebüros, Banken, Übersetzerbüros und verschiedene Handelsgesellschaften sowie

Sport- und Kultureinrichtungen unter Kontrolle der Konsulate mit MIT Agenten durchsetzt. Nach der Sendung Panorama des 1.deutschen Fernsehprogrammes vom 3. April 90 beschäftigt der türkische Staat bei den 13 Konsulaten in Deutschland und dem Generalkonsulat in Bonn 30 MIT Agenten im Diplomatenstatus. 15 von ihnen wurden von deutschen Sicherheitskräften offiziell ausgemacht. Man verlangte, daß sie in ihr Land zurückgeschickt würden. Jedoch nur 4 von ihnen taten das.

Gebunden an diese Agenten sind in Deutschland mindestens 200 Spitzel (des MIT; TI) im Einsatz. Die Oberstaatsanwälte der OLG's Hamburg und Stuttgart eröffneten 2 getrennte Untersuchungen bezüglich der Aktivitäten der 15 namentlich benannten Personen. Diese Untersuchungen waren jedoch eher Bemühungen dahingehend, die Angelegenheit zu verdecken, als die Aktivitäten des MIT in Deutschland aufzudecken.

Zu den Bemühungen des türkischen Staates, die Kurden in Deutschland vom Kampf fernzuhalten, kann u.a. die im letzten Jahr begonnene Flut von Flugblättern gerechnet werden. Diese farbigen, im Offsetverfahren gedruckten Flugblätter werden von den türkischen Konsulaten, von islamischen Arbeiterkulturvereinen und rechtsradikalen Gruppierungen verteilt. Auf diesen Flugblättern, die mit "ERNK-Europavertretung", "Patriotische Revolutionäre aus Kurdistan" oder "Kurdistanjugend" unterschrieben sind, greift der MIT eine andere revolutionäre Organisation an und be-

nutzt sie als Grund für Provokationen.

Mit dieser Methode, die der Geheimdienst MIT eine Zeit lang auch in Kurdistan erprobte, will man auch - indem man auf den verteilten Flugblättern den Kampf des palästinensischen Volkes als Beispiel zeigt - die kurdischen Jugendlichen in Hoffnungslosigkeit und Entmutigung stürzen indem versucht wird, die Inhalte des nationalen Befreiungskampfes zu verändern. Außer diesen Flugblättern, die teilweise ohne Unterschrift oder auch mit "Anatolische Frauenunion" unterschrieben sind, und die das kurdische Volk dazu aufrufen, den Ausgebeuteten zu helfen, werden vom MIT erstellte Flugblätter verteilt, die an die kurdische Jugend gerichtet sind und die versuchen, die PKK bezüglich des Mordes an dem schwedischen Präsidenten Olof Palme zu denunzieren.

Das Ziel der Propaganda und Verbreitung von Falschnachrichten durch den MIT ist es, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, und die (kurdischen; TI) Revolutionäre mit den Gesetzen in den Ländern, in denen sie leben, in Konflikt zu bringen. Der MIT benutzt mit diesem Ziel auch Journalisten der in Deutschland herausgegebenen (türkischen; TI) Zeitungen. Bezüglich des Falles Olof Palme ist die Funktion, die die Zeitung 'Hürriyet' übernommen hat und die Falschnachrichten, die sie veröffentlicht hat, das konkreteste Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen MIT und Journalisten. In einer Nachricht jedoch, die die zweitgrößte schwedische Tageszeitung, das liberal-konservative 'Svenska Tagbladet', mit der Unterschrift Peter Carlberg, am 28.2.92 veröffentlichte, wird erklärt, daß der Versuch, den Palme-Mord der PKK anzulasten, ein internationales Komplott sei. In dieser Nachricht heißt es:

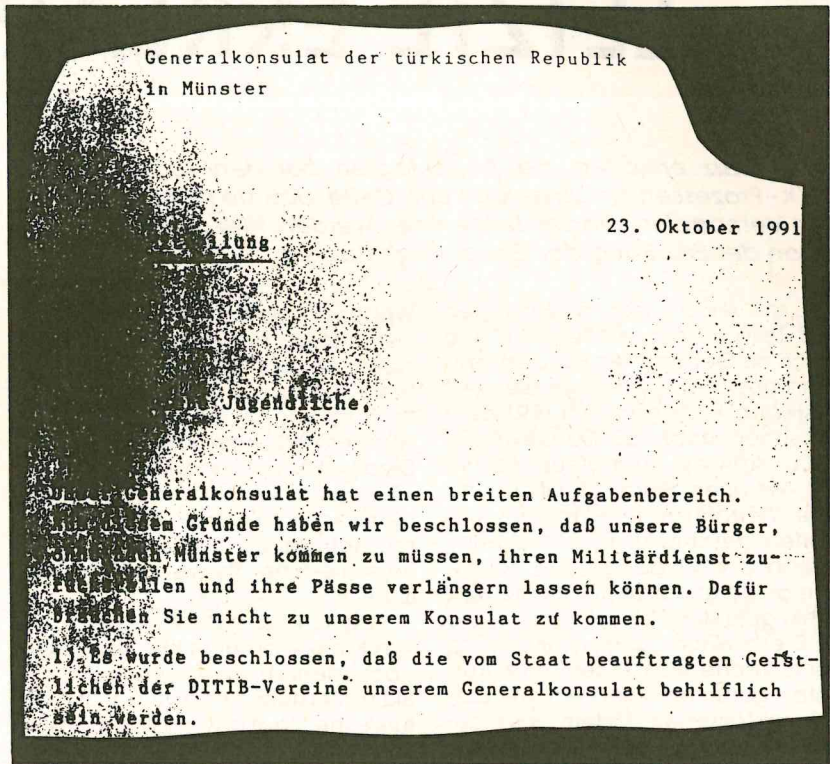
"Während diese Kampagne andauerte, lasen wir plötzlich in der Zeitung 'Hürriyet', wie die PKK Palme erschossen hat. Zusammen mit den Kurden, von denen behauptet wurde, sie seien die Mörder, wurde der Name und das Foto einer schwedischen Frau in der Zeitung veröffentlicht. Die in der Zeitung 'Hürriyet'



veröffentlichte Geschichte war von einem rechtsextremen Schweden erfunden worden, der 1980 aus Schweden in den türkisch besetzten Teil Zypern ausgewandert war. Dieser Schwede hat zu vielen ausländischen Geheimdiensten Beziehungen. Seine Beziehung zum südafrikanischen Geheimdienst ist sogar durch Dokumente bewiesen. Und daß diese Person gleichzeitig Beziehungen zum schwedischen Geheimdienst SÄPO hat und daß der SÄPO sein gesamtes Wissen über die PKK von dieser Person erhalten hat, ist ebenfalls durch Dokumente bewiesen. Dies ist ein Teil des differenzierten Szenarios des internationalen Komplottes gegen die PKK..."

Die Anwälte im Prozess, den das OLG Düsseldorf gegen 17 kurdische revolutionäre Patrioten eröffnet hat, und der immer noch andauert, erklärten folgendes:

"Man versucht, die Tötungsfälle in Europa auf die PKK abzuwälzen. Jedoch hat sich im Verlauf des Prozesses herausgestellt, daß die Verantwortung für diese Tötungsfälle



## „HUNDERTE AUSGEBILDETER AGENTEN“

Aussage des 1989 in der Bekaa Ebene in die Hände der ARGK gefallenen Majors Dursun Cinar:

*"Mein Name ist Dursun Cinar. Ich wurde 1947 in Trabzon geboren. Während meines Militärdienstes 1967 wurde ich in die Gendarmerie-Geheimdienstabteilung für Schmuggel aufgenommen. Nach meiner Entlassung aus dem Militärdienst arbeitete ich weiter für die gleiche Abteilung. In diesem Zeitraum habe ich fast 15 Jahre auf Schiffen gearbeitet. Ich habe ziemlich viele Länder bereist. Ich spreche gut deutsch, griechisch und englisch. Im Januar 1985 wurde ich von A.Avcı, O. und Saban S. wegen meiner Erfahrungen im Geheimdienst in die Anti-Terror Abteilung und die Abteilung für den Kampf gegen den Internationalen Terrorismus aufgenommen. Ich wurde eine Zeitlang in Istanbul in einem Ausbildungszentrum namens Balmumcu zu den Themen 'Beziehungen mit Menschen knüpfen, entwickeln, Informationen erhalten', ausgebildet. Ich weiß nicht, zu welchem Amt, Abteilung oder Einheit wir in Istanbul gehörten. Wir hatten ein spezielles Büro. Dieses Büro gehört direkt zum Amt für Geheimdienst Ankara. Wir arbeiteten abhängig von A.Avcı, O. und S.S.*

*Ich bin Mitarbeiter des MIT. Diesen Dienst führe ich im Rang eines Majors aus. Nachdem ich in diesen Rang befördert worden war, wurde ich mit dem Ziel des Kampfes gegen den armenischen Terror nach Österreich, Frankreich und Holland beauftragt. Wir arbeiten mit Interpol zusammen. In Österreich habe ich zwei Armenier gefaßt. In Lyon und Marseille habe ich eine Aktion der ASALA (armenische bewaffnete Untergrundorganisation; TI) aufgedeckt und vor ihrer Durchführung verhindert.*

*Meine eigentliche Aufgabe war der Kampf gegen die Armenier. Ich bin in Länder wie Indien, Ägypten, England, Marokko, Italien, Israel gefahren. In jedem der Länder, in die ich fuhr, haben die Konsulate meine sämtlichen Kosten bestritten. (...)*

*Hunderte ausgebildeter Agenten wurden gegen die PKK und die Armenier in Europa stationiert. Seit die armenischen Aktionen aufhörten, führen im Augenblick sämtliche dieser Agenten Aktivitäten gegen die PKK durch.*

beim türkischen Geheimdienst liegt. Aber, obwohl dies nötig wäre, wurde in dieser Richtung keinerlei Untersuchung angestrengt. Dies weniger aus dem Grund, daß die Polizei oder die Staatsanwaltschaft ihre offiziellen Pflichten vernachlässigt hätten, sondern aufgrund der Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes in Europa. Das deutlichste Beispiel dafür ist, daß die Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme der PKK in die Schuhe geschoben wurde."

Tatsächlich ist die Rolle des MIT bei der Eröffnung des Düsseldorfer Prozesses sehr deutlich. Besonders dieser Prozeß ist der deutlichste Beweis der Zusammenarbeit zwischen dem türkischen und dem deutschen Staat. Wie auch in der erwähnten Fernsehsendung betont wurde, ist die Bundesstaatsanwaltschaft nicht gegen die aufgedeckten 'MIT Aktivitäten' vorgegangen. Der Grund dafür liegt in den gemeinsamen Anstrengungen des MIT und des deutschen Geheimdienstes sowie der Staatsanwaltschaft, die Arbeit der kurdischen Patrioten in Deutschland zu kriminalisieren.

Als die Bundesstaatsanwaltschaft 1987 den Prozeß nach §129a StGB eröffnete, brauchte sie konkrete Geständnisse. Im Februar 1988 wurden zwei Zeugen gefunden, deren Situation ziemlich dunkel war. Nach kurzer Zeit wurde noch einer gefunden und die Zahl der Kronzeugen wurde auf drei erhöht. Die angeklagten Patrioten sagen, daß festgestellt wurde, daß von diesen drei Personen mindestens einer mit

Fortsetzung nächste Seite

# LETZTE ERKLÄRUNG

*Mitte März erklärten die Angeklagten bei den sogenannten "PKK-Prozessen" in Düsseldorf und Celle, daß sie nicht weiter an den Verhandlungstagen teilnehmen werden. Hier die Dokumentation der Erklärung der Celler Angeklagten:*

Wie in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und durch die Debatten im Bundestag in Bonn bestätigt wurde, hat die Bundesrepublik allein im Jahr 1991 dem türkischen Staat 250.000 Gewehre, 5.000 schwere Handfeuerwaffen, 450 Millionen Stück Munition und eine Vielzahl anderer militärischer Waffen geschenkt. Es ist bekannt, daß in der Vergangenheit solche Hilfe geleistet wurde und heute weiterhin geleistet wird.

Diese Waffen und Munition setzt der türkische Staat in seinem in Kurdistan geführten Krieg ein. Mit diesen militärischen Mitteln wird der kolonialistische Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk geführt. Die Mitglieder der Konterguerilla, sogenannte "Spezial-Teams", laufen in den kurdischen Städten mit deutschen Waffen ausgerüstet umher.

Nach dem Bericht des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir sind in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 in der Region von der Armee und den Spezial-Teams 165 unbewaffnete Zivilisten ermordet worden. 42 davon wurden auf mysteriöse

Weise von der Konterguerilla ermordet. Infolge der Angriffe des türkischen Militärs auf die Zivilbevölkerung sind am 10. Juli 1991 im Stadtzentrum von Diyarbakir, am 24. Dezember 1991 in den Kreisstädten von Diyarbakir, Lice und Kulp, am 14.-15. Februar 1992 in den Dörfern von Mardin und Eruh 39 Personen ermordet und ca. 500 Menschen auf verschiedene Weise verletzt worden.

Der türkische Staat versucht, diesen Krieg, den er in Kurdistan führt, noch mehr zu intensivieren. Und die BRD unterstützt diesen Krieg, den der türkische Staat in Kurdistan führt, mit finanzieller, militärischer und politischer Hilfe. Zudem führt die BRD auch im diplomatischen und juristischen Bereich intensiv einen Kampf gegen die zweite Kriegspartei - die PKK - und nimmt auf der Seite des türkischen Staates aktiv teil. Mit all dem ist die BRD parteiisch im Krieg des türkischen Staates in Kurdistan. Sie ergreift Partei für den türkischen Kolonialismus.

Auch dieser Prozeß ist ein Teil des Krieges, den die BRD gegen uns führt. Tatsächlich befinden wir uns in

einem Zustand der Kriegsgefangenschaft.

In den letzten 8 Monaten hat der türkische Staat genau acht Mal Kurdistan mit Kampfflugzeugen bombardiert. Jede Operation dauerte eine Woche, manche sogar noch länger. Und auch heute bombardieren sie Kurdistan mit Kampfflugzeugen weiter. Der türkische Staat setzt im Kampf gegen das kurdische Volk und seine nationale Befreiungsbewegung intensiv seine Panzer, Kanonen und Kampfflugzeuge ein. Dies erklärt er mit Behauptungen wie: "Ich bekämpfe den Terrorismus". Nirgendwo anders in der Welt wurde bisher gesehen, daß mit Panzern, Kanonen und Kampfflugzeugen gegen den Terrorismus gekämpft wurde. Mit solchen Erklärungen bezweckt der türkische Staat, den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk zu verschleiern. Genauso verschleiern die BRD, die als Kriegspartei mit Erklärungen wie "Ich klage den PKK-Terrorismus vor Gericht an" auftritt, wie der türkische Staat ihre feindliche Haltung gegenüber dem kurdischen Volk. Dieser Prozeß ist ein Schauspiel, das zum Verschleiern der Wahrheit inszeniert wird.

Der türkische Staat hatte 1987 - auch mit der Zustimmung und Unterstützung der NATO - im Rahmen des "Ausnahmestands" und mit Hilfe der "Spezialarmee" ein Spezialkriegssystem organisiert. Die "PKK-Prozesse" in der BRD sind als Teil dieses Spezialkriegssystems geplant worden. Der Zweck dieses Plans war, den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK zu zerschlagen. Dies sollte bis Ende 1991 verwirklicht werden. Nur hatte dieser Spezialkriegsplan in der Praxis keinen Erfolg, die vorgesehenen Ziele konnten nicht realisiert werden.

Nun will der türkische Staat bis Ende 1992 einen neuen Kriegsplan realisieren und den Krieg forcieren. Mit der Demirel-Inönü Regierung hat er eine neue Kriegsphase begonnen. Er lehnt jede politische Lösung ab, will die Forderung des kurdischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit mit dem Krieg erstickten. In diesem Zusammenhang wollen sie, die Ankläger in diesem Verfahren, diesen Prozeß, der mit

Fortsetzung

## Das neue Spiel der Türkei in Europa

dem MIT zusammengearbeitet hat. Darüberhinaus haben die Entwicklungen gezeigt, daß diese Zusammenarbeit nicht auf die Beschaffung der Zeugen beschränkt blieb. Die bundesdeutsche Generalbundesanwaltschaft übermittelte auch unter dem Namen Rechtshilfe Informationen über die kurdischen Patrioten und ihre Vereine dem MIT. Aber trotz aller Anträge der Verteidiger wurden diese Dokumente nicht der Verteidigung überlassen. In diesen Dokumenten befinden sich die Namen sehr vieler kurdischer Patrioten sowohl in Deutschland als auch in Kurdistan und der Türkei.

Viele Patrioten, deren Namen sich auf der Liste befinden, wurden verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Der von Deutschland nach Viransehir in Urlaub fahrende Dervis Sevgat wurde, weil

sein Name sich auf der Liste befand, verhaftet und durch die Folter getötet.

Die Grüne Abgeordnete Angelika Beer interpretiert die Beziehungen der türkischen und deutschen Geheimdienste so:

"Es ist bekannt, daß in Deutschland die GSG 9 Einheit des Bundesgrenzschutzes, die eigentlich eine Anti-Terror Einheit ist, für den türkischen Staat Kontra-Guerilla Teams ausgebildet hat. Wegen der Praktiken des MIT gab es in letzter Zeit Unstimmigkeiten zwischen den beiden Staaten auf der Botschaftsebene. Daß von den in Deutschland aufgedeckten 15 MIT Agenten nur 4 in die Türkei zurückgeschickt wurden und im Gegenzug ein deutscher Beamter (Agent? TI) nach Deutschland zurückgeschickt wurde, ist wirklich ein Skandal."

dem Krieg in Kurdistan eng zusammenhängt. in neuen Formen weiterführen. Die türkisch-deutschen Verhandlungen über diesen Prozeß sind nicht zu verkennen. Dieser Prozeß hat nichts mehr mit Justiz zu tun. Dieser Prozeß wurde sogar Thema der Neujahrs-Grüßbotschaften von Kohl und Özal. Am 25. Februar 1992 hat eine Delegation aus der Türkei, bestehend aus Abgeordneten, mit deutschen Autorisierten in Bonn über diesen Prozeß verhandelt. Die deutsche Regierung macht diesen Prozeß zum Verhandlungsgegenstand mit dem türkischen Staat und versucht ihn als Erpressungsmittel gegen die PKK zu verwenden. Während die Bundesanwaltschaft auf der einen Seite an ihrer Behauptung, die PKK sei eine "terroristische Organisation", festhält, will sie auf der anderen Seite mit ihr verhandeln, ja sogar ein imperialistisches Verhandeln. Eine größere Maßlosigkeit in Inkonsequenz und Doppelmoral kann es nicht geben. Diese Tatsachen zeigen auch, wie verlogen und was für Marionetten diese sich als "Gericht" bezeichnenden Personen sind und diejenigen, die behaupten, sie handelten gemäß geltendem Recht.

Wir haben schon am ersten Tag der Gerichtsverhandlung dem Gericht gegenüber erklärt, daß dies ein politischer Prozeß ist, daß hier keine Justiz existiert, dieses Gericht ein Kriegsgericht ist und wir als Geiseln und Erpressungsmittel gegen den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans festgehalten werden. Vergangene Geschehnisse und auch einige kurze Stellungnahmen von uns haben diese Situation offen bestätigt. Die deutsche Regierung und Sie, als Teil dessen, sind parteisch in diesem Krieg. Sie halten uns als Kriegsgefangene, Geiseln und Erpressungsmittel fest. Mit diesem unter dem Mantel eines Gerichts veranstalteten Szenario versuchen Sie, die Realität zu maskieren und zu verschleiern. Mit der Absicht, Ihnen Zeit und Gelegenheit zu geben, haben wir Geduld gezeigt, doch von nun an sind wir nicht mehr Teil dieses Spiels.

Wir werden nicht mehr zulassen, daß wir als Erpressungsmittel, als Verhandlungsobjekt gegen unseren Nationalen Befreiungskampf benutzt werden. Als Folge unserer eigentlichen Situation - als Kriegsgefangene und Geiseln - werden wir nicht mehr an diesen Ort kommen. Sollten wir mit Gewalt gebracht werden, dann werden wir uns keinen Regeln fügen und das Fortfahren der Verhandlungen verhindern.

Wir bedanken uns bei den An-

wälten, die uns vertreten haben für ihre bisherigen Bemühungen. Für Sie gibt es in diesem Verfahren nichts mehr zu machen. Wir erwarten, daß sie sich nicht zum Werkzeug in diesem gegen das kurdische Volk ungezettelten Spiel machen lassen. Von nun an vertreten sie uns nicht mehr. Die Vollmachten, die wir den Rechtsanwältinnen gegeben hatten, nehmen wir wieder zurück.

Aus der Sicht der Geschichte und der Menschheit, des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans, des eigentlichen Rechts und Demokratie in Deutschland ist unsere Haltung notwendig und richtig. Aus diesem Anlaß rufen wir noch einmal die deutsche Öffentlichkeit und alle fortschrittlich-demokratischen Kräfte dazu auf, sich dem Vernichtungskrieg des türkischen Staates und seiner Verbündeten gegen das kurdische Volk zu widersetzen und sich mit dem kurdischen Volk zu solidarisieren. Wir glauben fest daran, das

unser Volk trotz großer Schwierigkeiten und Hindernisse seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangen wird.

Wir rufen die im Ausland lebenden Kurden auf, nach Möglichkeit nach Kurdistan zurückzukehren, all unsere Menschen - überall wo sie sich aufhalten - den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf noch verstärker zu unterstützen. Unser Volk in Kurdistan rufen wir dazu auf, das Jahr 1992 ein Jahr des großen Volksaufstandes werden zu lassen.

**\* Es lebe der Unabhängigkeits- und Freiheitskampf Kurdistans!**

**\* Es lebe die PKK!**

**\* Es lebe der Vorsitzende APO!**

**16. März 1992**

**Ismail Özden, Adil Arslan, Naim Kilic, Ahmet Yüksel - Angeklagte im Celler "PKK-Prozeß"**

## **Grubenkatastrophe im Kohlenrevier Zonguldak**

# **Warum?**

Zonguldak - bekannt wurde das Steinkohlenrevier an der türkischen Schwarzmeerküste Anfang 1990, als 45.000 Bergarbeiter nach fünf Wochen Streik, mitten in der Aufmarschphase zum Golfkrieg, dem Staatspräsidenten Turgut Özal den Kampf ansagten und trotz eisiger Kälte zu einem Marsch auf die 260km entfernte Hauptstadt Ankara aufbrachen. Erst der Einsatz von Militär konnte die Arbeiter und ihre Angehörigen stoppen.

Am 3. März 1992 geriet Zonguldak erneut in die Schlagzeilen. Eine Gasexplosion in der Schachtanlage Kozlu kostete fast 300 Bergleute das Leben.

Der staatlichen Kohlegesellschaft war bekannt, wie gefährlich die Arbeit in den Minen im Revier Zonguldak ist. Immer wieder hatte es Katastrophen gegeben, immer wieder hatten die Arbeiter die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen angeprangert. "Einem Bericht der Minenarbeitergewerkschaft zufolge ereignen sich in den Minen der Türkei 7 mal mehr als in den USA, 8 mal mehr als in der BRD, 4 mal mehr als in Indien und Pakistan, 6 mal mehr als in Japan Unfälle mit tödlichem Ausgang für unzählige Arbeiter. Weiter heißt es in dem Bericht: 'Nach der großen Explosion in

Zonguldak im Jahre 1983, bei der 103 Minenarbeiter getötet wurden, ereignete sich gleich danach (eine Woche später) eine andere Explosion in einem anderen Teil der Minen, bei dem 10 Arbeiter umkamen. Statt die Arbeitsbedingungen in den Minen zu verbessern, haben sich aber die Verantwortlichen daran gemacht, die Produktionskapazitäten zu erhöhen, um den Produktionsausfall, den die erste Explosion verursacht hatte, wettzumachen.' "

(türkei information, März 1990)

Zwanzig Tote und 6.474 Verletzte bei Arbeitsunfällen in den Gruben von Zonguldak war die Bilanz des Jahres 1989; 22 Bergarbeiter starben im Jahr darauf in den Minen, 5.600 wurden verletzt, bis am 30. November 1990 der Streik begann. Nach offiziellen Statistiken betrug seit 1980 die Zahl der Toten im Kohlenrevier Zonguldak 483, die Zahl der Verletzten 73.970. Diese ungeheuerliche Zahl von Unfällen zusammen mit Berufskrankheiten (z.B. Staublunge) und dem vorzeitigen Verschleiß der Gesundheit durch die extremen Belastungen während der Arbeit unter Tage ebenso wie durch die erbärmlichen Lebensbedingungen über Tage (durchschnittlicher Monatslohn, umgerechnet ca. 300,- DM) sorgen dafür, daß die durchschnittli-

che Lebenserwartung in Zonguldak ganze 45 Jahre beträgt. (durchschnittliche Lebenserwartung in der Türkei: 64 Jahre)

Die Versprechungen der Regierung nach Verbesserung der Arbeitssicherheit blieben auf dem Papier.

Seit 25 Jahren wird in Zonguldak nichts investiert. Die Schachtanlagen des Reviers, das zu den ältesten Industriegebieten der Türkei zählt, sind entsprechend veraltet, die Produktivität liegt weit unter der von modernen Anlagen. Obwohl laut Untersuchungen der türkischen Stiftung für Bergbau noch Kohlereserven von über 1 Million Tonnen im Wert von ca. 100 Milliarden Dollar vorhanden sind, läßt die Regierung die Minen weiter verkommen, um sie schließlich ganz schließen zu können. Den Hintergrund bilden dazu die Forderungen des IWF (Internationaler Währungsfond) die dieser zur Bedingung für weitere Kredite an die Türkei macht: Unter anderem:

- Senkung der Staatsausgaben, Einschränkung der Subventionen und Kredite für staatliche und staatlich überwachte Betriebe, die mit Defizit

arbeiten (z.B. die staatliche Kohlegesellschaft)

- Ausbau der heimischen Energieproduktion, um die Ausgaben für Öl-Importe zu senken und stattdessen mehr Zinsen für die für die ausländischen Kredite zahlen zu können

- Verbesserung der Bedingungen für die Ansiedelung ausländischen Kapitals in der Türkei

In der Praxis heißt das: kein Geld für die Modernisierung und den Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen in den Minen, stattdessen aber ein Vielfaches der dafür notwendigen Investitionsmittel an ausländische Großkonzerne (z.B. Asea-Brown Boveri, Peine-Salzgitter Konzern) für den Bau des Projekts GAP, eines riesigen Staudamm- und Bewässerungsprojekts in türkisch Kurdistan. Der GAP soll die einheimische und ausländische Industrie in der Türkei künftig mit billiger Energie versorgen - deren Lieferung nicht durch Streiks unterbunden werden kann, Türkei-Kurdistan weiterhin türkischer Kontrolle unterwerfen und der Türkei durch die Kontrolle der Wasserversorgung Syriens und Iraks

eine strategisch wichtige Position im Nahen Osten sichern.

Die türkische Regierung wies sofort nach dem Grubenunglück, noch bevor eine Untersuchung über die Unglücksursache begonnen hatte, jeden Vorwurf von sich, daß Sicherheitsmängel verantwortlich seien. Staatsminister Barutcu erklärte, dies seien Unfälle, wie sie nun einmal vorkämen. Die Sicherheitsvorkehrungen seien auf internationalem Niveau. Die Methangas-Messungen seien mit modernstem Gerät vorgenommen worden.

Lokalzeitungen berichteten allerdings, daß das moderne Gerät zwar Stunden vor der Explosion einen Anstieg des Methangasgehaltes auf über 2% gemeldet hatte, dieser Alarm aber von der Zechenleitung nicht beachtet wurde, um die Förderung nicht zu unterbrechen.

**(Nach KAZ Nr.228 und Neue Arbeiterpresse Nr.693 - März 1992)**



### POLIZEISCHLÄGE AM FRAUENTAG

Am gestrigen internationalen Frauentag wurden in mehreren Orten Kundgebungen abgehalten. Bei Demonstrationen in Istanbul und Adana schritt die Polizei ein. Einige Frauen wurden mit Knütteln geschlagen und festgenommen. Cumhuriyet v. 9.3.92

*Interview mit Mahmood aus Irak-Kurdistan, der als Student in Deutschland lebt und vor kurzem für einige Zeit seine Heimat besuchte*

## **"Die Leute trauen den UNO-Truppen nicht. Aber sie haben auch keine andere Wahl."**

(...)

Mahmood: Überall wo ich war, begegnete ich Flüchtlingen, die nicht in ihre Heimatorte zurückdürfen oder zurückkönnen. Entweder kommen sie aus Städten wie Mossul oder Kirkuk, die nicht zur "Schutzzone" für die irakischen Kurden gehören oder sie kommen aus zerstörten Dörfern und Städten. Teilweise leben sie in Lagern, viele aber auch in "befreiten Gebäuden", die früher der Baath-Partei gehörten. Ihre Situation ist sehr schlecht. Es gibt keine Nahrungsmittel. Es gibt keine Milch für die Kinder – das ist sehr, sehr problematisch. Alltäglich ist der Mangel an Benzin und Öl, Butter, Zucker, Fleisch und Eier. Die Menschen haben auch seit langem kein Geld bekommen.

*Frage: Hat das irakische Militär noch eine Funktion in dem "Befreiten Gebiet"?*

Mahmood: Praktisch gibt es kein Militär in Irak-Kurdistan, aber es gibt viel Spionage; viele Menschen sind vom Irak "gekauft" worden. Zum Beispiel ist da dieser Bombenanschlag auf das Büro der Kurdistan-Front in Suleimania. Da wird gesagt, daß das von der irakischen Regierung, vom Geheimdienst, gemacht worden sei.

Die irakische Regierung versucht auch militärisch anzugreifen, aber das wird von den Peshmerga der Kurdistan-Front abgewehrt. Größere Militäroperationen, z.B. mit Flugzeugen, können sie aber nicht unternehmen. Das verhindert die Präsenz der Amerikaner.

*Frage: Gibt es Schwierigkeiten bei der gerechten Verteilung der Hilfslieferungen, die nach Irak-Kurdistan geschickt werden?*

Mahmood: Natürlich gibt es Schwierigkeiten. Es gibt zwei verschiedene Ansichten darüber: Die eine sagt, daß alles in Ordnung wäre, daß die Kurdistan-Front die Hilfsgüter verteilen würde – was ich selbst so nicht glaube, – und die andere sagt, viel von diesem Geld,

den Nahrungsmitteln, dem Brennstoffmaterial, Jacken, Decken, usw. würde nur an ihre Leute (der Kurdistan-Front; TI) und deren Familienangehörige verteilt werden.

Ich habe diese Meinungen gehört, und ich habe Flüchtlinge gesehen, die wochenlang keine Nahrungsmittel bekommen haben.

Die Menschen, die aus den zerstörten Dörfern und Städten kommen und jetzt im befreiten Kurdistan leben, sind Flüchtlinge im eigenen Land. Ihre Dörfer existieren nicht mehr, teilweise sind sie dem Erdboden gleichgemacht worden. Oder ihre Häuser in den Städten sind zerstört.

Die Gefängnisse, die gestürmt worden sind, dienen jetzt als Flüchtlingsunterkünfte.

Jemand, der früher dort einmal hineingekommen ist, hatte keine Chance jemals wieder herauszukommen.

Nach der Befreiung von den irakischen Truppen hat die Bevölkerung gemeinsam mit Journalisten und UNO-Beobachtern Schritt für Schritt diese Gefängnisse untersucht.

*Frage: Der Aufstand gegen das Regime von Saddam Hussein in Irak-Kurdistan war zuerst ein spontaner Aufstand der Bevölkerung. Inwiefern hat sich etwas verändert, seit die Peshmerga der Kurdistan-Front in die Städte gekommen sind?*

Mahmood: Ganz spontan war der Aufstand nicht. Viele verschiedene selbstorganisierte Gruppen haben in Städten wie Ranya, Erbil und Suleimania den Aufstand vorbereitet. Als der Aufstand vorbereitet wurde hatten die Parteien nicht viel Ahnung von dieser Bewegung in den Städten. Dort hatten sie nicht so viele Mitglieder. Die Befreiung wurde vom Volk selbst organisiert. Ohne eine bestimmte Partei.

Die Wut der Bevölkerung war so groß, daß sie auf keine Partei gehört hat. Sie haben angefangen sich zu organisieren, haben die irakischen

Stützpunkte angegriffen – und sie haben viele Opfer gehabt.

Als die meisten großen Städte befreit waren kamen erst die Peshmerga von den Bergen. Diese Tatsache geben die Parteien auch zu.

*Frage: Wie ist die soziale Situation in den befreiten Gebieten?*

Mahmood: Die Städte sind überbevölkert. Viele Dörfer sind zerstört und die Bevölkerung mußte in die Städte gehen. Die Situation ist katastrophal, Benzin gibt es nicht, Busse können nicht fahren ...

Es gibt Spannungen zwischen der Stadtbevölkerung und den Flüchtlingen. Die Flüchtlinge brauchen Hilfe von der ganzen Bevölkerung, sie müssen betteln. Ein Teil der Bevölkerung kann diese Hilfe geben, aber viele nicht. Sie haben auch nichts.

Alle haben auch Angst davor, daß die UNO-Truppen Kurdistan verlassen. Dann wird ein neuer Angriff des irakischen Militärs befürchtet.

*Frage: Du hast viele Fotos in Irak-Kurdistan gemacht. Kannst Du bitte den Zusammenhang erklären!*

Mahmood: Nach dem international bekanntgewordenen Giftgasangriff auf Halabja im März 1988 gab es zwei sehr intensive Angriffe mit regulären Truppen in Irak-Kurdistan, sogenannte 'Anfal-Angriffe'. Das Wort 'Anfal' kommt aus dem Koran. Es bedeutet einen heiligen Krieg der Gläubigen gegen die Ungläubigen durchzuführen.

Dabei wurden 180. bis 200.000 Kurden getötet. Teilweise wurden mit Bulldozern Massengräber für die Toten gemacht. Das war ein Akt des Völkermordes.

Viele kurdische Frauen und Kinder wurden nach diesen Angriffen von irakischen Truppen nach Saudi-Arabien gebracht und dort als Sklaven verkauft.

*Frage: Ist es nicht sehr gefährlich, sich gegen einen eventuell wieder-*

kehrenden Krieg des Irak gegen die Kurden auf die UNO-Truppen zu verlassen? US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge der UNO-Truppen helfen z.B. der Türkei bei ihrem Krieg gegen die Kurden im türkisch besetzten Teil von Kurdistan.

Mahmood: Die Bevölkerung hat keine andere Wahl. Es gibt große Zweifel an der Unterstützung aller Organisationen, die dort engagiert sind. Egal ob amerikanische Truppen oder auch kurdische Organisationen und ihre Peshmerga. Die Leute haben einfach schlechte Erfahrungen mit dem Militär. Sie haben Brutalitäten erlebt, Verarschungen erlebt. Von daher sind die Menschen sehr vorsichtig.



Ein einzelner Toter aus den Massengräbern der 'Anfal-Angriffe'

Es gibt auch Kritik an den Peshmerga. Man will mehr Unterstützung von ihnen. Aber viele sagen, daß es tausend mal besser ist, die Peshmerga zu haben als die irakischen Truppen. "Mit Wasser und Brot" allein wollen sie aushalten bis das Problem gelöst wird. Aber sie wollen keine irakischen Truppen in Kurdistan.

Die Leute trauen den UNO-Truppen nicht. Sie haben erlebt, wie sie von den Amerikanern an der Nase herumgeführt worden sind.

Aber sie sagen auch, daß sie keine andere Wahl haben.

*Frage: Sind die in Europa bekannten irakisch-kurdischen Führer von der dort lebenden Bevölkerung akzeptiert oder gibt es auch andere Formen der Organisation?*

Mahmood: Die Kurdistan-Front besteht hauptsächlich aus diesen beiden Parteien (Patriotische Union Kurdistans, PUK = Talabani; Kurdische Demokratische Partei, KDP = Barzani; TI), aber es gibt weitere kleine Parteien. Auch linke Organis-

ationen mit ihren eigenen Programmen zählen dazu.

Unter der Bevölkerung und den kleineren Organisationen gibt es aufgrund der Vorherrschaft der großen Organisationen auch viel Pessimismus.

Sie sagen, daß sie viel für den Aufstand in Irak-Kurdistan getan haben. Sie haben ihn in den großen Städten organisiert, praktisch den ersten Funken gelegt, der zur Flamme wurde. Jetzt würde die Kurdistan-Front wie ein Monstrum auf ihren Köpfen sitzen.

Die Kurdistan-Front sagt: Die Flüchtlinge zählen in Millionen. Wir können die Versorgung für alle nicht auf einmal organisieren.

*Frage: Was bedeutet die erklärte Absicht der Türkei, quer durch Kurdistan, an der Grenze Irak-Türkei, einen Zaun errichten zu wollen? Damit soll der Grenzübertritt von PKK-Guerillas aus angeblichen Camps in Irak-Kurdistan nach Türkei-Kurdistan verhindert werden.*

Mahmood: Wenn dieser Grenzzaun wirklich so errichtet werden soll, und die Kurdistan-Front sich dazu nicht verhält, macht sie sich vollkommen unglaubwürdig. Ich verstehe überhaupt nicht, wie die Kurdistan-Front einerseits freundliche Beziehungen zur Türkei pflegt und andererseits akzeptiert, daß kurdische Dörfer im Irak bombardiert werden. Dokumentarische Aufnahmen beweisen das. Wenn behauptet wird, daß seien PKK-Camps gewesen, so ist das eine Lüge. Die Bilder beweisen das. Die Toten, die darauf zu sehen waren, waren Männer, Frauen, Kinder und alte Menschen.

*Frage: Wie stellt sich für Dich die Situation der in Deutschland lebenden Kurden dar?*

Mahmood: Im Moment leben ca. 400. bis 450.000 Kurden in der BRD, aus allen vier Teilen Kurdistans. Kurden die als Flüchtlinge aus Irak- oder Iran-Kurdistan in die BRD gekommen sind haben es einfacher als Kurden aus Türkei-Kurdistan. Wenn Kurden aus der Türkei abgeschoben werden ist das ein Unrecht gegenüber dem Asylrecht. Die deutsche Öffentlichkeit muß Verständnis für die Probleme der Kurden aus allen vier Teilen Kurdistans haben. Es ist sehr wichtig darauf zu drängen, daß auch keine Kurden nach der Türkei abgeschoben werden.

## IMPRESSUM:

Hrsg.:

Türkei Informationsbüro  
c/o. S. Hasselbring  
Postfach 910843  
D- 3000 Hannover 91

+

Anschrift:

Türkei Informationsbüro  
Postfach 91 08 43  
D- 3000 Hannover 91  
Telefon: 0511 / 33 21 44  
Telefax: 0511 / 31 86 52

+

Erscheinungsweise:

2 monatlich

+

Namentlich gekennzeichnete  
Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der  
Redaktion wieder!

# Die Einheitsfront der "Ausländerfreunde"

Vom DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) über SPD und Grüne bis weit in den Rest der Linken gibt es einen "ausländerfreundlichen" Konsens. Nur noch die Begriffe dienen zur Abgrenzung: "Asylanten"/ "Gastarbeiter" / "MigrantInnen" "Nicht-Deutsche" / "AusländerInnen" - längst ist die Debatte um Strukturen der Degatte um Begriffe gewichen.

Welchen historischen Entwicklungsprozeß nahm die Beschäftigung und Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern, also "AusländerInnen" seit der Reichsgründung 1871?

Was hat der Nationalstaat, und damit das Entstehen des/der "AusländerIn", mit dem Rassismus moderner kapitalistischer Formationen zu tun?

Läßt sich eine Position bestimmen, die sich dem öffentlichen Konsens widersetzt?

Läßt sich ein Antirassismus entwickeln, der sich nicht zur Speerspitze moderner Kapitalstrategien umfunktionieren läßt?

Wie kann eine linke Kritik der "multikulturellen Gesellschaft" aussehen?

Hier der Versuch einer Annäherung.

## 'Fremdarbeiter' im deutschen Reich

Bei der Beschäftigung mit der Migration in dem Gebiet was man als Deutschland bezeichnet, fällt auf, daß die Nationalstaatsbildung, die verspätete Industrialisierung und die Migration einen sehr engen Zusammenhang bilden.(1)

Mit der rasanten Industrialisierung zwischen 1860 und 1880(2) stieg auch die Nachfrage an Arbeitskräften. Während davor die Auswanderung aus den Kleinststaaten die Regel war, wurde mit der Herstellung des Binnenmarktes(3) und der Reichsgründung 1871 Deutschland zum Einwanderungsland. Das Deutsche Reich war Anziehungspunkt für Arbeiter aus weniger entwickelten Gebieten des Südens und des Ostens. 1914 lebten 1,2 Millionen ausländische Arbeiter und ca. 500.000 "Ruhrpolen", die aus

## steht

dem preußisch besetzten Teil Polens stammten, aber als Deutsche gezählt wurden, im Deutschen Reich(4). Die Polen aus dem österreichisch und russisch besetzten Teil Polens durften nur im östlichen Teil des Reiches als Landarbeiter arbeiten, und stellten den Großteil der Saisonarbeiter auf den Gütern der Junker dar.

Über Preußen kam das System der "Inlandslegitimierung" ins deutsche Reich und bildete die Anfänge der Institutionalisierung und der staatlichen Kontrolle der Migration.(5) Das Aufenthaltsrecht war an die Arbeitsstelle gebunden, und über den Winter mußte das Deutsche Reich verlassen werden. Die Feldarbeiterzentrale, als halbstaatliche Organisation zuständig für Anwerbung, Vermittlung und Kontrolle der Ausländer, bekam das Monopol der Inlandslegitimierung übertragen.(6) Da die "Ruhrpolen" dieser "Ausländergesetzgebung" nicht unterworfen waren, wurden gegen sie restriktive Maßnahmen unternommen, die sich gegen eine eigenständige Kultur und Organisation richteten. Die Integration in die noch nicht vorhandene Industriegesellschaft des Ruhrgebiets war ein dynamischer Prozeß, der die radikale "Germanisierung" aber als politisches Programm scheitern ließ.(7)

Die Erfahrungen mit Ausländern faßte der spätere Präsident der "REICHSANSTALT FÜR ARBEITSVERMITTLUNG UND ARBEITSLOSENVERSICHERUNG", die Nachfolgeinstitution der Feldarbeiterzentrale in der Weimarer Republik und der Vorläufer der heutigen Bundesanstalt für Arbeit, Friedrich Syrup 1914 so zusammen: "Es ist fraglos, daß die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtkosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung der ausländischen Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die größere Bereitwilligkeit grobe und schwere Arbeiten zu überneh-

men, als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter. (...) Das Abstoßen dieser Arbeiten auf die Ausländer bedeutet keine Entartung, sondern eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft. Ist es unvermeidlich, ausländische Arbeiter heranzuziehen, so erscheint es auch sozialpolitisch angezeigt, sie gerade mit den niedrigsten, keine Vorbildung erfordernden und am geringsten entlohnten Arbeiten zu beschäftigen, denn dadurch besteht für die einheimische Arbeiterschaft gleichzeitig der beachtenswerte Vorteil, daß ihr der Aufstieg von der gewöhnlichen, niedrig entlohnten Tagelöhnerarbeit zu der qualifizierten und gut entlohnten Facharbeit erleichtert wird."(8)

Während des 1. Weltkrieges waren die Ausländer durch Ausbeutung und Verschleppung einbezogen in die deutsche Kriegswirtschaft. In der Weimarer Republik setzte man die Ausländerpolitik fort, wenn auch in einem geringeren Maße. Aufgrund der Arbeitslosigkeit gab es eine starke Reglementierung der freien Ausländerbeschäftigung. So braucht man ab 1923 eine Genehmigung des Landesarbeitsamtes für die Arbeitsvermittlung.(9) Aus dem Jahre 1932 stammte die Ausländerverordnung, auf die sich, mit einigen nach 1933 verabschiedeten Gesetzen, das Ausländergesetz von 1965 bezog.

Dies änderte sich rasch mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, in deren Wirtschaftsprogramm die radikale Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte eine wichtige Rolle spielte. Zwischen 1934 und 1939 erfolgte ein verstärkter Zugriff auf ausländische Arbeitskräfte. Zunächst durch Staatsverträge (Italien, Ungarn, Holland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien (10)), dann ab Herbst 1939 die zwanghafte Rekrutierung durch die deutschen Arbeitsämter, Betriebe, Wehrmacht und Sicherheitspolizei, zunächst in Polen und dann aus allen besetzten Ländern. So waren bis zum Sommer 1944 über 8 Millionen Ausländer, zum Großteil als Zwangsarbeiter, beschäftigt, die die Kriegsführung ermöglichten und die Versorgung der deutschen Bevölkerung auf hohem Niveau sicherten(11), während die deutschen Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie umgesetzt oder zur Wehrmacht ein-

berufen wurden.

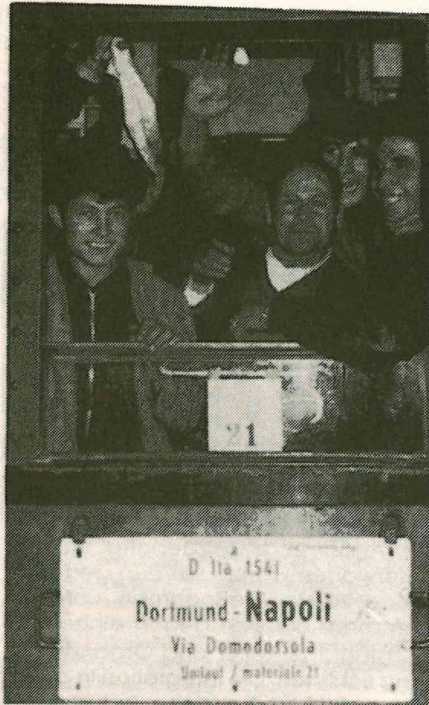
## Arbeitskräftebedarf und 'Modell Deutschland'

Mit dem Kriegsende 1945 begann die Wiederherstellung des Weltmarktes, der 1929 zusammengebrochen war. Durch die Niederschlagung der faschistischen Variante der Krisenlösung standen sich das wirtschaftlich erstarkte keynesianische Amerika und die planwirtschaftliche Sowjetunion gegenüber. Während die Sowjetunion in ihrem Machtbereich die Etablierung eines planwirtschaftlichen Blockes vorantrieb, wurde unter der Vorherrschaft der Amerikaner die Rekonstruktion des Weltmarktes forciert. In den Verträgen von Jalta war eine massive ökonomische Abrüstung Deutschlands in Aussicht gestellt worden, durch die Demontage der gesamten Kriegsindustrie und Zahlung von Reparationen, durch Konfiszierung von Fabriken, Maschinenwerken usw.

Während sich die Sowjetunion an die Verträge von Jalta hielt, stoppten die westlichen Alliierten mit dem Beginn der Blockkonfrontation die Demontage. Der Krieg hatte zwar unendliches Leid über die Menschen gebracht, aber für "den Bestand an Kapitalgütern in der Welt" (12) sich sogar vorteilhaft ausgewirkt. Von den Zerstörungen "betroffen waren aber eher die Verkehrsinfrastruktur sowie der Bestand an Wohnungen und anderen Gebäuden, der Maschinenpark hatte weniger Schaden erlitten. Weltweit hatten die Investitionen für die Kriegsprüfung erheblich zugenommen, so daß im Endeffekt die Kriegsjahre keine Zeit der Desinvestitionen mit einer Minderung des Gesamtvermögens darstellte, sondern eher eine Periode, in der das industrielle Produktionspotential anwuchs. Dies Wachstum ging mit bedeutenden wissenschaftlichen und technischen Fortschritten in der Rüstungsindustrie einher, und der Fortschritt hatte die Ausbildung zahlreicher Techniker und neuen Führungspersonals zur Folge. Die im Krieg angeschafften Fabrikationsanlagen ließen sich weitgehend ohne große Mühe auf die Bedürfnisse der Friedenswirtschaft umstellen. (...) Die Erweiterung des Produktionspotentials auf der Welt und die kaum nachhaltigen Schäden am Maschinenpark erklären zu einem guten Teil, warum die westlichen und östlichen Industrieländer in den fünfziger Jahren ein so kräftiges Wirtschaftswachstum erlebten" (13).

Mit dem Ende des Nationalso-

zialismus brach auch das Zwangsarbeiter- und KZ-System zusammen, welches ein wichtiges Element in der NS-Wirtschaft war. Im Mai 1945 befanden sich über 9 Millionen überlebende KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter sehr miserablen Bedingungen im zusammengebrochenen Deutschen Reich. Bis 1946 führte die eigens gegründete "United Nations Relief and Rehabilitation Administration" UNRRA über sieben Millionen Überlebende in ihre Herkunftsländer zurück. Diejenigen, die nicht zurückgehen wollten, wurden zunächst zwangsrepatriiert. Da so die



Gastarbeiter-Sonderzug (1964)  
Nach Viehmarkt-Methoden ausgewählt

Rückkehr nicht gelöst werden konnte, und die Zahl der Flüchtlinge immer weiter anstieg, wurde die Nachfolgeorganisation der UNRRA, die "International Refugee Organization" (IRO) 1946 von der UNO gegründet. Mit Ansiedlungsprogrammen für europäische NS-Opfer in traditionellen Einwanderungsländern, vor allem in den USA, wurde versucht die Lage zu kontrollieren. (16)

Nun stellte sich die Situation folgendermaßen dar: Einem beinahe intakten Produktionsapparat stand ein Mangel an Arbeitskräften gegenüber. Der Platz der Fremdarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen wurde durch die "deutschen" Flüchtlinge eingenommen. Während sich die ansässige Bevölkerung auf dem Gebiet, was heute die BRD umfaßt, kaum veränderte (1939: 39.350.000, 1957: ca. 39.000.000) stieg die tatsächliche

Bevölkerungszahl 1957 auf 47.696.000 und bis 1965 auf 58.587.000, was für 1957 einen Bevölkerungszuwachs von 21,2% und für 1965 sogar um 48,9% ausmachte. (17)

Während 1946 der Großteil der Flüchtlinge noch in den ländlichen Bundesländern lebte und nur 15,2% in den Industriezentren, so lebten 1957 bereits 34,4% in den industriellen Regionen. Der Anstieg der Lohnarbeiter von 1948 bis 1957 um 38,2% (18) hatte erhebliche Auswirkungen auf die innenpolitische Situation in der Nachkriegsphase der BRD. Der Druck auf den Arbeitsmarkt hielt die Löhne konstant auf niedrigem Niveau und sicherte, bedingt durch die Steuerpolitik, die Profite. Die Konkurrenzsituation zwischen den ansässigen Arbeitskräften und den zumeist beruflich deklassierten Flüchtlingen, die unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen litten, dürfte einen wesentlichen Anteil am "Wirtschaftswunder" gehabt haben. Für die Volkswirtschaft bedeutete zwar auf der einen Seite die kostenlose Aneignung der Arbeitskräfte einen Vorteil, aber die mitgekommenen Familien, die zunächst unproduktive Arbeitskräfte waren, forderten Maßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur. Ab Mitte der 50er Jahre war die interne Migration erschöpft und der Großteil der Flüchtlinge in den expandierenden Produktionsprozess integriert. Außerdem zog die Wiederaufrüstung eine große Zahl an männlichen Arbeitskräften aus dem Arbeitsmarkt ab. Spätestens seit 1959 war die Vollbeschäftigung erreicht. Die Arbeitslosenquote betrug 1959 2,4% und fiel bis 1961 auf 0,8% (19).

Erste Versuche der Ausländerbeschäftigung gab es wieder ab 1955 durch die Anwerbung von Landarbeitern aus Italien, die durch die Bundesregierung, das Arbeitsamt, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber gemeinsam unternommen wurde (20). Bis zum Mauerbau 1961 war die Zahl der Anwerbungen jedoch gering, da genügend Arbeitskräfte aus der DDR abströmten. Ab 1960 wurden Regierungsvereinbarungen mit südeuropäischen und nordafrikanischen Ländern geschlossen, so zum Beispiel 1961 mit der Regierung der Türkei. Von 1960 bis 1973 stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte rapide.

Zum Beispiel wurden aus der Türkei 1960 ca. 2700 Menschen rekrutiert, 1973 aber 615.827 (21). Im Gegensatz zu den Flüchtlingen kamen die zumeist männlichen ausländischen Arbeitskräfte ohne Familien, hatten eindeutig anderen



rechtlichen Status und konnten als 'Konjunkturpuffer' benutzt werden: Anwerbung bei Expansion der Wirtschaft, Rückführung in der wirtschaftlichen Krise.

Bis zur Krise 1966/67 gab es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens der Anwerbung der Ausländer zur Aufrechterhaltung des Wachstums. Rationalisierung der Produktion oder die Begrenzung des Wirtschaftswachstums waren keine Alternativen (22).

Die "Gastarbeiterpolitik" der 60er Jahre war voraussetzungslos, denn auf die Geschichte der FremdarbeiterInnen wurde nie eingegangen. Negiert wurde jede Vergleichbarkeit: "... die nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland zu beobachtende Arbeitskräftewanderung ist mit den Wanderströmen in der Zeit vor 1914 sowie während des 2. Weltkrieges nicht gleichzusetzen. Sie knüpft nicht an historische Entwicklungen an. ..." (23). Somit konnten

Erfahrung und Traditionen der InländerInnen unhinterfragt übernommen werden (24). So wurden die Flüchtlinge aus den sowjetisch besetzten Gebieten gleichgesetzt mit den "Fremdarbeitern" vor Ende des Krieges, obwohl sie formal auch als "deutsch" galten (25).

Mit der Krise von 1966/67 traten die Interessen der unterschiedlichen inländischen Gruppen in Widerspruch: Während der Bundesverband der Arbeitgeber eine kompromißlose Rotation forderte, um sicherzustellen, daß nur Arbeitskräfte ohne Familien kamen, da diese eine Belastung der Infrastruktur dargranten und im Anschluß daran Asylbewerber den negativen Bezugspunkt, so gilt dies nicht für die 70er Jahre. Arbeitsmigration wurde in der Bundesrepublik der 70er Jahre nicht in ethnischen bzw. nationalen terms strittig, sondern "nur" als Problem der Arbeitskräfte mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, als Ausländerfrage diskutiert" (33).

Mit dem 'GESETZ ZUR FÖRDERUNG DER RÜCKKEHRBEREITSCHAFT' von 1984 sank die Zahl der türkischen Bevölkerung in der BRD um 5,4% (34). Diejenigen, die hierblieben, strebten im wachsenden Maße die Selbständigkeit im Dienstleistungsbereich an und bildeten eine 'Mittelklasse' innerhalb der nicht-deutschen Bevölkerung, die immer offensiver die Forderungen nach politischen Rechten erhob. Rechtlich verschärfte sich die Situation durch das 'neue' Ausländergesetz von 1991. Mit der Öffnung der Mauer, der Annexion der DDR und den Reiseerleichterungen in den stellen würden (26), hatten die einzelnen Unternehmer eher das Interesse an längerfristiger Beschäftigung angelernter Arbeitskräfte, was

einen Familiennachzug und die Zufuhr weiterer Arbeitskräfte zur Folge hatte. Anstelle der Rotation trat die Arbeitgeberseite im Lauf der Zeit für von vornherein befristete Arbeitsaufenthalte ein (27).

Auf der anderen Seite sahen die Gewerkschaften die steigenden Spannungen durch die Konkurrenz zwischen inländischen und ausländischen Arbeitskräften. Sie forderten den teilweisen Daueraufenthalt für bestimmte Gruppen und förderten die Integration und traten somit in Gegensatz zu den Arbeitgebern. Dies wurde deutlich im Umgang der sozial-liberalen Bundesregierung mit der Krise von 1973.

Der Nah-Ost-Krieg und die Ölkrise schlugen sich in der Arbeitsmarktsituation nieder. Zur Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit setzte sie den Anwerbestopp von 1973 durch und paßte die Ausländerbeschäftigung der Arbeitsmarktlage an.

Der Vorrang inländischer Arbeitnehmer war verbunden mit einer reaktiven Eingliederungspolitik, die unvermeidbar war zu diesem Zeitpunkt, und der Trennung zwischen EG-Europäern (28). Mit dem Anwerbestopp stieg die Zahl der "illegalen" Einreisen über die Touristen-Visa an (29). Verstärkt durch die Entscheidung, nach 1974 kommenden Ehegatten und Kindern keine Arbeitserlaubnis zu geben, holten viele MigrantInnen ihre Familien ins Inland. Damit war ein Anstieg der MigrantInnen unter 18 Jahren festzustellen, der die Integration in Schule und Ausbildung weiter erschwerte (30).

Mit der Verstärkung des Verbots weiterer Anwerbung 1978, sowie der Einführung der Visumpflicht für immer mehr Länder, stieg die Zahl der Asylantragsteller. Mit der Verschärfung der Lebensbedingungen für Asylbewerber 1980 durch Massenunterkünfte, Arbeitsverbote und dem Ausschluß aus dem sozialen Sicherungssystem ging die Zahl der Asylbewerber zurück (31).

Wie verschiedene Autoren hinweisen (32), ist seit Anfang der 80er Jahre, mit dem Verstärken des Konkurrenzkampfes auf dem Arbeitsmarkt ein Anwachsen der "Ausländerfeindlichkeit", bis hin zu verstärkten rassistischen und faschistischen Tendenzen, festzustellen.

"Läßt sich in der Bundesrepublik Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre verstärkt die Inszenierung von Politik in positiven nationalen Formen beobachten und bildeten seit Anfang der 80er zunächst Arbeitsmigranten früheren RGW-Staaten wurde im hohen Maße die Situation auf dem deutschen und zunehmend europäischen Arbeitsmarkt beeinflusst. Die Arbeitskräfte aus der DDR

werden nicht als ausländische Arbeitskräfte angesehen, und sind somit gegenüber den anderen ausländischen Arbeitskräften privilegiert. Festzustellen ist ein zunehmender Rassismus, der auch von staatlicher Seite geschürt wird.

## Migration als sozialtechnisches Problem

Die Regulierung und Kontrolle von Migration war Bestandteil der Nationalstaatsbildung, auch in Deutschland, zum Zwecke der Herrschaftsausübung. Über Staatsangehörigkeit, Ausländerrecht und Asylrecht wurde die Art und Weise der Teilhabe am Arbeitsmarkt bestimmt und kontrolliert. Mit dem 2. Weltkrieg begann sich in Europa ein Verwertungs- und Vergesellschaftungszusammenhang zu durchzusetzen, den Hirsch (in: Der Sicherheitsstaat; Frankfurt a.M. 1980) als fordistisch bezeichnet hat, und dessen konstitutives Prinzip die Ein- und Ausgrenzung unter den Bedingungen der international ungleichen Lebensbedingungen war (36).

Die Sozialstaatlichkeit des Fordismus existierte auf der Grundlage von Billiglöhnländern und als Kompromißformel für die innerstaatlichen Gewinner der Modernisierung (37). "Unter dem Gesichtspunkt der Klassenverhältnisse bezeichnet die sozialliberale Regierung eine Art von instabilem Kompromiß zwischen der sich hegemonial durchsetzenden Fraktion des technologisch fortgeschrittenen und weltmarktorientierten Monopolkapital einerseits, den gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern und vor allem den quantitativ und politisch zunehmend gewichtigen 'neuen Mittelklassen' der Angestellten und Beamten, die sich von einer staatlichen Modernisierungsstrategie zunächst noch materielle Verbesserungen, z.B. durch die Ausweitung des Staatssektors erhoffen konnten, andererseits. Nicht einbezogen in den Kompromiß wurden die unqualifizierten, insbesondere die ausländischen 'Massenarbeiter'" (38).

Das sozialdemokratische Politikmodell ging von der Steuerbarkeit sozialer Verhältnisse aus, und damit war die Migration weniger ein ideologisches Problem als ein Problem der Regulierung des Arbeitsmarktes (39). So beschäftigte sich das Ausländergesetz von 1965 hauptsächlich mit der Sicherung der Möglichkeiten des Staates für Maßnahmen, die eine zweckmäßige Schließung und Öffnung des Arbeitsmarktes erlaubten (40). Nach dem Anwerbestopp 1973 standen das Primat der Inländerbe-

schäftigung, der Ausschluß arbeitsloser Migranten vom Arbeitsmarkt und die Versperung des Zuzugs von Familienangehörigen im Vordergrund. Bis Ende der 70er Jahre läßt sich die "Ausländerpolitik" als Problem der technischen Handhabung der rechtlichen Möglichkeiten der Diskriminierung zusammenfassen(41). Die Grundlage der Gesetzgebung der BRD ist ein ethnisch interpretiertes Volksverständnis im Grundgesetz, das den Zugang zum Arbeitsmarkt über die Staatszugehörigkeit ethnisch formuliert und so-

mit die Legitimation der staatlichen Maßnahmen immer vor dem Hintergrund der deutschen Wählerklientel vollziehen muß(42).

Seit Mitte der siebziger Jahre stieß der fordistische Vergesellschaftungszusammenhang an die eigenen Grenzen und wurde selbst zum Hemmfaktor einer weiteren Rationalisierung und Modernisierung(43). Mit dem Wandel der staatlichen Steuerpolitik hin zu einer Austeritätspolitik (wirtschaftliche Einschränkung, energische Sparpolitik) zerbrach der bisherige Zusam-

menhang von Massenproduktion und Massenkonsum(45). Durch das Einsetzen eines Verdrängungsprozesses im Kern der deutschen Facharbeiterschaft, bedingt durch fortschreitende Rationalisierung, kam es zu neuen Spaltungen. Arbeitsbedingungen wurden flexibilisiert, und an den Rand gedrängte Produktions- und Dienstleistungssektoren füllten Lücken, die die Strukturanpassung an den Weltmarkt übrig ließ oder neu aufriß(46)

## Plattform für die Arbeit des Schwerpunktes "Rassismus und Flüchtlingspolitik" im Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO)

1. Ziel des Arbeitsschwerpunktes soll es sein, die inhaltliche und praktische Vernetzung der Internationalismusgruppen, die zu Rassismus und Flüchtlingspolitik arbeiten, voranzutreiben. Gleichzeitig soll versucht werden, Kontakte zu Anti-Rassismus, Asyl- und Flüchtlingsgruppen aufzubauen, mit der Möglichkeit, deren Analysen hinsichtlich der konkreten Verhältnisse in der BRD in eine Internationalismusarbeit einfließen zu lassen.

Teilziel wird sein in der Conquista/EG 92 - Kampagne einen Schwerpunkt "Rassismus und Flüchtlingspolitik" zu verankern. Zusammen mit der Flüchtlings- und Anti-Rassismus-Bewegung soll versucht werden, die europäische Flüchtlingspolitik gegenüber den Menschen aus den Ländern der Peripherie und die Kontinuitäten rassistischer Weltbilder sowie deren Funktion anzugreifen.

2. Die weltweiten Fluchtbewegungen sind Ergebnis der auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden Weltwirtschaftsordnung. Sie sind Ergebnis der ökonomischen, ökologischen und politischen Herrschaft der Metropolen über die Länder der Peripherie. Die Tendenz, Europa gegenüber diesen Flüchtlingen abzuschotten, wird bestimmt und gesteuert durch Kapitalinteressen. Vor diesem Hintergrund der Verwertungslogik hat herrschende Flüchtlingspolitik und deren europaweite Abstimmung die Auflage "Flüchtlingsströme" zu kontrollieren und zu regulieren.

Das Interesse der europäischen Bevölkerung, ihren Wohlstand zu verteidigen, fördert tendenziell den Rassismus.

Demgegenüber steht das Recht auf (Über)Leben, das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen und Männer aus den Ländern der Peripherie.

Der Rassismus ist das ideologische Moment, das der herrschenden Flüchtlingspolitik ihre Legitimation verleiht. Die Einstellung und Bewertung von Gruppen von Menschen als Rasse erlaubt eine Hierarchisierung und funktioniert daher als Unterdrückungsmechanismus

Die Kontinuität von Rassismus entspricht der Kontinuität von Kolonialismus und Imperialismus. Als Menschen- und Weltbild ist er seit dem Beginn der Kolonialisierung außereuropäischer Welten das ideologische Instrument zur Unterwerfung und Verwertung dieser Welten.

Internationalismusarbeit muß demnach anti-rassistisch und anti-sexistisch, Asyl- und Flüchtlingsarbeit anti-imperialistisch sein.

Internationalismusarbeit muß die Fluchtursachen benennen, die europäische Asyl- und Migrationspolitik anprangern, und dafür sorgen, daß das Existenzrecht aller Menschen auf der ganzen Welt gesichert wird.

Das bedeutet, daß auch hier in der BRD das Existenzrecht der Flüchtlinge und MigrantInnen gesichert, bzw. hergestellt werden muß. Das heißt im Moment, sich der bundesdeutschen und europäischen Asylrechtsverschärfung und den rassistischen Angriffen auf MigrantInnen und Flüchtlinge entgegenzustellen und sich für gleiche Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen einzusetzen.

3. Der Schwerpunkt soll wie die anderen Kampagnen, bzw. Schwerpunkte auch in die Arbeit des BUKO integriert sein. Die Arbeit aller beteiligten Gruppen soll verbindlich sein. Der Schwerpunkt wird bei dem jährlich stattfindenden Bundeskongreß Rechenschaft über seine Arbeit ablegen.

Kontaktadresse für den Arbeitsschwerpunkt "Rassismus und Flüchtlingspolitik" im BUKO:  
Informationsbüro Nicaragua  
Postfach 101 320  
5600 Wuppertal 1

Die zunächst weiterhin technokratische "Ausländerpolitik" reagiert mit weiterer Abschottung des Arbeitsmarktes nach außen, und, um soziale Spannungen zu verhindern, trat die Integration der hier lebenden Migranten am Ende der siebziger Jahre in den Vordergrund. Je weiter die Krise des 'Modell Deutschland' jedoch fortschritt, desto schwieriger wurde die sozialtechnische Regulierung(47). Die Herrschaftssicherung verschob sich in den achtziger Jahren von einem sozialtechnischen hin zu einem ideologischen Modus(48).

In einer Situation, in der die gesellschaftliche Spaltung immer weiter voranschreitet, gewinnt ein "autoritär-populistischer Diskurs"(49) immer weiter an Bedeutung. Tatsächliche gesellschaftliche Konflikte und Gegensätze werden systematisch dethematisiert. Im "Ausländerproblem", das zum Problem ethnischer Kulturgrenzen wird, drückt sich die Krise aus(50). Die Lösung des "Ausländerproblems" wird somit zum Beitrag der Krisenlösung. Soziale Probleme finden ihren Ausdruck in ethnischen Konflikten(51). Die seit Anfang der achtziger Jahre zunehmende Diskussion um die 'nationale Identität' der Deutschen erklärt die nationale Zugehörigkeit zum privilegierten Faktum. Sie soll das Bedürfnis nach Stabilität in einer immer dynamischer werdenden Umbruchsituation stillen. Diese Identität als Deutscher ist losgelöst von der Gesellschafts- und Staatsform, sowie der realen Geschichte. Als herausragender Punkt sei hier der 'Historikerstreit' erwähnt(52).

Durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Länder, und damit verbunden der Anschluß der DDR an die BRD, haben sich die sozialen Probleme verschärft. Aufgrund der Selbstdefinition der BRD als Repräsentant einer Kulturgemeinschaft, konnte den Ansprüchen der DDR-Bürger und der Ausiedler an Teilhabe nicht widersprochen werden. Die 'Naturhaftigkeit' der Vereinigung ("Es wächst zusammen was zusammengehört", W.Brandt) verbietet eine Diskussion über die Regulation nach ökonomischer Zweckrationalität(53). Während die Hauptkonkurrenz von den qualifizierten 'deutschen' Facharbeitern aus der ehemaligen DDR ausgeht, findet der öffentliche Diskurs über 'Asylbewerber' statt. Probleme dürfen nur gegenüber "Ausländern" durch Ab- und Ausgrenzungsstrategien bearbeitet werden. Gegenüber "Ausländern" ist eine ökonomische Zweckrationalität legitim. Die 'nationale Identität' der Deutschen ist dreifach funktional.

Für die Bürger der ehemaligen

und der neuen BRD als Teilhabe am Prinzip des ökonomischen Wachstums und der sozialstaatlichen Sicherung ohne Konkurrenz durch den internationalen Arbeitsmarkt.

Für die Aus- und Übersiedler als Legitimation für ihr Zuwandererinteresse.

Für die politische Machtelite, die sich als Akteur des Zusammenfindens der Deutschen im Prozeß der Umstrukturierung der politischen Verhältnisse inszenieren kann.

Damit eignet sich die 'nationale Identität' der Deutschen als neue Kompromißformel für auseinanderstrebende Interessen(54).

## 'Ethnizität'

Mit dem Ende der siebziger Jahre, als die Probleme der Integration nach innen (nicht nur der "Ausländer", sondern aller auseinanderfallender Teile der Gesellschaft) immer mehr in den Vordergrund traten und die Grenzen einer sozialtechnischen Problemlösung deutlich wurden, vollzogen auch die Sozialwissenschaften einen Wandel. Lange Zeit herrschte die Vorstellung, daß sich das 'Individuum' gegenüber der 'Gemeinschaft' durchsetze und damit die 'Gemeinschaft' eine traditionale Form sei, während sich die 'Moderne' durch fortschreitende Individualisierung und durch die Auflösung der 'Gemeinschaft' auszeichne(55). Dagegen wird heute 'Gemeinschaft' in den unterschiedlichsten Begrifflichkeiten als "Gegenbild zur abstrakten Vergesellschaftung der Moderne und ihrer identitätsbedrohender Vereinzelung der Individuen"(56) wahrgenommen. Mit dem Verlust der Erklärungskraft der 'Klasse' nahm der linke Diskurs Bezug auf die Alltagswelt. Mit dem Bezug auf Regionalismen sollten die konkreten Alltagserfahrungen zu politischem Bewußtsein führen (Widerstand im Dreyeckland, Freie Republik Wendland, Wackersdorf, ...). So wurde auch anhand von ethnischen Merkmalen den Migranten eine sozialrevolutionäre Rolle zugeordnet(57). Der Begriff der 'Ethnizität' rückte in den Mittelpunkt. Die 'Ethnizität' ist zunächst gekennzeichnet durch "soziokulturelle Gemeinsamkeiten, Gemeinsamkeiten geschichtlicher und aktueller Erfahrung, Vorstellung einer gemeinsamen Herkunft, eine auf Selbst-Bewußtsein und Fremdzuweisung beruhenden kulturellen Identität, die eine Vorstellung ethnischer Grenzen einschließt, und ein Solidaritätsbewußtsein"(58). Ethnizität wird so zu einer quasi-natürlichen 'Kritik der Zivilisation', die die Problematik der Moderne als die unbegründbare Vorherrschaft des

'europäischen weißen Mannes' begreift(59). Propagiert wird die Relativität der Kulturen und ein Nebeneinander in der multikulturellen Gesellschaft. Hier überschneiden sich linke Zivilisationskritik und der 'Ethno-Pluralismus' der Neuen Rechten. So gelingt es der Neuen Rechten "sich der postmodernen Vernunftkritik anzupassen, die ja ebenfalls das 'Abweichende', die 'Pluralität', vor den Ungeheuern bewahren will, die der Traum einer universalisierten Rationalität gebiert."(60) "Der auf 'Gleichheit gerichtete Humanismus' sei wegen seiner 'Panmixie' (Rassenmischung) der Träger des größten Völkermordes, der jemals unternommen wurde (...) wir dagegen sprechen vom menschlichen Pluralismus (...) wobei die europäische als Geburtsstätte 'abendländischer Rationalität' allen anderen Kulturen überlegen ist"(61).

In der Gegenposition wird Ethnizität als soziales Konstrukt gesehen, dessen Funktion "in den sozialen Auseinandersetzungen zu analysieren ist"(62). "Die Ethnisierung oder der Begriff des Volkes löst einen der fundamentalen Widersprüche des Kapitalismus: sein Bestreben, die Gleichheit in der Theorie mit der Ungleichheit in der Praxis zu vereinen. Und er erreicht dies, indem er sich die Mentalitäten der arbeitenden Schichten in der Welt zunutze macht"(63).

Ethnizität dient zur Rechtfertigung und Reproduktion von sozialer Ungleichheit und bietet eine modernisierte Form der Rassentheorie als Kulturtheorie. Ethnizität ist hier falsches Bewußtsein. Die potentiell selbstbestimmungsfähigen Individuen greifen auf kulturelle Tradition zurück und stellen Ethnizität her, wenn ihnen die Möglichkeit der Individualisierung verweigert wird(64). Während im Konzept der Ethnizität die Frage nach der Rolle von 'Gemeinschaft' in der modernen Welt hervorgehoben wird, steht in der Gegenposition die Rolle des 'Individuums' im Mittelpunkt. Welches Verhältnis 'Gemeinschaft' und 'Individualität' in der modernen Gesellschaft haben, ist (...) "vor aller normativer Bewertung dahingehend zu analysieren, wie damit Probleme der jeweils konkreten Lebenssituationen, ökonomische, politische und soziale Verhältnisse durch Individuen und soziale Gruppen bearbeitet werden"(65).

**Andreas (HH)**

Die Quellen für die Anmerkungen (1) bis (65) können beim türkischen Informationsbüro, 3000 Hannover 91, Postfach 91 08 43, angefordert werden.

# Nachrichten aus Cumhuriyet

In den 'Nachrichten aus Cumhuriyet' tauchen immer wieder Begriffe wie "Terroristen" für Mitglieder der PKK oder für Mitglieder türkischer revolutionärer Organisationen auf. Diese Wortwahl entspricht nicht der Meinung der Redaktion, ist aber bei der Wiedergabe der Nachrichten nicht ganz zu vermeiden, will man die Nachrichten (und die Bewertung der Kämpfe von Linken und KurdInnen durch die Presse) nicht verfälschen. Ebenso ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten aus Kurdistan – vor allem was Tote auf Seiten der "Sicherheitskräfte" betrifft – anzuzweifeln. Bei der Zeitung Cumhuriyet handelt es sich um eine liberale, kemalistische Tageszeitung, die vergleichsweise seriösen Journalismus betreibt, die aber, wie alle anderen Tageszeitungen auch, staatstragend ist.

Die Redaktion

## 2.1.92

### MACHTKAMPF ZWISCHEN ÖZAL UND DEMIREL

Der Kampf um die Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche zwischen Staatspräsident Özal und der Demirel-Regierung verhärtet sich. Özal wird vorgeworfen er mache die Regierung arbeitsunfähig, indem er die Zustimmung zu Regierungsentscheidungen verzögere und zu Ernennungen im Verwaltungsbereich verweigere.

## 3.1.92

### AMT DES GOUVERNEURS FÜR DAS AUSNAHME-ZUSTANDSGEBIETS SOLL AUFGEHOBEN WERDEN

Nach einer Erklärung des Innenministers soll das Amt des Supergouverneurs im Südosten aufgehoben und seine Zuständigkeiten auf 74 zu ernennende Gouverneure verteilt werden. Die Entscheidung darüber wird für Ende des Monats erwartet. Der bisherige Gouverneur Cetinkaya, der sich nach dem Bombenanschlag auf das Geschäft seiner Familie in Istanbul beurlauben ließ, wird nicht in sein Amt zurückkehren.

## 4.1.92

### PROTESTE GEGEN HOCHSCHULRAT YÖK

Die Proteste gegen die erneute Ernennung von Dogramaci zum Vorsitzenden des Hochschulrates gehen in der Hauptsache von den in

der Phase des 12. September (unter Dogramaci-TI) entlassenen fast 1300 Hochschullehrer aus, von denen die meisten nach einer Verwaltungsgerichtsentscheidung von vor zwei Jahren wieder eingestellt wurden. Die Professoren wollen ihre Initiativen zur Abschaffung von YÖK und Absetzung von Dogramaci fortsetzen.

## 6.1.92

### 15 FESTNAHMEN BEI DEMONSTRATION IN BAKIRKÖY

Bei einer Demonstration von Özgür Der in Bakirköy/Ist. gegen Folter und Polizeihaft wurden 15 Personen festgenommen.

## 7.1.92

### TÜRKEI VERMITTELT IM KAVKASUS

Außenminister Cetin erklärte, man werde in den azerbeidschanisch- armenischen Auseinandersetzungen vermitteln und sich für einen dauerhaften Frieden im Kaukasus einsetzen. Die Entwicklungen und Probleme dort interessierten die Türkei stark. Man werde mit allen Kaukasus-Staaten diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen aufnehmen.

### PROTESTKUNDGEBUNG VON POLIZEI ZERSTREUT

Ca 200 Personen aus verschiedenen Gecekonduvierteln in Istanbul protestierten gegen die Regierung, die ihre Wahlversprechungen bezgl. der Verbesserung der Wohnsituation in den Gecekondu (Slums) nicht eingehalten habe. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift Wir wollen nicht Polizei, Zerstörung (der Gecekondu), Knüppel, sondern Straßen, Wasser, Häuser. Die Polizei zerstreute die Kundgebung durch Schüsse in die Luft und nahm 10 Personen fest.

## 8.1.92

### DEMOKRAT KONFISZIERT

Die Januarausgabe der oppositionellen Zeitschrift Demokrat wurde wegen eines Artikels von Ismail Besikci zur Kurdenfrage wegen Separatismuspropaganda konfisziert.

## 9.1.92

### WELTBANKVORSCHLAG BEZÜGLICH KIT-BETRIEBEN

Die staatseigenen Betriebe (KIT) sollen nach dem Vorschlag der Weltbank 80 000 bis 120 000 Arbeiter entlassen. Die entlassenen Arbeiter könnten zusätzlich zu Entschädigungen 18 Monate lang Arbeitslosenunterstützung erhalten. Falls die Regierung die Vorschläge der Weltbank bezüglich der KIT-Betriebe annehme, würde sie 600 Mio \$ Kredit erhalten.

### HELSINKI WATCH: 15 FOLTERTOTE

Die internationale Menschenrechtsorganisation Helsinki Watch behauptet, daß in der Türkei in der Zeit von Januar bis Nov. 91 15 Personen in Polizeihaft an Folter gestorben seien.

### HEP-BEZIRKSVORSITZENDER FESTGENOMMEN

Der HEP-Bezirksvorsitzende von Istanbul Gezici wurde nach einer Erklärung der Partei ohne Angabe von Gründen festgenommen.

## 13.1.92

### HEP-VORSITZENDER VERSCHWUNDEN

Der HEP-Bezirksvorsitzende von Siirt, Mehmet Demir ist seit 4 Tagen verschwunden. Die Polizei bestreitet Behauptungen, er sei festgenommen worden.

### TRAUER IN CIZRE

An dem Beerdigungszug für einen getöteten PKK'ler in Cizre nahmen 10 000 Personen teil. Der Sarg war in eine ARGK Fahne gehüllt und es wurden PKK Parolen gerufen. Die Geschäfte blieben in Cizre, Sirnak und Silopi wegen Trauer geschlossen.

## 15.1.92

### GROSSE BESCHULDIGUNG VON DEMIREL AN ÖZAL

Demirel behauptet, daß Özal während seiner Regierungszeit als Ministerpräsident ihm vorgelegte Akten über Veruntreuungen nicht habe bearbeiten lassen. Er habe die Akten in den Archiven verstauben lassen.

### 167 FESTNAHMEN

In Zusammenhang mit den Vorfällen bei der Beerdigung des von Unbekannten ermordeten Studenten Cefin aus Nusaybin wurden 167 Personen festgenommen. Aus Protest führen die Schüler des Gymnasiums einen Unterrichtsboykott durch.



### AUFGEBRACHTE STIMMUNG UNTER POLIZEI

Die Ermordung von 7 Polizeiangehörigen innerhalb von 10 Tagen führte zu einer aufgebrachten Stimmung unter der Polizei. Nach der gestrigen Beerdigung des ermordeten Staatsanwaltes Günaydin, seines Chauffeurs und seines Leibwächters in Istanbul kam es zu einer Demonstration von Polizisten. Eine Gruppe von 150-200 Zivilpolizisten riefen Parolen wie "Nieder mit den Kommunisten", "Die Menschenrechte sind der Feind der Polizisten", "Auch wenn unser Blut fließt, ist der Sieg des Islam", "Wir wollen keine PKK im Parlament", "Blut auf Blut, Rache".  
Cumhuriyet v. 9.2.92

16.1.92

### NUSAYBIN

Von den 167 festgenommenen wurden 64 verhaftet. Während in einigen Orten des Südostens aus Protest die Läden geschlossen wurden, beschloß die PKK in Nusaybin einige öffentliche Einrichtungen mit Raketen.

17.1.92

### ZANA UND DICLE KEINE SHP'LER MEHR

Die aus der HEP stammenden kurdischen Abgeordneten Zana und Dicle sind aufgrund der Proteste wegen ihres Verhaltens im Parlament und der darauffolgenden Diskussionen gestern aus der SHP ausgetreten. Die beiden nunmehr unabhängigen Abgeordneten beschuldigen die Presse, ihre Ansichten verdreht wiedergegeben zu haben. Inönü bedankte sich, daß sie seiner Rücktrittsaufforderung nachgekommen sind.

18.1.92

### DENIZ TEZTEL FREI

Die Redakteurin des Menschenrechtsservice der Tageszeitung Günes, Deniz Teztel, wurde nach 7-monatiger Haft am ersten Tag des Prozesses gegen sie und 28 angebliche Dev-Sol Angehörige freigelassen. Auch die angeklagten Anwälte Bedii Yarayici und Murat Demir wurden freigelassen.

20.1.92

### DISK-GEWERKSCHAFTS-KONGRESS

Auf dem DISK-Gewerkschaftskongress, dem ersten nach 12 Jahren, wurde das einzige noch lebende Gründungsmitglied von DISK, der ehemalige Vorsitzende der Nahrungsmittelgewerkschaft Gıda-İs, Kemal Nebioglu als Nachfolger des vor kurzem verstorbenen Abdullah Bastürk zum neuen Vorsitzenden gewählt.

### LÄDEN IN NUSAYBIN GESCHLOSSEN

Das von unbekanntenen Personen getötete HEP Vorstandsmitglied Abdurrahman Sögüt wurde gestern beerdigt. Aus Protest schlossen die Händler in Nusaybin gestern ihre Läden. Auf der Trauerfeier riefen die etwa 3000 Anwesenden Die Mörder sollen gefunden werden, die Kontra-Guerilla soll zur Rechenschaft gezogen werden.

21.1.92

### KULTURPAKET FÜR TURKSTAATEN

Das Außenministerium hat ein Kulturpaket für die Turkstaaten der ehemaligen Sowjetunion vorbereitet. Mit dem Paket soll die Liebe zur Türkei verbreitet werden. Das Paket sieht verschiedene Aktivitäten im Kunst-, Bildungs- und Wissen-

schaftsbereich vor, u.a. ein Wörterbuch der türkischen Sprachen, Kulturzentren mit Büchereien, türkische Schulen, Öffnung der türkischen Universitäten für Studenten aus diesen Staaten und religiöse Aktivitäten mit dem Ziel, die religiösen Entwicklungen in den Turkstaaten dem türkischen Modell anzugleichen.

22.1.92

### MOBILE EINHEITEN GEGEN DEN TERROR

In Istanbul sollen die zivilen Polizeieinheiten verstärkt werden. Außerdem werden dort speziell ausgebildete Gendarmen gegen den Terror stationiert. Das Dorfwächtersystem im Südosten soll beibehalten werden. Die Ausbildung der Einheiten für Operationen im Südosten ist beendet, sie sollen mit zusätzlichen Helikoptern, Panzern, Nachtsichtgeräten usw. ausgestattet werden.

23.1.92

### MODERNISIERUNG DER STREITKRÄFTE

Bis Ende des Jahres soll nach Angaben von Generalstabschef Güres im Rahmen der Modernisierung der Streitkräfte die Anzahl der Soldaten von 450 000 auf 300 000 gesenkt werden.

24.1.92

### WEITERE PROTESTE GEGEN DGM- STAATSANWALT DEMIRAL

Die Proteste gegen den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts (DGM) Demiral verstärken sich. Demiral hatte in einem Untersuchungsbericht gegen die 22 aus der HEP stammenden Abgeordneten gefordert, die Immunität der kurdischen Abgeordneten wegen ihres Verhaltens im Parlament aufzuheben, damit man sie unter Forderung der Todesstrafe anklagen könne (Auf Separatismuspropaganda steht Todesstrafe -TI). Er vertrat in dem Bericht, daß die Immunität nicht für Abgeordnete zu gelten habe, die die Unteilbarkeit des Landes und der Nation in Frage stellten. Der Parlamentspräsident Isiklar (SHP) forderte die Suspendierung Demirals vom Dienst, nachdem Parlamentspräsident Cindoruk (DYP) ihn bereits scharf angegriffen und die Redefreiheit im Parlament verteidigt hatte.

### DEMONSTRATION GEGEN MILITÄROPERATION IN SILOPI

Gegen eine Militäroperation mit Panzern, Kampfflugzeugen und

Hubschraubern bei Silopi demonstrierten etwa 10 000 Menschen. Die Tiefflüge der Kampfflugzeuge und Hubschrauber über der Demonstration ließen die Spannung noch ansteigen.

**25.1.92**

### **SPANNUNGSGELADENE BEERDIGUNG IN SILOPI**

Der Neffe des Bürgermeisters von Silopi, der nach den Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften bei der Demonstration gegen die Militäroperationen vorgestern getötet worden war, wurde gestern beerdigt. Der Beerdigungszug wandelte sich in eine Demonstration von ca 25 000 Menschen, die gelbe, rote und grüne Fahnen trugen. (Gelb und grün sind die Farben Kurdistans -TI)

### **PROTESTIERENDE STUDENTEN NIEDERGEKNÜPPELT**

Etwa 50 Studenten, die vor dem Erziehungsministerium eine Protestkungebung gegen den Hochschulrat YÖK abhielten, wurden von der Polizei niedergeknüppelt und festgenommen. Die Studenten wollten die Unterschriften, die sie gegen die erneute Ernennung von Dogramaci zum YÖK-Vorsitzenden durch Özal gesammelt hatten, dem Erziehungsminister übergeben.

**26.1.92**

### **PKK-BOMBEN IN ISTANBUL**

Im geschlossenen Bazar (Kapalicarsi) und in der Ataköy Galerie in Istanbul explodierten gestern zwei Bomben. Zu dem Anschlag in Kapalicarsi, bei dem 1 Mann getötet und 12 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, bekannte sich die PKK. PKK-Führer Öcalan hatte bei einem Gespräch Anfang Dezember 91 mit Journalisten angekündigt, daß, wenn man die PKK in den Bergen bombardiere, die PKK den Kapalicarsi bombardieren werde. Die Streitkräfte hatten vom 8. bis 11. Januar die Cudi-Berge bombardiert, wobei eine große Anzahl von PKK'ern ums Leben gekommen sein soll.

**27.1.92**

### **PARTEIKONGRESS DER SHP**

Nach harten parteiinternen Auseinandersetzungen wurde Erdal İnönü mit 516 zu 486 Stimmen Vorsprung vor seinem Gegner Deniz Baykal auf dem 7. außerordentlichen Parteikongreß der SHP erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. İnönü gewann die Vorstandswahlen bereits zum dritten Mal gegen Baykal und konnte so auch seinen Platz in

der Regierung behaupten.

### **BEAMTENDEMONSTRATION**

5000 Beamte demonstrieren gestern in Istanbul für das Recht, sich gewerkschaftlich organisieren zu dürfen.

**28.1.92**

### **SCHLAG FÜR DIE PKK**

Ministerpräsident Demirel erklärte gestern nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, daß bei den seit 8.1. andauernden Operationen im Südosten der PKK ein schwerer Schlag versetzt wurde. Mehrere wichtige Stützpunkte seien aus der Luft vernichtet worden. Der für Frühjahr erwarteten Großoffensive der PKK werde man zuvorkommen. Zu den Bombenanschlägen in Istanbul erklärte gestern die Europavertretung der PKK, daß sie nichts damit zu tun hätten. Es sei nicht die Art der PKK Bomben an Orte zu legen, an denen sich viel Zivilbevölkerung aufhält. Die Anschläge könnten eine Provokation der Konter-Guerilla sein.

### **FOLTER AN KINDERN**

Die Menschenrechtsorganisation Helsinki Watch legte in Istanbul ihren Bericht über die Türkei vor mit dem Titel: Eine übliche Sache: Folter an Kindern in der Türkei. Nach dem Bericht werden in der Türkei Kinder zwischen 12 und 17 Jahren, sogar noch jüngere in Polizeihaft genommen und gefoltert.

**29.1.92**

### **POLIZEIKOMMISSAR IN ISTANBUL ERSCHOSSEN**

In Pendik/Ist. wurde von unbekannt Personen, die, wie später erklärt wurde, der Organisation TKP-ML/TIKKO angehören sollen, ein Polizeikommissar erschossen. Der Polizeibeamte, der seit 18 Jahren im Dienst ist, hatte vorher in der Abteilung für Ruhe und Sicherheit und bei der schnellen Eingreiftruppe Dienst getan.

### **TBKP WEGEN SEPARATISMUS OFFIZIELL VERBOTEN**

Das durch das Verfassungsgericht im Juli 91 ausgesprochene Verbot der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei TBKP trat mit der Veröffentlichung im Amtsblatt gestern in Kraft. Die Begründung des Verbotes: Die TBKP ziele zwar nicht auf die Herrschaft einer Klasse über die andere ab, in diesem Punkt habe die Partei die traditionelle marxistische Herangehensweise grundlegend revidiert. Im Parteiprogramm werde aber mit dem Satz in der Verfassung muß die Existenz der

Kurden anerkannt werden Separatismus betrieben.

### **YENI ÜLKE WEGEN TODESANZEIGEN KONFISZIERT**

Die letzte Ausgabe der Zeitung Yeni Ülke wurde wegen 5 Todesanzeigen konfisziert, die nach dem Staatssicherheitsgericht der Unteilbarkeit des Landes widersprächen.

**31.1.92**

### **ULTIMATUM DES STAATSPRÄSIDENTEN AN HEP**

Der Sprecher des Staatspräsidenten Toperi begann eine neue Diskussion um die aus der HEP stammenden Abgeordneten. Er sagte: Diejenigen, die mit den Farben, die sie tragen (HEP Abgeordnete haben bei der Vereidigung kurdische Farben getragen -TI), und mit ihren Erklärungen eine Terrororganisation unterstützen, sollen vom Rednerpult des Parlamentes aus offen erklären, ob sie Anhänger dieser Organisation sind oder nicht.

### **MARSCHIERENDE ARBEITER WERDEN MEHR**

Nach den über 400 städtischen Arbeitern aus Izmir, die sich wegen ihrer Entlassung seit 25 Tagen auf einem Marsch nach Ankara befinden, haben nun auch 150 der 298 entlassenen Arbeiter von Toros Dünge aus Adana einen Marsch nach Ankara begonnen.

**1.2.92**

### **HEP DISKUSSION VERHÄRTET SICH**

Staatspräsident Özal, der die aus der HEP stammenden SHP-Abgeordneten aufgefordert hatte, im Parlament zu erklären, ob sie die PKK unterstützten oder nicht, wird von diesen beschuldigt, er versuche mit der Diskussion von den Veruntreuungsvorwürfen abzulenken, in die auch sein Sohn verwickelt sei. Özal verhalte sich wie ein Untersuchungsrichter und versuche die Koalition zu zerstören. Die Sprecher der ANAP und der DYP erklärten, daß ihre Parteien die Forderung Özal's unterstützten.

**2.2.92**

### **PROTESTDEMONSTRATION GEGEN FOLTER UND POLIZEIHINRICHTUNG**

Ca 1000 Personen aus verschiedenen Gewerkschaften und demokratischen Vereinen demonstrieren gestern in Istanbul unter starken Sicherheitsvorkehrungen der Polizei

gegen Folter, gegen die Erschießungen durch die Polizei und das Verschwinden von Personen. 3 Personen wurden festgenommen.

**3.2.92**

### PKK WARNT DEUTSCHE TÜRKEIBESUCHER

Die PKK warnt in einer Erklärung die Deutschen, in die Türkei zu fahren. Der türkische Staat befinde sich im Krieg gegen die PKK und die deutsche Regierung unterstütze diesen Krieg. Erst vor kurzem habe man der Türkei aus ehem. NVA-Beständen 140 000 Kalaschnikov geschickt. Die Deutschen sollten, gleich aus welchen Gründen nicht in die Türkei reisen, wenn sie keinen Schaden erleiden wollten.

**4.2.92**

### TERROR GEGEN POLIZEI IN ISTANBUL UND ADANA

In Istanbul und Adana wurden zwei Polizeiwagen mit Maschinengewehren beschossen. In Istanbul starben 3 Polizisten der Anti Terror Abteilung, in Adana 1 Polizist der Sicherheitsabteilung. Zu beiden Anschlägen bekannte sich Dev Sol.

### MARSCH NACH ANKARA BEEENDET

Die städtischen Angestellten aus Izmir wurden am 28.Tag ihres Marsches nach Ankara 15 km vor ihrem Ziel von der Polizei in Busse verfrachtet und nach Izmir zurückgeschickt. Auf der Ministerratssitzung, zu der auch Vertreter der Arbeiter geladen wurden, erklärte man, daß alle Rechte der Arbeiter von der Regierung garantiert würden.

**7.2.92**

### ANSCHLAG AUF OBERSTAATSANWALT

Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Istanbul fiel zusammen mit seinem Leibwächter und seinem Chauffeur einem Anschlag zum Opfer. Zu dem Anschlag bekannten sich sowohl Dev Sol/Bewaffnete revolutionäre Einheiten, als auch die aus THKP-C und MLSPB zusammengesetzte Rote Armee.

### 3000 ZUSÄTZLICHE POLIZISTEN FÜR ISTANBUL

Regierungssprecher Gönen erklärte gestern, daß der Ministerrat beschlossen habe, gegen die zunehmenden Terrorvorfälle in Istanbul 3000 zusätzliche Polizisten einzusetzen.



### AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN LINKEN UND RECHTEN STUDENTEN

An der Istanbul Universität kam es zu Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Studenten. Bei dem Vorfall, bei dem ein nationalistischer Student mit einer Pistole auf die Linken schöß, wurden 20 Personen durch Steine und Stockschläge verletzt. Etwa 150 Faschisten hatte eine Gruppe von revolutionären Studenten angegriffen. Die umstehenden Zivilpolizisten griffen bei der Schlägerei nicht ein. Erst als eine Einheit der schnellen Eingreiftruppe kam, zerstreuten sich die Gruppen. Während von den Faschisten niemand festgenommen wurde, wurden einige Linke festgenommen. Cumhuriyet v. 3.3.92

**8.2.92**

### - POLIZEIANGRIFF AUF JOURNALISTEN

Bei der Beerdigungsfeier für die in Adana einem Anschlag zum Opfer gefallenen Polizisten wurden drei Journalisten von den anwesenden Polizisten verprügelt. Nach Parolen wie Blut gegen Blut, Rache, Terroristenpresse rief ein Polizist: Diesen Journalisten kennen wie, er ist ein Kommunist, schlägt ihn. Daraufhin wurde ein Journalist der Zeitung Cumhuriyet von 30 -40 Polizisten geschlagen und auf die Wache mitgenommen. Auch zwei Journalisten anderer Tageszeitungen wurden verprügelt. Ein Gruppe Polizisten zog vor das Gebäude des Menschenrechtsvereins und rief Nieder mit den Menschenrechten (Nachricht v.8.u.10.2.-Ti)

**9.2.92**

### FOLTERVORWURF

Die politischen Gefangenen im geschlossenen Zentralgefängnis Ankara behaupten, gefoltert worden und bei Hungerstreiks mit Besuchsverbot belegt worden zu sein. Diese Behandlung habe mit der Flucht zweier Gefangener am 29.10.91 begonnen.

**11.2.92**

### SÜDOSTEN IN ZAHLEN

Nach Angaben von Innenminister Sezgin sehen die neuesten Zahlen für den Südosten so aus: \* 12% (12 438) der Polizisten und 34% (57 301) der Gendarmen sind im Ausnahmezustandsgebiet und den angrenzenden Regierungsbezirken eingesetzt.

\* In dem Gebiet befinden sich 14 683 Personen aus der Kommandantur der Streitkräfte.

\* Die Anzahl der Vorfälle (1988: 315 Vorfälle) ist im Jahr 1991 auf 1991 Vorfälle gestiegen

\* Vorfälle mit Toten: 1988 starben 148 Personen bei Vorfällen, 1991 418 Personen

\* Der Haushaltsantrag der Sicherheitsgeneralkommandantur (Polizei) beträgt im Vergleich zum Vorjahr mit 76% Steigerung 7 Trill. 35 Mrd. TL. Die Gendarmengeneralkommandantur beantragte bei ihrem Haushalt im Vergleich zu 91 mit 113% Steigerung 3 Trill. 926 Mrd TL.

### **RADIKALER ISLAMISCHER KALENDER**

Ein in Deutschland in einer Auflage von 2 Mio kostenlos verteilter Kalender des türkischen Amtes für Religionswesen enthält Vorurteile und fanatische Ansichten der islamischen Fundamentalisten. So wird darin u.a. von der Schädlichkeit der Universitäten gesprochen, davon daß Frauen sich verhüllen müssen und die Juden als der größte Feind bezeichnet.

**12.2.92**

### **DEMIREL IM WEISSEN HAUS**

US-Präsident Bush schlug Demirel bei seinem USA Besuch enge Zusammenarbeit der Türkei mit den USA in Mittelasien vor. Das US Außenministerium erklärte, daß Bush den Einfluß der Türkei in Mittelasien dem des Iran vorziehe. Die Türkei könne ein Modell für die Staaten in Mittelasien sein. Ihre demokratisch-laizistischen Strukturen und die freie Marktwirtschaft sind Eigenschaften, die man auch für diese Staaten wünsche.

### **KEINE ANKLAGE WEGEN FOLTER**

Die Bezirksverwaltung Adana beschloß, daß es nicht nötig sei, die 5 Polizisten anzuklagen, die im August letzten Jahres eine Krankenschwester gefoltert und vergewaltigt haben sollen. Es gebe nicht genug Beweise, die für eine Untersuchungseröffnung durch die Staatsanwaltschaft reichten.

### **INNENMINISTER BEURTEILT SÜDOSTEN**

Innenminister Sezgin ist der Meinung, daß das Problem des Südostens bisher falsch eingeschätzt worden sei, deshalb sei man im Kampf gegen den Terror bisher erfolglos gewesen. Man habe nun begonnen, mit den gleichen Methoden wie die PKK, die einen Guerillakampf führe, zu kämpfen. Sezgin:

Dort haben uns bisher nur die Tage gehört, nicht die Nächte. Aber ab jetzt gehören uns auch die Nächte.

### **ANGRIFFE MIT RAKETENWERFERN**

Die PKK griff einige staatliche Einrichtungen in Cizre mit Raketenwerfern an. Durch die Schüsse der Polizeipanzer seien bei dem anschließenden Gefecht eine große Anzahl Fensterscheiben zerbrochen und 6 Personen verletzt worden.

**14.2.92**

### **BESIKCI WIEDER UNTER ANKLAGE**

Ismail Besikci und der Besitzer des Yurt Verlages, die vorgestern wegen Besikcis Buches Brief an die Unesco wegen Verstoß gegen die Unfeilbarkeit des Staates und der Nation auf Anordnung des Staatssicherheitsgerichtes Ankara festgenommen worden waren, wurden gestern vorläufig wieder freigelassen. Besikci wird nach 8 des Anti-Terror-Gesetzes angeklagt.

### **CIA-UNTERSTÜTZUNG GEGEN PKK**

Bei dem Gespräch zwischen CIA Chef Gates und Demirel bei dessen USA-Reise versprach Gates Unterstützung gegen den PKK-Terror und Zusammenarbeit jeglicher Art.

### **PKK-DROHUNG**

Der Sprecher des militärischen Flügels der PKK, der ERNK, erklärte im schwedischen Radio, daß die PKK ihre Aktionen gegen Personen wie gegen Einrichtungen sowohl im Südosten als auch in den großen Städten 1992 noch ausdehnen werde. Diese sind Ziele unseres Krieges sagte er.

### **GEBRAUCH DES WORTES DER-SIM IST TERRORVERGEHEN**

Der Bürgermeister von Tunceli, Mehmet Kocademir, wird vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara wegen des Terrorvergehens der Propaganda gegen die Unfeilbarkeit der Nation nach dem Anti-Terrorgesetz mit einer Strafforderung von 2-5 Jahren Gefängnis angeklagt. Kocademir hatte bei einem Essen der SHP-Spitze in Ankara anstelle von Tunceli von Dersim gesprochen. Dersim ist der alte (und kurdische -Ti) Name des Bezirks Tunceli.

**15.2.92**

### **TERRORSPANNUNG IN CIZRE**

In Cizre, das in den letzten 4 Nächten Schauplatz von PKK-Angriffen auf Regierungs-, Polizei- und Justizge-

bäude war, herrscht angespannte Stimmung, viele Bewohner verlassen die Stadt wegen der ausgedehnten Gefechte. Die ERNK verteilte Flugblätter mit dem Aufruf an kurdische Soldaten, die Seiten zu wechseln.

**16.2.92**

### **BLUTIGER TAG IN MARDIN**

In drei Dörfern bei Mardin wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Gendarmen und Dorfwohnern 6 Personen zwischen 10 und 20 Jahren erschossen. Die Gendarmen hatten versucht, 4 Frauen festzunehmen.

In Diyarbakir wurde ein Grundschullehrer von einer unbekanntenen Person erschossen. Der Lehrer war zuvor mehrmals wegen Unterstützung der PKK festgenommen und dann wieder freigelassen worden.

### **MILITÄRDIENTST VERKÜRZT**

Ab August wird der Militärdienst auf 15 Monate verkürzt. Die weitere geplante Verkürzung auf 12 Monate wird nach den Erfordernissen der Armee festgelegt werden. Verteidigungsminister Ayaz widersprach Gerüchten, daß die in diesem Jahr einzustellenden 22 000 Zeit- oder Berufssoldaten vorwiegend in den Südosten geschickt würden.

**19.2.92**

### **ERNEUT ANSCHLAG AUF STAATSANWALT**

In Bursa wurde bei einem Anschlag Staatsanwalt Nural Ucurum schwer verletzt, sein Fahrer und sein Leibwächter starben. Ucurum war 1988 Staatsanwalt am Gefängnis in Aydin gewesen, als zwei Häftlinge während der großen Hungerstreiks und Protestaktionen gegen die Augustverordnung für die Gefängnisse starben. Bei seiner Versetzung nach Bursa 1990 löste dies bei linken Gefangenen in Bursa Proteste aus. Bei Operationen nach dem Anschlag auf Ucurum wurden 15 verdächtige Personen festgenommen.

### **MASSAKERPROBE**

Die aus sechs SHP-Abgeordneten bestehende Untersuchungskommission für die Vorfälle in Mardin, bei denen 6 Personen getötet wurden, bewertete den Vorfall als Massakerprobe des Staates. Die Bevölkerung der Dörfer habe versucht, die Verhaftung der 4 Frauen zu verhindern, indem sie sich den Gendarmen in den Weg stellten. Daraufhin sei Schießbefehl gegeben worden. Zu Hilfe kommende Personen aus Nachbardörfern seien unter Drohungen zurückgeschickt worden. Die



meisten der Toten seien an Blutverlust gestorben, da die Fahrer der Kleinbusse, die die Verletzten transportieren wollten, festgenommen wurden. Fünf Stunden lang sei niemand in und aus dem Dorf gelassen worden. Auch Ambulanzen wurden zurückgeschickt.

**22.2.92**

### FEUER AUF DEMONSTRATION IN MIDYAT

Bei einer Protestdemonstration gegen die Vorfälle im Südosten in den letzten Tagen wurde das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Dabei starb ein Demonstrant, eine große Anzahl an Personen wurde festgenommen. Die aus den Dörfern kommenden Menschen, die an der Demonstration teilnehmen wollten, wurden von Sicherheitskräften aufgehalten.

**26.2.92**

### DEMONSTRATION IN BATMAN

An dem Beerdigungszug für den ermordeten Journalisten Altun nahmen 25 000 Menschen teil. Die Geschäfte in Batman blieben geschlossen, die Busfahrer streikten, die Schüler boykottierten den Unterricht. Die Militärs ließen von außerhalb kommende Beerdigungsteilnehmer nicht in die Stadt.

gungsteilnehmer nicht in die Stadt.

**27.2.92**

### ABGEORDNETE AUS DEM SÜDOSTEN FORDERN WAFFENSTILLSTAND

In einem Gespräch mit Ministerpräsident Demirel forderten 27 Abgeordnete aus dem Südosten (die meisten aus der HEP stammend) die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Dorfwächtersystems. Sie überreichten Demirel eine Deklaration, die Vorschläge zur Durchführung eines Waffenstillstandes in der Region enthält und sprachen mit Demirel über das Frühjahrssyndrom der Bevölkerung. (Nachdem in Regierungs- und Militärkreisen von einer großen Frühjahrsoffensive der PKK die Rede war, kündigte man an, dieser Offensive mit allen Mitteln zuvorzukommen. Die Bevölkerung befürchtet nun Massaker durch Armee und Kontra-Guerilla (-TI) Demirel erklärte, daß der Ausnahmezustand beibehalten werde, da man keine andere Lösung gefunden habe, daß aber von der Planung eines Massenmordes im Frühjahr keine Rede sein könne.

**28.2.92**

### DEMIREL SUCHT MODELL

### FÜR DEN SÜDOSTEN

Der Ausnahmezustand für den Südosten wurde um vier Monate verlängert. Da İnönü Demirel davon überzeugen konnte, daß der Ausnahmezustand keine Lösung für die Probleme sei, wurde eine Kommission gebildet, die nach einem neuen Modell für den Südosten sucht.

### FLUCHT IN KAYSERI

Vorgestern sind aus dem Gefängnis Kayseri 11 politische Gefangene der Organisation TIKKO durch einen 150 Meter langen Tunnel geflohen, den sie in zweimonatiger Arbeit gegraben hatten.

### WAFFENSTILLSTANDS-DEKLARATION

Die vorgestern von 49 meist kurdischen Abgeordneten aus fast allen Parteien unterzeichnete und von den aus der HEP kommenden Abgeordneten initiierte Deklaration an Demirel enthält Vorschläge für einen Waffenstillstand im Südosten. Die Regierung solle nach den Vorschlägen den Ausnahmezustand aufheben, eine Generalamnestie ausrufen und das Anti-Terrorgesetz sowie alle antidemokratischen Gesetze und Verordnungen aufheben.

**2.3.92**

### PKK-FAHNEN IN ISTANBUL

Die Kundgebung der HEP in Istanbul unter dem Motto Alle Völker sind Brüder, Schluß mit den Massakern wandelte sich in einen Massenaufrufmarsch der PKK. Auf der Kundgebung, an der etwa 2000 Personen teilnahmen, wurden PKK Fahnen geschwenkt und Parolen wie Es lebe die PKK, es lebe Kurdistan gerufen. Die Kundgebung fand unter starkem Polizeiaufgebot statt, jeder Kundgebungsteilnehmer wurde mindestens dreimal durchsucht.

**3.3.92**

### LUFTOPERATION GEGEN PKK DAUERT AN

Auch gestern dauerten die Luftoperationen mit Kampfflugzeugen gegen PKK-Lager im Gebiet Harkuk bei den Cudi Bergen, 10 km in den Irak hinein, an.

**5.3.92**

### DIE HÖLLE VON ZONGULDAK

Nach dem schweren Bergwerksunglück in Koşlu/Zonguldak vorgestern abend wurden bisher 104 Leichen geborgen, 200 Arbeiter sind noch unter Tage, für sie besteht keine Hoffnung mehr. Der Brand dauert



### NATIONALISTISCHE UND ISLAMISCHE KUNDGEBUNGEN

Anläßlich des Beginns des Fastensmonats kam es nach dem Freitagsgebet in Istanbul und Ankara zu Solidaritätskundgebungen der islamischen und nationalistischen (faschistische graue Wölfe -TI) Bewegung mit Azerbeidschan. Die Nationalisten haben eine großangelegte Solidaritätskampagne mit Azerbeidschan, koordiniert durch Türkenklub Vereine (Türk Ocaklari), begonnen. Cumhuriyet v. 7.3.92

an. Es stellte sich heraus, daß bereits 25 Minuten vor der Explosion eine gefährlicher Anstieg von Metangas auf dem Computer verzeichnet wurde, daß jedoch kein Alarm gegeben und keine Vorkehrungen getroffen worden waren.

### **PKK RUFT ZUM NATIONALEN AUFSTAND AUF**

In einer Erklärung der ERNK ruft die PKK für das Newroz Fest 1992 zum nationalen Aufstand, zur Bildung einer nationalen Armee und eines nationalen Parlamentes auf.

### **WIEDEREINBÜRGERUNG**

Das Parlament beschloss ein Gesetz, nach dem die 227 Personen wieder eingebürgert werden, die, nachdem sie wegen Anklagen nach den 141, 142, 163 TStGB ins Ausland geflüchtet waren, ausgebürgert worden waren.

**6.3.92**

### **DISKUSSION UM SCHLISSUNG DER GRUBEN IN ZONGULDAK**

Nach dem bisher größten Grubenunglück in Zonguldak sprach sich unter anderem Staatspräsident Özal erneut für eine Schließung der Gruben aus, da sie technologisch veraltet und unergiebig seien. Bereits vor einem Jahr bei dem Protestmarsch der Kohlearbeiter auf Ankara, bei dem sie u.a. mehr Sicherheit für die Gruben gefordert hatten, war mit der Schließung der Gruben gedroht worden. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Denizer bezeichnete die Vorschläge zur Schließung der Gruben als Grabräuberei. An mehreren Universitäten in Istanbul protestierten Studenten gegen das Unglück mit der Parole: Zonguldak ist kein Unfall, sondern ein Massaker.

### **POLIZEIKUNDGEBUNG IN SIRNAK**

Nachdem vorgestern ein Polizist von der PKK getötet worden war, veranstalteten gestern morgen etwa 100 Polizisten eine Protestdemonstration in Sirnak. Sie verprügelten dabei eine große Anzahl von Bürgern mit Knütteln und Waffen und zerstörten mehrere Geschäfte. Etwa 82 Personen, hauptsächlich städtische Arbeiter wurden verletzt. Die sich auf einer Reise durch den Südosten befindende Delegation aus SHP und DYP Abgeordneten, die nach diesen Vorfällen in Sirnak eintraf, wurde mit geschlossenen Geschäften empfangen. In gleicher Weise waren sie bereits am Tag zuvor in Idil empfangen worden, man hatte ihnen zugerufen kommt nicht noch

einmal hierher.

**7.3.92**

### **KEINE GASMASKEN**

Nachdem es zu Unstimmigkeiten über den Zeitpunkt des Grubenunglücks in Kozlu gekommen ist, da die staatliche Bergwerksgesellschaft TTK entgegen den ersten Angaben den Zeitpunkt der Explosion um zwanzig Minuten vorverlegte, (es war kein Alarm ausgelöst worden obwohl bereits eine halbe Stunde zuvor ein gefährlicher Anstieg von Metangas gemessen worden war), wurde nun auch noch bekannt, daß die nach den Sicherheitsvorschriften vorgeschriebenen Gasmasken von der TTK nicht angeschafft worden sind. Mit den Masken hätte ein großer Teil der Arbeiter vor dem Erstickungstod gerettet werden können. Die TTK hatte bereits mehrmals bei Sicherheitsüberprüfungen u.a. wegen fehlender Gasmasken Strafen zahlen müssen.

**9.3.92**

### **ÖZAL BETÄTIGT SICH ALS OPPOSITIONSFÜHERR**

Daß Staatspräsident Özal es auf die Regierung abgesehen hat, ist nicht mehr zu verheimlichen. Er empfahl den ANAP-Abgeordneten eine harte Opposition und gab ihnen die entsprechenden taktischen Anweisungen. Seit Antritt der Regierung hatte Özal bereits häufig bei Verfügungen mit Gesetzeskraft und bei Gesetzen sein Veto als Staatspräsident eingelegt und so die Regierungsarbeit behindert. Nun hofft er darauf, daß sich die Regierung bei den Haushaltsdebatten verschleißen werde und fordert die ANAP Abgeordneten auf, dies voranzutreiben.

**10.3.92**

### **2 PKK-LAGER BOMBARDIERT**

Nach Angaben des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebietes wurden bei einer seit dem 7.März andauernden Luftoperation gegen PKK-Lager im Irak am 9.3. 2 Lager zerstört.

### **BERGARBEITER-DEMONSTRATION**

5000 Bergarbeiter in Zonguldak demonstrierten gestern für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Die Bergarbeiter deren Grube noch wegen der Explosion geschlossen ist, sollen ab 13.3. unbefristet in unbezahlten Urlaub geschickt werden. Sie befürchten, daß sie danach entlassen werden.

**11.3.92**

### **FOLTERTOD IN BATMAN**

Nach Angaben des Menschenrechtsvereins Batman wurde der 18-jährige Burhan Serik bei der Folter ermordet. Vor einer Woche waren in einem Dorf bei Batman 16 Personen festgenommen worden. 4 Tage später wurde den Angehörigen Serik's dessen Leiche übergeben. Die Polizei behauptet, er habe in der Polizeihaff Selbstmord begangen. Auf einer Landstraße bei Batman wurde die Leiche eines Mannes gefunden, der durch Schüsse in den Kopf und die Knie ermordet worden ist.

**12.3.92**

### **UNIBESETZUNG BEENDET**

Die Besetzung des Rektorats der Bogazici Universität aus Protest gegen das Grubenunglück in Zonguldak wurde nach 3 Tagen gestern durch Spezialeinheiten der schnellen Eingreiftruppe beendet. Alle 27 Studenten wurden festgenommen. Eine Gruppe von Unterstützern der Besetzer sowie einige Journalisten wurden vor der Universität von der Polizei verprügelt.

### **VORKEHRUNGEN GEGEN PKK-AUFSTAND**

Als Vorkehrung gegen den in der Zeit des Nevroz Festes (21.März) erwarteten PKK-Aufstandes wurden mehrere Militär- und Panzereinheiten zusätzlich in den Südosten verlegt. Unter dem Stichwort Frühlings-syndrom gehen Gerüchte um, daß die PKK an Nevroz große Aktionen beginnen werde und daß andererseits der Staat Massaker verüben werde.

**13.3.92**

### **PKK RUFT ZUR KRIEGSBEREITSCHAFT AUF**

In Flugblättern, die die PKK im Südosten verteilte, erklärt sie, daß die türkische Armee einen Massenvernichtungsfeldzug plane und ruft die Bevölkerung dazu auf, sich auf den Volkskrieg vorzubereiten. Die Bevölkerung solle Vorräte anlegen, Bunker bauen, Kommunikationsnetze schaffen, und sich bewaffnen.

**17.3.92**

### **SPANNUNGEN IM SÜDOSTEN STEIGEN**

Bei Kämpfen zwischen der PKK und Sicherheitskräften im Bezirk Cizre vorgestern abend, die bis zum Morgen andauerten, wurde eine Person getötet. Da die Spannungen anstei-

gen, wurde Polizeiverstärkung aus Konya nach Cizre gebracht. Als Reaktion auf die Kämpfe hielten sich gestern tausende von Menschen auf den Straßen von Cizre auf. Die Tiefflüge von Militärhubschraubern über der Stadt wurden verstärkt.

**18.3.92**

### **EXPLOSION IM POLIZEIGEBÄUDE GAYRETTEPE/ISTANBUL**

Bei dem Versuch, in der Terrorbekämpfungsabteilung der Polizei eine Bombe zu entschärfen, kam es nacheinander zu drei großen Explosionen. Drei Polizisten wurden getötet, 16 weitere verletzt, ein Teil des Gebäudes wurde zerstört. Die Bombe und explosives Material waren zuvor bei Operationen gefunden worden und zur Entschärfung in die Sicherheitskommandantur gebracht worden.

### **AUSNAHMEZUSTAND VERLÄNGERT**

Der Ausnahmezustand für den Südosten wurde gestern im Parlament mit einer Mehrheit von 321 Ja- zu 58 Neinstimmen um weitere 4 Monate verlängert. Die Neinstimmen wurden von 27 RP-, 27 SHP-Abgeordneten und den beiden unabhängigen Abgeordneten Dicle und Zana abgegeben. 68 Abgeordnete, darunter einige SHP-Abgeordnete haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

### **10 PKK'LER GETÖTET**

Bei Operationen in der Gebirgsgegend von Tunceli und Bingöl wurden bei Gefechten zwischen PKK und Sicherheitskräften 10 PKK'ler (darunter 2 Frauen), sowie zwei Unteroffiziere und ein Dorfwächter getötet.

### **PKK ruft zum Aufstand an Newroz auf**

In Flugblättern, die letzte Woche im Südosten verteilt wurden, ruft die PKK dazu auf, das kurdische Newroz Fest mit einem bewaffneten Aufstand gegen die Streitkräfte zu begehen. In dem Flugblatt werden die als Verräter bezeichneten Dorfwächter dazu aufgerufen bis Newroz ihre Waffen niederzulegen. Die Generalamnestie für sie sei nur bis dahin gültig, danach würde dieser geschichtliche Verrat bis auf die Wurzeln ausgerottet.

### **GESPANNTES WARTEN IM SÜDOSTEN**

Nachdem die Koalitionsregierung erklärt hatte, jeder könne Newroz feiern, gaben die Gouverneure die

Zusicherung, daß unter der Bedingung, daß sich die Bevölkerung im Rahmen der Gesetze halte und die Feierlichkeiten keinen separatistischen Charakter trügen, es keinerlei Eingriffe bei den Feierlichkeiten geben werde. In den als kritisch bewerteten Orten Idil, Cizre, Midyat, Dargecit, Nusaybin, Kulp, Lice, Derik, Kiziltepe, Kurtalan, Erüh, Semdinli, Batman und Kozluk wurde die Anzahl der Soldaten und Polizisten vervierfacht und an wichtigen Punkten der Städte schwere Waffen postiert.

**19.3.92**

### **DEVISEN-MILITÄRDIENST**

Während die Pflicht-Grundausbildung im Wehrdienst (für im Ausland lebende Wehrpflichtige, die sich mit Devisen vom Wehrdienst freikaufen können-TI) von 2 Monaten auf einen Monat gesenkt wurde, wird die Altersgrenze für den Wehrdienst von 32 auf 38 Jahre erhöht. Der zu zahlende Devisenbetrag beträgt 10 000 DM.

**20.3.92**

### **ZWEI DORFWÄCHTER AUFGEHÄNGT**

Gestern morgen wurden in der belebtesten Straße von Cizre, an einem Strommasten aufgehängt, die Leichen zweier Dorfwächter gefunden. In ihrem Mund hatte man Geld gestopft.

In Nusaybin wurde auf zwei Gymnasiasten geschossen, die PKK Sympathisanten sind. Einer der Schüler starb.

In Midyat wurde erneut ein Beamter des Einwohneramtes durch Kopfschuß getötet. Die Händler schlossen aus Protest ihre Läden.

Bei einer Operation der Sicherheitskräfte gegen die PKK wurden auf zwei Häuser bei Dargecit, in denen sich angeblich PKK'ler verschanzt haben sollen, Bomben geworfen. 14 Personen, davon 2 Frauen und 2 Kinder wurden getötet, als die Häuser einstürzten. 4 Kinder wurden schwer verletzt, ein 11-jähriger verlor seine Beine.

Bei verschiedenen Vorfällen in der Region hatte auch die Hizbollah ihre Hände im Spiel. An verschiedene Geschäfte in Siirt hängten sie Plakate. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Armeniern und PKK weiter bestrafen. In Siirt wurde innerhalb des letzten Monats auf 3 Geschäfte ein Bombenanschlag von der Hizbollah verübt.

### **NEWROZFEIER DER HEP VERBOTEN**

Die Gouvernatur Diyarbakir verbot die von der HEP im Fußballstadion

von Diyarbakir beantragte Newrozfeier.

**21.3.92**

### **NEWROZ-ALARM IN DEN GROSSEN STÄDTEN**

In Istanbul sind 12000 Polizisten und 2000 Gendarmen in Alarmbereitschaft. Nach Adana wurden zusätzliche Polizeieinheiten gebracht. Während des gesamten gestrigen Tages wurden über den von Kurden bewohnten Stadtvierteln Aufklärungsflüge mit Helikoptern gemacht. 200 Personen wurden festgenommen.

Im Südosten ist die Spannung auf dem Höhepunkt. In Cizre wurde ein weiterer Dorfwächter aufgehängt gefunden. In verschiedenen Orten schlossen die Händler aus Protest gegen die Sicherheitskräfte ihre Läden. In Diyarbakir wurden 50 Schüler wegen Parolenrufens festgenommen.

### **2 POLIZISTEN IN IZMIR GETÖTET**

In Buca/Izmir wurde ein Fahrzeug der Anti-Terror Einheiten von 3 unbekanntenen Personen beschossen. Zwei Polizisten starben bei dem Anschlag, einer wurde verletzt. Es bekannten sich zwei verschiedene linke Organisationen telefonisch zu dem Anschlag.

### **SPANNUNGEN IM SÜDOSTEN AUF DEM HÖHEPUNKT**

In Cizre wurde gestern ein weiterer Dorfwächter getötet und aufgehängt. Angeblich habe die PKK in manchen Gegenden Waffen verteilt. Während der Vorfeiern wurden in Batman und Diyarbakir 75 Schüler festgenommen.

In letzter Minute wurde auf Anweisung von Demirel die HEP Feier im Stadion von Diyarbakir doch noch erlaubt. Nachdem jedoch allen Künstlern abgesagt worden war, kann die Feier nun nicht mehr durchgeführt werden.

**22.3.92**

### **BLUTIGES NEWROW**

In Cizre kam es zu Gefechten zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen 11 Personen starben. Eine große Anzahl von Personen wurde verletzt. Es wurde Ausgangssperre verhängt. In den Abendstunden begann die PKK mit Angriffen. In Sirnak wurden 11 Personen getötet, davon ein Polizist. Die Polizei hatte nach Angaben der HEP das Feuer auf Demonstranten eröffnet, die versuchten durch die Polizeiabsperrungen zu dem offiziell erlaubten Kundgebungsplatz zu gelangen. Frauen und Mädchen hät-

ten sich geweigert, sich von der Polizei durchsuchen zu lassen. Später hätten die Sicherheitskräfte auf alles geschossen, was sich bewegt. Die Häuser von HEP Angehörigen hätten sie so unter Beschuß genommen, daß die Einrichtung völlig zerstört sei. Neben einer Ausgangssperre wurde auch der Strom gesperrt. Auch in Van kam es zu Straßenkämpfen. Mehr als 200 Personen wurden festgenommen. Es wurde ebenfalls Ausgangssperre verhängt. In den Städten Diyarbakir, Nusaybin und Silvan, wo die HEP mit offizieller Erlaubnis die Feierlichkeiten beging, kam es zu keinen Auseinandersetzungen.

Innenminister Sezgin erklärte, daß die Zwischenfälle in Cizre und Sirnak von der PKK begonnen worden seien, und daß in Sirnak ein Polizist gelyncht worden sei. Trotz aller unserer Vorbeugungsmaßnahmen wurde Blut vergossen. Das ist Terror, sagte er.

#### VERLETZTE UND FESTNAHMEN IN GROSSEN STÄDTEN

In Istanbul wurde bei einer Kundgebung vor dem HEP Gebäude in Büyükçekmece von Gendarmen das Feuer auf die Demonstranten eröffnet, nachdem ein sich als Journalist ausgebender Mann in 100 Meter Entfernung zur Kundgebung anfang zu schießen. 10 Personen wurden verletzt. Ca 200 Demonstranten, die sich in das HEP-Gebäude geflüchtet hatten, wurden festgenommen. Bei einer Demonstration von 250 Personen in Ist. Kartal, die von der Polizei durch Knüppel aufgelöst wurde, wurden etwa 50 Personen festgenommen. In Ankara wurden scharfe Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die ständigen Tiefflüge von Hubschraubern lösten mehrmals Panik aus. Dem Menschenrechtsverein wurde aus Sicherheitsgründen verboten, einen Kranz vor dem Menschenrechtsdenkmal niederzulegen. Auch alle anderen Kundgebungen wurden verboten. In Adana demonstrierten etwa 3500 Personen aus Anlaß des Newrozfestes unter starkem Polizeiaufgebot.

**23.3.92**

#### WEITERE TOTE IM SÜDOSTEN

Bei einer Protestdemonstration in Nusaybin gegen die Newrozvorfälle wurde das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. 10 Personen starben. Es wurde Ausgangssperre verhängt, Ein- und Ausfahrt aus der Stadt wurden verboten. Journalisten dürfen die Stadt nicht betreten. In Yüksekova wurden 5 Personen nach einer Beerdigung von Spezialeinheiten getötet.

Die Stadt Cizre ist wie ausgestorben. Die Ausgangssperre dauert an. Die Beerdigungen der Toten werden von den Sicherheitskräften vorgenommen oder es wird nur eine geringe Anzahl von Verwandten zugelassen.

In Izmir verbrannte sich eine aus Nusaybin stammende 18-jährige junge Frau wegen der Vorfälle im Südosten. Sie hinterließ die Zeilen Stärkt das Newrozfeuer.

**24.3.92**

#### GROSSE GEFECHTE IN SIRNAK

Die Gefechte zwischen PKK und Sicherheitskräften in Sirnak dauerten 20 Stunden. Bei den Gefechten soll eine große Anzahl von Personen ums Leben gekommen sein. Da die in Sirnak stationierten Einheiten nicht Herr der Lage werden konnten, wurden weitere Kommandoeinheiten nach Sirnak verlegt. Nachdem man die Lage in Sirnak unter Kontrolle gebracht hatte, wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich im Stadion zu versammeln. Man solle die Häuser verlassen, da sie bombardiert würden. Im Stadion wurde die Bevölkerung dazu aufgerufen, die Waffen abzuliefern.

In Cizre wurde ein Journalist der Zeitung Sabah, der einer Frau zu Hilfe kommen wollte, von einem Panzer erschossen.

In Adana und Diyarbakir wurde jeweils eine Person erschossen.

**25.3.92**

#### HAUSDURCHSUCHUNGEN IN SIRNAK

Nachdem viele Bürger der Aufforderung, ihre Waffen abzuliefern nachgekommen waren, wurden bei den anschließenden Hausdurchsuchungen in Sirnak eine große Anzahl von Waffen gefunden. 15 PKK Militante wurden mit ihren Waffen festgenommen.

Die Gesamtzahl der Toten in Zusammenhang mit Newroz beläuft sich nach den Berechnungen der Journalisten von Cumhuriyet bisher auf 66. Von offizieller Seite werden Zahlen zwischen 37 und 48 angegeben.

#### ANSCHLÄGE IN ISTANBUL UND URFA

Bei einem Anschlag von Dev Sol in Istanbul wurden zwei Angehörige des Geheimdienstes MIT getötet, sowie 9 weitere Personen verletzt. Bei einem Bombenanschlag auf das Gerichtsgebäude in Sanliurfa wurde eine Person getötet und 3 Personen verletzt. Man vermutet, daß die Bombe von der PKK gelegt

wurde.

#### HUNGERSTREIK VON DICLE UND ZANA

Die kurdischen unabhängigen Abgeordneten Dicle und Zana erklärten gestern auf einer Pressekonferenz mit Führern verschiedener demokratischer Massenorganisationen und Gewerkschaften, daß der berechnete und legitime Kampf des kurdischen Volkes in Blut ertränkt worden sei. Aus Protest gegen die Vorfälle wollen Dicle und Zana eine 48-stündigen Hungerstreik durchführen. Sie riefen dazu auf, in den nächsten Tagen keine Zeitung zu kaufen, aus Protest gegen die verfälschenden Darstellungen in den Zeitungen. Für den 28. März riefen sie die Bevölkerung von Diyarbakir auf, aus Protest ihre Häuser nicht zu verlassen.

**26.3.92**

#### SCHNELLE EINGREIFTRUPPE

Der internationale Druck auf die Türkei, die am 30. Juni endende Anwesenheitsdauer der in der Türkei zum Schutz der irakischen Kurden stationierten internationalen Eingreiftruppen zu verlängern, nimmt zu. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Atwood wird heute in Ankara mit Verteidigungsminister Ayaz über dieses Thema sprechen. Demirel befindet sich in dem Dilemma, daß er einerseits vorgestern erklärt hatte, daß die Grenze zum Irak wie eine Mauer dicht gemacht würde (um die PKK daran zu hindern über die Grenze zu gehen) und andererseits versprochen hatte, unsere Brüder im Irak nicht im Stich zu lassen. Wenn die Schnelle Eingreiftruppe abzieht, wird erwartet, daß es wieder zu einer Massenflucht der irakischen Kurden kommt.

#### RUHE IN SIRNAK, UNRUHE IN CIZRE

Bei Hazro/Diyarbakir wurden zwei Dorfwächter und ein Dorfbewohner von der PKK erschossen. Bei den Straßensperren und Operationen in Batman, Mardin, Sirnak und Diyarbakir wurden 55 Personen festgenommen. Das Leben in Sirnak normalisiert sich wieder. Nach Angaben des Gouverneurs wurden dort 65 PKK'ler gefaßt. Der Sprecher des Außenministeriums Ataman erklärte, daß Berichte der ausländischen Presse, daß Sirnak von türkischen Kampfflugzeugen bombardiert worden sei, jeglicher Grundlage entbehren.

Obwohl in Nusaybin die Ausgangssperre teilweise aufgehoben wurde, blieb die Bevölkerung in ihren Häusern, kein Geschäft öffnete, auch die Chauffeure arbeiteten nicht. In Cizre dauert die Ausgangssperre

weiterhin an. Zwei Kinder wurden auf dem Weg zum Bäcker von den Sicherheitskräften angeschossen. Die Flüge von Kriegsflugzeugen und Hubschraubern über der Stadt dauerten den ganzen Tag an. Die Streitkräfte führten gestern erneut eine Luftoperation gegen PKK Stellungen im Irak durch.

## 2 POLIZISTEN GETÖTET

In Adana wurde ein Polizist in seinem Dienstwagen erschossen. In Ankara wurde auf 4 in einem Lokal sitzende Polizisten das Feuer eröffnet. Ein Polizist starb, drei wurden verletzt.

## 2 HIZBOLLAHMORDE

Die beiden in Gaziantep durch Kopfschuß getöteten Lastwagenfahrer aus Idil sollen nach Angaben der die Untersuchung führenden Anti-Terror Abteilung durch ein Hizbullah-Kommando getötet worden sein. Die beiden Fahrer, die Waren in den Nord-Irak transportieren, sollen PKK-Sympathisanten gewesen sein.

27.3.92

## KURDENSTREIT MIT DEUTSCHLAND

Der deutsche Außenminister Genscher will aufgrund der Vorfälle im Südosten die Türkei durch eine gemeinsame Erklärung des Europarates verurteilen lassen und das Thema vor die KSZE bringen. Bonn fragte Ankara, ob die der Türkei übergebenen ostdeutschen Waffen im Südosten eingesetzt wurden. Es wurde ein vorübergehendes Waffenembargo verhängt. Demirel bestritt, daß die Waffen im Südosten eingesetzt worden seien. Es bewege sich aber im Rahmen der NATO-Vereinbarungen, wenn die Waffen im Südosten gegen den Terrorismus eingesetzt würden.

Im Gegensatz zu den Protesten verschiedener westlicher Länder blieben die USA in Bezug auf die Entwicklungen im Südosten der Türkei in den letzten Tagen ruhig. Die Luftoperationen jenseits der irakischen Grenze betrachtet Washington wohlwollend. Dies geht unter anderem aus den Erklärungen des in der Türkei weilenden stellvertretenden US Verteidigungsministers Atwood hervor.

## OPERATION IN CIZRE UND SIRNAK

In Cizre und Sirnak fand gestern eine Durchsuchungsoperation in größtem Ausmaß statt. Man fand eine große Anzahl von Waffen, einschließlich Raketenwerfern und es wurden viele Verdächtige festgenommen. Den einheimischen und

ausländischen Pressevertretern wurde schriftlich verboten, die Operation zu beobachten und zu fotografieren. Während der Operation flogen ständig Kampfflugzeuge und Helikopter über der Stadt.

In einem Dorf bei Siirt demonstrierten die Dorfbewohner gegen die Vorfälle in Sirnak, Cizre und Nusaybin. Nachdem die Gendarmen eingriffen, wehrten sie sich mit Steinen und Stöcken. Dabei wurde eine 50-jährige Frau von den Gendarmen erschossen und vier junge Mädchen durch Schüsse verletzt.

## BEERDIGUNG DER DEV-SOL MILITANTEN

An der Beerdigung der 5 von Sicherheitskräften in Akcadag/Malatya bei einem Gefecht erschossenen Dev-Sol Militanten nahmen etwa 1000 Personen teil. Der Beerdigungszug, auf dem Parolen gerufen wurden, fand unter starken Sicherheitsvorkehrungen statt.

28.3.92

## ZANGE IM NORDIRAK

Saddam bombardiert die Kurden im Irak von Süden her, so daß sie erneut Richtung Norden zu fliehen beginnen. Die Türkei führt von Norden her eine grenzüberschreitende Luft- und Bodenoperation gegen die PKK durch. Der Irak behauptet, daß die Peshmerge der Patriotischen Union Kurdistan PUK die türkischen Truppen unterstütze und bezeichnete deren Führer Talabani als Verräter.

29.3.92

## WASSER VERGIFTET

In das Wasserdepot der Militärowohnungen in Istanbul/Sarigazi wurden nach Angaben der Gouvernator von der PKK 100 Kg Gift deutscher Herkunft geschüttet. Da die Pumpen nicht funktionierten, gelangte das Gift nicht in die Wasserleitungen. Das Gift wurde aufgrund einer telefonischen Warnung entdeckt.

## BLUTIGER TAG IM SÜDOSTEN

In Urfa wurde ein Polizeiwagen beschossen, 2 Polizisten starben. Die 4 Täter wurden nach 3 Stunden Suche in dem Haus, in dem sie sich versteckten, erschossen.

In Uludere wurden bei Gefechten mit Sicherheitskräften zwei PKK'ler getötet.

Bei Straßensperren und Haussuchungen in verschiedenen Gebieten wurden 214 Personen festgenommen.

In Nusaybin wurde auf drei vermeintliche PKK'ler von Sicherheits-

kräften das Feuer eröffnet. Eine Person starb. Es stellte sich heraus, daß die drei Verdächtigen nicht PKK'ler sondern Angehörige der die PKK bekämpfenden Hizbollah waren.

In Gaziantep wurde ein Lastwagenfahrer aus Cizre durch Kopfschuß erschossen. In Gaziantep waren innerhalb der letzten 5 Tage 4 Lastwagenfahrer aus Cizre auf die gleiche Weise getötet worden. Man vermutet die Hizbollah als Täter.

## LÄDEN GESCHLOSSEN

Auf den Aufruf der unabhängigen Abgeordneten aus Diyarbakir hin, am 28.3. zu Hause zu bleiben, wurden gestern in vielen Städten die Läden geschlossen. 90 % der Läden in Diyarbakir blieben bis in die Nachmittagsstunden zu. Die Bewohner waren per Lautsprecherdurchsage davor gewarnt worden, dem Aufruf zu folgen. In Hakkari, Yüksekova, Semdinli und Cukurca blieben nahezu alle Geschäfte geschlossen. Auch in anderen Städten kam man dem Aufruf der Abgeordneten nach. In den Städten Cizre, Sirnak, Nusaybin und Silopi wurde der Aufruf vollständig befolgt, die Bevölkerung blieb in ihren Häusern. Auch in Dogubeyazit blieben sämtliche Geschäfte geschlossen. In den von Kurden bewohnten Stadtvierteln in Adana kam die Bevölkerung ebenfalls dem Aufruf nach.

30.3.92

## KALTER KRIEG IN DEN BEZIEHUNGEN BRD-TÜRKEI

Deutschland versucht den kalten Krieg, den es gegen die Türkei begonnen hat, auf Europa auszudehnen. Die geplanten Besuche von Genscher und Blüm wurden annulliert. Politische Beobachter vermuten die Landtagswahlen in zwei Ländern als einen der Gründe für die harte Reaktion Deutschlands. Aus Protest gegen die Haltung Deutschlands fordert die Handelskammer Ankara zu einem Boykott deutscher Waren auf. Bei einer Kundgebung der faschistischen Partei MCP wurde eine deutsche Fahne verbrannt und Parolen wie Nieder mit der PKK, nieder mit Deutschland, Graue Wölfe an die Front gerufen.

31.3.92

## BEZIEHUNGEN ZU DEUTSCHLAND

Die gespannten Beziehungen zu Deutschland versetzen die Tourismusbetreiber in Aufregung. Während in Deutschland manche PKK-nahen Vereine zum Tourismusboykott aufrufen, schlugen einige Kreise in der Türkei einen Boykott gegen deutsche Touristen vor.

Im ganzen Land gibt es Proteste gegen Deutschland. Erziehungsminister Köksal sieht von seiner geplanten Deutschlandreise ab. Überall tauchen Aufrufe auf, deutsche Waren zu boykottieren.

### **ANKARA SUCHT UNTERSTÜTZUNG GEGENÜBER DEUTSCHLAND**

Die Regierung, die versucht, eine weiche Lösung für die Krise in den Beziehungen mit Deutschland zu finden, sucht nach Verbündeten. Nachdem der Staatssekretär des Außenministeriums Sanberk gestern mit dem amerikanischen Botschafter Barkley sprach, werden Ankara und Washington in den nächsten Tagen zu diesem Thema gemeinsam Initiativen ergreifen

**1.4.92**

### **HEP'LER TRETEN AUS SHP AUS**

14 der 20 aus der HEP stammenden SHP-Abgeordneten traten gestern aus der SHP aus. In ihrer schriftlichen Erklärung brachten sie zur Sprache, daß das kurdische Problem innerhalb der Demokratie und auf der Grundlage der Gleichheit und Gemeinsamkeit der türkischen und kurdischen Völker auf eine Lösung warte. Ministerpräsident habe zwar erklärt, er erkenne die kurdische Realität an, die Regierung habe aber keines der Demokratisierungsversprechen verwirklicht. Im Gegenteil werde eine Politik durchgeführt, die zu Einschüchterung, Verängstigung, Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung, Kontra-Guerilla Aktionen führe.

### **KEINE BEDINGTE FREILASSUNG FÜR KURDEN**

Neben dem Paragraphen des Anti-Terrorgesetzes in Zusammenhang mit dem Vermögen der nach dem Putsch verbotenen Organisationen wie DISK, beschäftigte sich das Verfassungsgericht auch mit den Übergangsparagraphen, die die bedingte Freilassung (vor einem Jahr mit dem ATG beschlossene Amnestie -TI) für bestimmte Vergehen vorsehen. Das Verfassungsgericht beschloß, daß auch die Vergehen Drogenschmuggel und Vergewaltigung von der bedingten Freilassung betroffen sind. Den nach 125 TStGB (Separatismus -TI) verurteilten PKK-Gefangenen dagegen wird die bedingte Freilassung weiterhin verweigert. Die Begründung des mit 7 zu 4 Stimmen gefällten Gerichtsbeschlusses war, daß im Gegensatz zu anderen Vergehen, die individuelle Vergehen seien, die Vergehen nach 125 in der Form einer Verbrechensorganisation begangen würden.

### **WEITERE GEFECHTE IM SÜDOSTEN**

Bei verschiedenen Gefechten im Südosten wurden 2 Soldaten, 1 Bürger und 7 PKK'ler getötet. Nach Angaben der Ausnahmezustandsgouvernator seien im Ausnahmezustandsgebiet in den 2 Monaten vor Newroz 88 Terroristen, davon 56 tot gefaßt worden. An Newroz hätten 15 Sicherheitskräfte und 15 Bürger ihr Leben verloren.

**2.4.92**

### **20 000 STORNIERUNGEN IM TOURISMUS**

Infolge der negativen Stimmung gegen die Türkei in Deutschland wurden bereits 20 000 Buchungen storniert. Der größte Reiseveranstalter TUI stoppte sämtliche Touren in den Osten und Südosten, da dort keine Sicherheit für die Touristen zu gewährleisten sei.

### **GRUNDLEGENDE RECHTS- GRUNDSÄTZE VERLETZT**

Mehrere Anwalts-, Juristenvereinigungen sowie der Menschenrechtsverein kritisierten den Beschluß des Verfassungsgerichtes, den 125 (Separatismus-TI) von der bedingten Freilassung weiterhin auszuspähen. Dies beeinträchtigt das Ansehen des Verfassungsgerichtes und verletze grundlegende Rechtsgrundsätze. Die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Ankara erklärte, die Entscheidung verletze die Menschenrechte und sei chauvinistisch.

### **HIZBOLLAH-PKK KÄMPFE DAUERN AN**

Die Spannungen zwischen der PKK und der iranischen Hizbollah im Südosten dauern an. Bei einer Messerstecherei in einem Gymnasium in Diyarbakir zwischen 50 Anhängern beider Gruppen wurden mehrere Schüler schwer verletzt.

### **BARZANI IN ANKARA**

KDP-Führer Barzani verlangte bei seinem Besuch in Ankara bei seinem Gespräch mit hohen Beamten und der Geheimdienstabteilung im Außenministerium in Ankara, daß die Operationen der türkischen Armee auf dem Gebiet des Irak gestoppt würden, da nicht die PKK-Camps sondern Ansiedlungen der Zivilbevölkerung beschossen würden. Er brachte vor, daß sie den PKK-Terror nicht unterstützen würden und daß die PKK-Aktivitäten auch für sie ein Problem darstellten.

**3.4.92**

### **DEUTSCHLAND WIRD**

### **ZUSEHENDS WEICHER**

In seiner Rede bei der außerordentlichen Sitzung des Bundestages behandelte Helmut Kohl die Türkei sehr freundschaftlich. Kohl vermied es, das Wort Kurdisch zu gebrauchen und sprach dagegen von Bevölkerung im Südosten. Kohl bezog sich auf die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft.

### **NEWROZBERICHTE**

In dem Bericht der SHP-Delegation, die sich an Newroz im Südosten aufhielt, wurden die Sicherheitskräfte für das Blutvergießen verantwortlich gemacht. Nach dem Bericht des Menschenrechtsvereins Istanbul seien zwischen dem 21. und 24.3. insgesamt 110 Menschen getötet worden, davon 47 in Sirnak, 29 in Cizre und 15 in Nusaybin. Ohne die Übergriffe der Sicherheitskräfte wäre das Fest friedlich verlaufen. Das Volk sei als potentiell schuldig betrachtet und entsprechend behandelt worden. Die aus der SHP ausgetretenen Abgeordneten reichten zusammen mit der HEP eine Deklaration mit 270 Unterschriften bei der UNO ein, in der behauptet wird, die türkische Armee habe sich das kurdische Volk zum Ziel genommen.

**7.4.92**

### **TERROR GING WÄHREND DES ZUCKERFESTES WEITER**

Der Terror im Südosten stoppte auch während der vergangenen 3 Tage des Zuckerfestes nicht. Bei den Gefechten wurden ein Soldat und ein Dorfwächter getötet, 4 Bürger verloren ihr Leben, da sie einer Aufforderung der Sicherheitskräfte, stehenzubleiben, nicht nachgekommen waren. Außerdem wurden 6 PKK'ler von den Sicherheitskräften getötet.

Anhand von Videoaufzeichnungen und Augenzeugenberichten stellte die Pressevereinigung BEB fest, daß der am 21. März in Cizre getötete Journalist Kezer von den Spezialteams absichtlich erschossen wurde.

### **STREIT UM OFFENEN BESUCH IN BAYRAMPASA**

Von den ca 50 Familienangehörigen der politischen Gefangenen im Bayrampasagefängnis in Istanbul, die gegen ein Verbot des am Zuckerfest üblichen offenen Besuchs protestierten, wurden 30 Personen, zumeist Frauen und Kinder unter Knüppelschlägen festgenommen.

# Tourismusboykott!

## Macht keinen Urlaub in der Türkei!

Nach den jüngsten Ereignissen in Türkei-Kurdistan, die in ihrer Brutalität von den Medien noch verharmlost worden sind rufen wir zum Boykott des Türkei-Tourismus auf.

Die Feiern zum kurdischen Neujahrsfest "Newroz" wurden von türkischen "Sicherheitskräften" regelrecht zerschossen und in Massaker an der kurdischen Bevölkerung verwandelt.

Kein Mensch weiß genau, wieviele Tote es bei den Schüssen, den Angriffen mit Panzern und Kampfflugzeugen gegen Städte gegeben hat; bekannt ist bisher, daß es mindestens 100 Tote und mehrere hundert Verletzte gab.

Dazu kommen dutzende Mordanschläge auf fortschrittliche kurdische Politiker, Journalisten und Mitglieder von Menschenrechtsvereinen, die von Terroristen der türkischen Hizbullah (Partei Gottes), bzw. von Agenten des türkischen "Amtes für besondere Kriegsführung" verübt wurden. Von der türkischen Hizbullah ist bekannt, daß ihre Mitglieder ihre militärische Ausbildung unter dem Schutz der "Schnellen Eingreifruppen" (Sonderkommandos) des türkischen Staates und der türkischen Polizei bekommen.

Wie schon vor dem Militärputsch 1980 gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen militanten religiösen und faschistischen Gruppen und dem türkischen Staat.

Die Regierung weiß und toleriert das!

In Türkei-Kurdistan ist seit Jahren der Ausnahmezustand immer wieder verlängert worden. Das heißt, daß Militär und Polizei tun und lassen können was sie wollen ohne irgendeiner Kontrolle zu unterliegen.

All das mit der Begründung des Kampfes gegen die PKK, die seit 1984 einen Guerilla-Krieg gegen die türkische Herrschaft in Türkei-Kurdistan führt.

Weil die Sympathien im kurdischen Volk für den Befreiungskampf immer deutlicher werden führt der türkische Staat nun Krieg gegen das ganze kurdische Volk.

Diesen Krieg kann die türkische Regierung nur mit der Toleranz und der finanziellen Unterstützung durch die Industrienationen, wie der BRD, führen.

Auch wenn die Waffenhilfe der BRD vorübergehend eingestellt wurde – der internationale Waffenmarkt bietet genügend Alternativen. Die USA haben z.B. inzwischen zugesagt ihre Waffenlieferungen zu verstärken.

Um Waffen kaufen zu können braucht der hochverschuldete türkische Staat Devisen. Dazu soll der Massentourismus in die Türkei großangelegt ausgebaut werden. Gerade deutsche Touristen, die die verseuchten Strände und die Betonburgen an den spanischen und italienischen Küsten über haben, die auch nicht mehr ins krisengeschüttelte ehemalige Jugoslawien fahren, werden von der aufstrebenden Tourismusindustrie der Türkei heiß umworben.

Der Massentourismus in die Türkei bedeutet nicht nur Naturzerstörung und ökologische Verbrechen! Er ist die finanzielle Grundlage für Folter in türkischen Gefängnissen, für willkürliche Verhaftungen, für Staatsterrorismus und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung!

## Macht keinen Urlaub im Land der Folter und Massaker!

V.i.S.d.P: Hannoversches Aktionsbündnis – Macht keinen Urlaub in der Türkei!

# ak...

## ... damit das Kapital nicht das letzte Wort behält

Seit 20 Jahren

berichten, dokumentieren und kommentieren wir u.a.:

- Nazi-Terror und alltäglichen Rassismus
- Klassenjustiz
- die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion
- den Kampf gegen § 218
- die Frauenbewegung in Ost und West
- Linke Debatte um das Ende des „realen Sozialismus“ und die Folgen
- Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“
- und und und ...

Der **ak** erscheint vierwöchentlich im 20. Jahr. Er kostet DM 6 und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich. Oder direkt bei der

**Hamburger Satz- und Verlagskooperative**

Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel. 040 / 43 53 20.

Der **ak** kostet im Abonnement: jährlich DM 72; halbjährlich DM 38

Für AbonnentInnen in der (ex-)DDR: jährlich DM 60; halbjährlich DM 33

Einzelbestellungen: DM 6 + DM 1 Porto

Kostenloses Probeexemplar bestellen!

# blätter des iz3w

Informationszentrum dritte welt-iz3w

- Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...
- Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
- Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

**Themenschwerpunkte der letzten Hefte:**

- Afrika im Aufbruch (Nr. 176)
- Transnationale Konzerne (Nr. 177)
- Nationalismus (Nr. 178)
- Tourismus und Menschenrechte (Nr. 179)
- Neu: Kolonialismus III (Nr. 180, März '92)
- ECO/UNCED (Nr. 181, Mai '92)

8 mal im Jahr für 48 Mark

Einzelheft 6 DM + 1,80 Porto

Materialliste anfordern!

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

## agit-druck

7918005

Ahornstrasse 26

1 Berlin 41

## ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name: .....

Anschrift: .....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro

Postfach 91 08 43

D- 3000 Hannover 91

+

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover

Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,  
Jahresabpreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

КОПІЯ ПІД ПІП'ЯТОЮ А ПОДАЄ ЕЛ ПУАНТЕ І ПОДАЄ МОСТ

# DIE BRÜCKE

NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR  
FÜR GLEICHRICHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM  
GEGEN NORMIERTES DENKEN UND  
ZEITGEIST-STRÖMUNGEN

**DIE BRÜCKE** erscheint seit acht Jahren zweimonatlich regelmäßig und wird im In- und Ausland gelesen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören: das schwierige Verhältnis Deutschlands zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in West-Europa, Flucht und Völkerwanderung, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche der interkulturellen Begegnung.

**DIE BRÜCKE** bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

**DIE BRÜCKE** ist Sprachrohr für alle Beteiligten, entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft, von der sie auch gestaltet und getragen wird. Unbequeme Meinungen und Streitkultur sind ihre Grundelemente.

**DIE BRÜCKE** freut sich über jedes neue Interesse. Kontaktaufnahme und Probehefte über:

**DIE BRÜCKE**

Riottestraße 16 • 6600 Saarbrücken 3  
Tel. 0681/390 58 50 oder 81 72 32